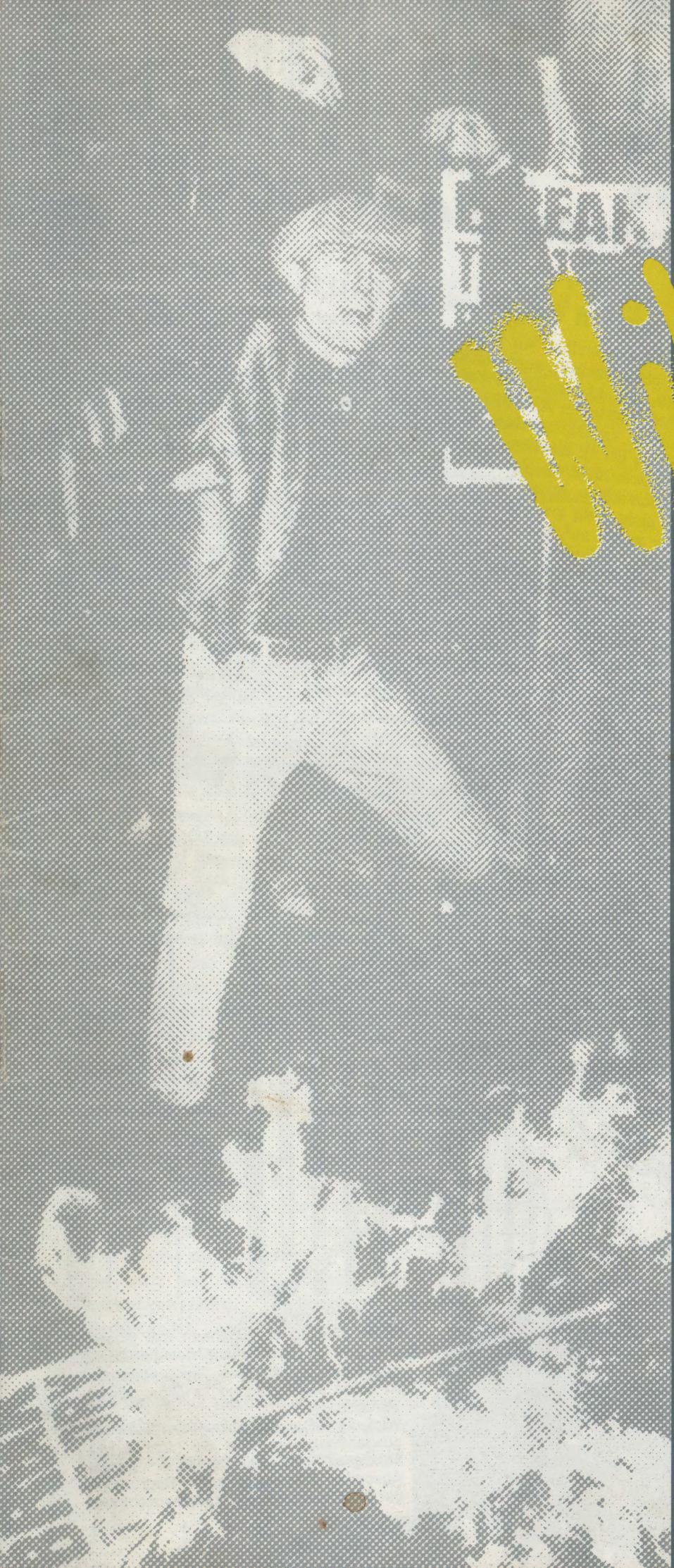


51 Juni/Juli '90
4 Mark

Wildcat

England:
Klassenkrieg
(London - ein populäres Unterhaltungszentrum)
Knastrevolte
(Gut besuchte Messe)

Kapitalkommando:
Gruppenarbeit
("motivieren" = antreiben)
"Just In Time"
(Terminjägerei)

Palästina:
Nationalismus und Revolte

abonniert die wildcat!

Wir setzen die Preise der WILDCAT neu fest.

In Zukunft schreiben wir wieder einen Preis drauf: 4 Mark. Im Buchladen oder als Einzelheft zugeschickt **kostet die WILDCAT nun einheitlich 4 Mark. Ein Abo kostet in Zukunft 20 Mark für 6 Hefte** (ein Jahr).
Bisher kostete ein Abo 10 Mark für 4 Hefte. Erstens ist der Zeitraum jetzt mit dem zweimonatlichen Erscheinen zu kurz (der büromäßige Aufwand wird zu hoch). Zweitens können wir bei gestiegenen Druck- und Portokosten nicht mehr ein Heft für 1.20 DM verkaufen (2.50 minus Porto, minus Briefumschlag, minus durchschnittliche Irrläufer, minus Abo-Außenstände, die nicht mehr gedeckt werden).

Wir rufen auf, die WILDCAT zu abonnieren. Für uns machen Abos die Auflage kalkulierbar und sind trotz der Porto-Kosten die effektivste Versandart. Und Abos sind die einzige Verbreitungsart, bei der wir die Kohle im Voraus kriegen (wir haben wie wohl jede Zeitung große Außenstände - wo wir nicht von allen wissen, ob wir sie irgendwann auch kriegen). Wer die WILDCAT unterstützen will, soll abonnieren. (Und als kleines Trostpflaster für die Preiserhöhung: Wer die WILDCAT zum neuen Preis abonniert, kriegt eine der legendären KARLSRUHER STADTZEITUNGen - im alten Format - geschenkt; natürlich nur so lange der Vorrat reicht.)

Wir suchen noch massig Weiterverkäuferinnen und Weiterverkäufer! Denn das ist *politisch* die wirkungsvollste Art, eine Zeitschrift zu vertreiben. So lassen sich gemeinsame Diskussionen über den Inhalt führen, entstehen möglicherweise neue Strukturen, kriegen wir Resonanz, lassen sich praktische Erfahrungen austauschen ....
WeiterverkäuferInnen schicken wir genauso wie Buchläden die Zeitung für 3 Mark pro Stück portofrei zu.

Den REBIND der ersten Hälfte der "kleinen Serie" (WILDCAT 36-42) gibt es nicht mehr. Dafür gibt es jetzt was anderes. Was, das steht auf Seite 40.

Eigentumsvorbehalt
Diese Zeitung ist Eigentum des Absenders bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Eine "Zurhabenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes.
Wird die Zeitung nicht oder nur Teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

EDITORIAL

Vor einem dreiviertel Jahr fiel es uns noch leichter, eine bestimmte Tendenz in den Klassenkämpfen auszumachen. Viele kleine und neue Kämpfe ergaben ein Bild der politischen Neubegründung des Klassenkampfs: die Bewegung der Krankenschwestern und die Unruhe in den Metallbetrieben anhand der Lohnfrage; neue Bewegungen in Frankreich, Italien, England; Streiks in der Türkei, in Südkorea, in Polen, Sowjetunion, Brasilien; sich hinziehende Aufstände in Südafrika, Palästina...

Dann fiel die Mauer und alles war anders...?

Einerseits geht es in vielen Teilen der Welt gut ab: London brennt wegen der Einführung der Kopfsteuer, Volksaufstand in Kurdistan, die Intifada in Palästina hat nach vorübergehendem Abflauen neue Power entwickelt, Eisenbahnerstreik in Polen,...

Andererseits sind bei uns Entwicklungen blockiert. Der zehnwöchige Streik der Westberliner ErzieherInnen ging im Medienspektakel um deutsch/deutsch unter. Bei den Tarifabschlüssen Metall, Druck, Post wurde deutlich, daß z.Z. in den Betrieben ziemlich tote Hose ist. Die Gewerkschaften zogen das Tarifgekasper nach Belieben durch. Der Lohndruck, der im letzten Jahr zu kleineren Arbeitsniederlegungen und "freiwilligen" Nachschlagszahlungen führte, ist nicht mehr spürbar.

Die Malocher BRD/DDR wissen, daß sie wieder zahlen sollen und warten erst mal ab, was noch kommt. Das Deutschlandgetaumel hält sich daher wirklich in Grenzen. Auch wenn die Linke, Propaganda und Realität verwechselnd, das Gegenteil behauptet.

Als Bangemacherei hat sich bisher auch die Drohung mit zunehmender Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen durch Übersiedler und den Einmarsch des ganz gewöhnlichen Kapitalismus in die DDR erwiesen. Die Zeitungen sind voll mit Stellenanzeigen, die Arbeitslosenquoten sinken, selbst in Westberlin ist kein Lohnverfall wegen billiger Arbeitskraft aus dem Osten feststellbar.

Neue Möglichkeiten bieten sich: in der DDR wehren sich Beschäftigte des öffentlichen Dienstes (Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen, LehrerInnen) und Arbeiter aus der Landwirtschaft gegen Angriffe auf ihren Lebensstandard. Täglich neue Hausbesetzungen in der DDR, West/Ost Aktionen gegen Neonazis, Schacht Konrad...

Trotz dieser Ansätze sieht es aber erstmal so aus, als würde der Kapitalismus durch die Entwicklung im Osten einen neuen Siegeszug antreten. "Es gibt keine Alternative zum Kapitalismus", heißt die Tageslosung, und das Kapital bereitet sich auf einen langanhaltenden Boom vor, der durch Binnenmarktintegration, Einbeziehung östlicher Märkte, Einwanderungswellen aus Osteuropa getragen wird. Die Alternative "Kommunismus oder Barbarei" stellt sich heute so dar: gelingt es dem Kapital, seinen Boom durchzuziehen und damit der Arbeiterklasse die Barbarei der Arbeit aufzuzwingen - oder gehen die Kämpfe im Osten und Westen weiter, verbinden sich und werden revolutionär?

(Die Ludwigshafener Lokalredaktion, die für diese Ausgabe verantwortlich ist)

Sklavenhändlerfressen in Berlin 2
Arbeitsrecht-Sozialversicherungsausweis 4

England:
We will win - Poll-Tax 5
Interview dazu 9

Neue Organisationsformen des Kapitals:
Thesen 10
...und der Alltag:
Gruppenarbeit 14
Klitsche 16
Transport 17
Wareneingangskontrolle 18

Aufstand in Kurdistan 20
Palästina - Nationalismus und Revolte 23

Knastkämpfe
Moabit 26
Funsbüttel 28
Manchester 30
Filmkritik
ghost of a civil dead 31

Kita-Nachlese 33

Leserbriefe 37

Buchbestellungen, Abos usw.
Sisina, PF 360527, 1 Berlin 36
Telefon 030-6121848
Überweist den entsprechenden Betrag auf:
"Sonderkonto Zeitung",
H.Dietrich, Postgiroamt Berlin
Kto.-Nr: 31502-109
Einzelheft 4 Mark,
Abo 6 Hefte 20 Mark

Kontaktadressen
Sisina, PF 300527, 1 Berlin 36
Sisina, PF 301206, 5 Köln 30
Wildcat, PF 306325, 2 HH 36
PLK 172649 E,78 Freiburg
PLK 058852 D,67 Ludwigshafen
V.i.S.d.P. ist P.Müller

SKLAVEN HÄNDLER

90% der Beschäftigten sind weniger als 6 Monate bei einer "Verleihfirma". Vorher fliegen sie raus, oder haben so die Schnauze voll, daß sie selber kündigen. (Nach dem Arbeitsrecht der BRD kannst du in den ersten 6 Monaten jederzeit ohne Begründung gekündigt werden, hast keinen Anspruch auf Jahresurlaub usw. Siehst also nicht viel von den vielgepriesenen "Sozialleistungen".) Deshalb heißen die "Zeitarbeitsfirmen" bei uns **Sklavenhändler.**

350 internationale Strategen dieser flexiblen Ausbeutung veranstalten einen Weltkongreß in Westberlin und kommen am Donnerstag Abend um 19 Uhr zum großen Fressen mit Feuerwerk ins Ostberliner Grandhotel.

Das Kapital in Westberlin und der BRD boomt an allen Fronten, und wir bekommen auch unseren Teil davon ab: mehr Überstunden, mehr Schicht- und Nachtarbeit, höhere Akkorde und höhere Mieten. Und für Arbeiter und Arbeiterinnen aus der DDR fällt auch was ab aus dem bun(desdeutsch)ten Bastelbogen von Zeit-, Heim- Leih- und Schwarzarbeit, KAPOVAZ, Werks- und Honorarverträgen.

Was ist Leiharbeit?

Arbeitnehmerüberlassung, personal leasing, Zeitarbeit sind nur unterschiedliche Namen für dasselbe: Eine Firma stellt dich an und "verleiht" dich an eine andere. Dieser "Entleiher" bezahlt die "Verleihfirma", und diese zahlt - natürlich wesentlich weniger - an dich aus. Die Löhne für die gleiche Arbeit liegen bei Sklavenhändlern meist unter denen der KollegInnen, die direkt bei dem Betrieb angestellt sind. Wenn zwei ArbeiterInnen, die nebeneinander im Büro sitzen oder am Band nebeneinander stehen, verschiedenen Lohn bekommen und dann noch verschiedene Arbeitgeber haben, haben sie es schwerer. Die verschiedenen Bedingungen machen gemeinsames Handeln schwierig, bauen Konkurrenz auf.

In weniger als 10% der Fälle sind Arbeitsverhältnisse mit "Zeitarbeitsfirmen" von Dauer. Viele bestehen nur ein paar Wochen, selnden Einsatzorten" versuchen sie, unserem Haß auf die immer gleiche, eintönige Malochе entgegenzukommen. Aber "sichere" Arbeitsplätze hat es im Kapitalismus noch nie gegeben. Arbeitskraft ist eine Ware, sie kann gekauft und mit möglichst hohem Profit weiterverkauft werden. Sklavenhändler haben ihren Platz als Zwischenhändler in diesem System von Ausbeutung. Das ist legal.

Aber die legale "Zeitarbeit" ist auch der organisatorische Rahmen und institutionelle Deckmantel für illegale Praktiken. Bereits vor der Öffnung der Mauer gingen Schätzungen von 6 - 9 illegalen auf eineN legal "vermitteltеN" ArbeiterIn aus. Inzwischen ist dieses Verhältnis sicher stark angestiegen. Dieses Verschieben von Menschen ohne Arbeitserlaubnis drückt die Löhne - notfalls und regelmäßig dadurch, daß solche Leute keine Möglichkeit haben, die Lohnzahlung in der vereinbarten Höhe auch durchzusetzen. Und selbst, wenn sie - was oft geschieht - ganz um ihren Lohn geprellt werden, gibt es kein Gericht und keine Gewerkschaft, an die sie sich wenden könnten. Deshalb ist das weitе Verschieben von Arbeitskräften ein profitabler Geschäftsbereich.

Im gegenwärtigen Boom und vor allem nach dem Fall der Mauer hat die Bedeutung der Sklavenhändler zugenommen. Die DDR ist für sie ein Potential an "Arbeitskraft", die sie dahin verschieben können, wo sie profitbringend eingesetzt werden kann, also erstmal nach Westdeutschland, bei relativ niedrigem Lohn und Unterbringung in Wohn-Containern. Die Sklavenhändler machen seit November große Extraprofite mit der Unerfahrenheit der "KolleginnеN und Kollegen aus dem Osten". Demnächst werden diese Errungenschaften des Kapitalismus auch in Ostberlin ihre Filialen eröffnen.

Mit breit angelegten Werbekampagnen, in denen sie "Traumjobs" und "die Sicherheit eines abwechslungsreichen Arbeitsplatzes" versprechen, versuchen sie die ProletInnen in der BRD anzusprechen, die die Schnauze davon voll haben, daß sie mit den neuen Gesetzen nur noch befristete Jobs bekommen. Mit ihrer Werbung von den "ständig wechselnden Einsatzorten" versuchen sie, unserem

Am Donnerstag Abend treffen sich die legalen Vorreiter und strategischen Vordenker solcher Entwicklungen im Grandhotel. Wir sollten es nicht zulassen, daß diese Unternehmer unwidersprochen ihr Image aufpolieren und Propaganda für sich machen. Kommt alle!

Aus der offiziellen Presse-Verlautbarung der CIETT
(Confederation International des Entreprises de Travail Temporaire):
"Die Zeitarbeitsbranche ist ein prosperierender Wirtschaftszweig, der weltweit über 2 Millionen überbetriebliche Arbeitsplätze zur Verfügung stellt, auf denen jährlich zwischen 6 und 8 Millionen Menschen eine Beschäftigung finden. Der Gesamtumsatz der Branche beträgt ca. 53 Mrd. DM. Der Umsatz in der EG beläuft sich auf rund 25,5 Mrd. DM. Rund 5000 Zeitarbeitsunternehmen in der EG beschäftigen über 1% aller gemeldeten Arbeitnehmer....
Entsprechend dem weltweiten Trend erlebt die Zeitarbeit auch in der BRD seit einigen Jahren zunehmende Anerkennung und ein beträchtliches Wachstum. Die Zeitarbeitunternehmen in der Bundesrepublik beschäftigen jährlich ca. 250 000 Arbeitnehmer ... 46% der neu eingestellten Männer und Frauen waren zuvor beschäftigungslos, 8% fanden bei Zeitarbeitunternehmen ihren ersten Arbeitsplatz. Der Umsatz der Branche stieg 1989 gegenüber dem Vorjahr um 20%. Für das Jahr 1990 wird erneut mit einem Umsatzwachstum von 20% gerechnet...."
Nach eigenen Angaben sind die Hälfte der Arbeitsplätze nach dem BeschäftigungsFörderungsgesetz entstanden. Und darum geht's bei dem Zinnober im Moment (einerseits wieder verschärft Razzien gegen "illegale Beschäftigung" - Einführung des Sozialversicherungsausweis usw. - andererseits empfängt der Berliner Senat die Sklavenhändler im Reichstag, spricht Momper auf dem Kongreß die Eröffnungsworte): Das ganze wird auf neue Gesetze rauslaufen, die den Sklavenhändlern europäische Vereinheitlichung - sprich: mehr Spielräume bringen werden.

... exquisite Abendprogramme ...

Um halb sieben waren noch wenige Leute vor dem Hotel. Nach und nach wurden wir dann aber 60 - 100 (mehrheitlich Wessis, aber auch einige Ossis). Wir hatten kurzfristig von dem Kongreß erfahren und nicht mehr genug Zeit zum Mobilisieren gehabt, nur schnell eine "Einladung" ins "interim" geklemmt, zwei, drei Transparente und das nebenstehende Flugi dabei (war mal eine ganz gute Übung, ein Flugblatt "für den Osten" zu schreiben und all solche Wörter wie "Solidarität" und so wegzulassen ...)

Da wir nicht zusammen reinkamen, begannen wir nach einiger Zeit damit, den Eingang zum Grandhotel zu blockieren. Ankommende Sklavenhändler mußten sich durch die Menge quälen, wurden beschimpft, an der Krawatte gezupft, zur Rede gestellt, mit Verkehrshütchen als Kopfschmuck verziert ...

Die DDR-Bereitschafts-Bullen sind mit ihren Armee-Lastern martialisch durch die Gegend gebrettert, haben sich in Kampfmonitur geworfen usw. - haben aber kaum eingegriffen. Nach einiger Zeit kamen sie aus dem Hotel rausgestürmt und haben ab da den Haupteingang gehalten. Aber sie haben keine Gasse gebildet und kaum Versuche gemacht, die Sklavenhändler zu schützen, hatten wohl auch ein mulmiges Gefühl und waren ziemlich ansprechbar auf ihre Rolle, die "Bonzen aus dem Westen" zu schützen...

Nach 19 Uhr sind dann Busse vorgefahren, mit Sklavenhändlern und ihren weiblichen "Begleitpersonen". Die sind paarmal ums

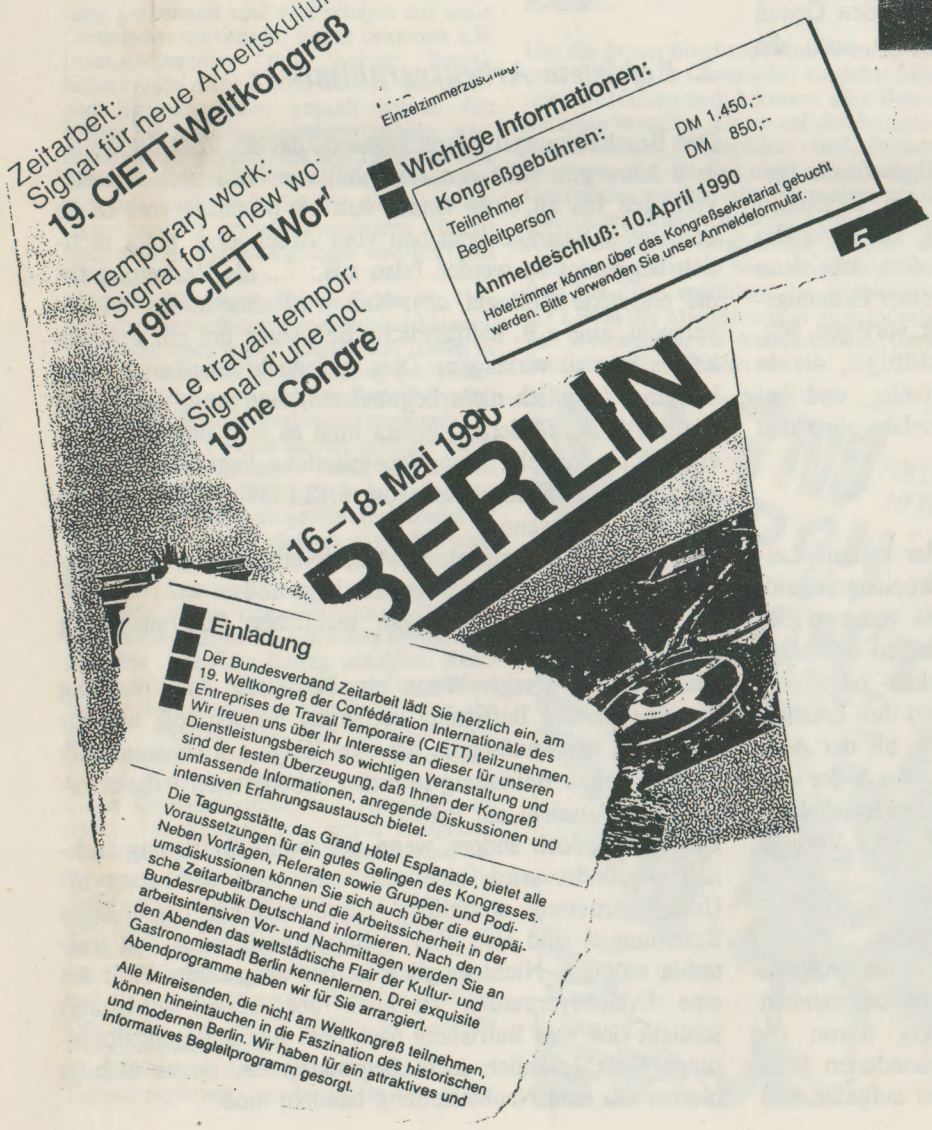
GROSSES

SKLAVEN

HÄNDLER

Donnerstag, 17. Mai, 18.30 Uhr
im *Grand Hotel* Ostberlin
Friedrichstr. / Unter den Linden

FRESSEN



Hotel rumgekurvt und haben freie Eingänge gesucht. Die erste Ladung kam noch relativ ungeschoren durch. Die zweite Fuhre drehte zunächst wieder ab, landete letztlich aber doch inmitten neuer Sportarten: Blumenerde werfen, Kongreß-Anstecker erbeuten, weitspukken usw. Wenn einer patzig wurde, gab's auch mal n Tritt in den Arsch. Blumen(erde) über die schönen Frisuren und modischen Klamotten. Aber keiner wurde richtig gehauen, in Panik gebracht oder so was. Wir haben mit unserem spontan zusammengewürfelten Ost-West-Haufen eine gute Mischung von Provo, stören und lächerlich-machen hingekriegt. Leider haben wir nichts vom Abendessen abgekriegt. Aber denen hat es bestimmt nicht geschmeckt - sie mußten auch noch zu ebener Erde hinter einer großen Scheibe anfangen zu tafeln - und wieder dauerte es lange, bis die DDR-Bullen uns von der Scheibe weggeschoben.

Dann sind wir heimgegangen. Insgesamt war es ein netter Abend und dafür, daß wir relativ wenige waren, ganz gelungen. Was wir stark unterschätzt hatten, waren die Möglichkeiten, sich mitzuteilen. In der DDR bleiben selbst in so einer Nobelgegend die Leute stehen, wollen wissen, um was es geht, haben sich über die Sklavenhändler empört usw. - Wir hatten viel zu wenig Flugblätter!

Infos zum Sozialversicherungsausweis und zu befristeten Arbeitsverträgen

1. Der Sozialversicherungsausweis:

Der neue Ausweis:
Laut dem hierfür verabschiedeten Gesetz vom 6.10.1989 soll dieser Ausweis schrittweise bis zum 1.7.1991 eingeführt werden. Danach erhält jede(r) Beschäftigte bis zu diesem Datum eine fälschungssichere Plastikkarte mit der Rentenversicherungsnummer, dem Vor- und Zunamen. Beschäftigte bestimmter Branchen sind dazu verpflichtet, diesen Ausweis - ähnlich wie den Personalausweis - ständig dabei zu haben, obendrein bekommt der Sozialversicherungsausweis hier auch noch ein Lichtbild. Dieses betrifft (zunächst) die Beschäftigten im Bau-, Schausteller- und Gebäudereinigungsgewerbe sowie im Messebau. Das Gesetz hat aber schon vorgesehen, die Liste dieser - für 'illegale Beschäftigungspraktiken' besonders anfälligen Branchen - jederzeit zu erweitern. Die Versicherungsnummer des neuen Ausweises wird schon ab dem 1.1.1990 von den Rentenversicherungen auch an Leute vergeben, die in sogenannten 'geringfügigen Beschäftigungen' (470,- DM - Jobs) arbeiten, damit diese ab dem 1.7.1991 ebenfalls in den Genuß des neuen Ausweises kommen. Hierzu zählen auch die Studis, die nicht familienversichert sind.

Vorlagepflicht:
Ab dem 1.7.1991 ist also jede(r) Beschäftigte (auch 'geringfügig Beschäftigte') dazu verpflichtet, bei Beschäftigungsbeginn den neuen Ausweis vorzulegen. Tut sie/er das nicht, ist es fraglich, ob es was wird mit dem Job, denn der Arbeitgeber riskiert ein Bußgeld wegen einer Ordnungswidrigkeit, wenn er sich den Ausweis nicht vorlegen läßt. Ebenfalls ein Bußgeld riskiert ein(e) Beschäftigte, die in einer der oben aufgezählten Branchen arbeitet, und bei einer Kontrolle vom Arbeitsamt am Arbeitsplatz ohne den Ausweis angetroffen wird.

Hinterlegung:
Das Arbeitsamt oder ein Sozialhilfeträger, der laufend Leistungen zum Lebensunterhalt gewährt (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe etc.) ist berechtigt, den Ausweis während der Dauer des Leistungsbezuges einzuziehen. Ebenso einziehen kann ihn die Krankenkasse, wenn sie Kranken- oder Verletztengeld bezahlt. Diese Institutionen können ihre Leistungen auch solange ganz oder teilweise sperren, bis der Ausweis zum Einzug bei ihnen vorgelegt wird. Auch der Arbeitgeber kann den Ausweis während einer Lohnfortzahlung wegen Arbeitsunfähigkeit einbehalten, bis zu seiner Vorlage kann er die Lohnfortzahlung verweigern.

Meldungen:
Ab dem 1.1.1990 gelten diverse neue Meldevorschriften. Vom Arbeitgeber gemeldet werden müssen die sogenannten 'geringfügigen Beschäftigungen', unabhängig davon ob regelmäßig oder befristet tätig. In einem gesonderten Meldeverfahren müssen Beschäftigte der (oben aufgeführten) 'besonderen' Branchen gemeldet werden. Diese Meldungen sind von den Krankenkassen entgegenzunehmen. Sie informiert dann auch die Bundesanstalt für Arbeit von dieser Meldung. Diese kann wiederum durch den Abgleich dieser Daten mit den Daten anderer Behörden und Institutionen (Rentenversicherung, Ausländerbehörden, Finanzbehörden, Träger der Unfallversicherung, für den Arbeitsschutz zuständige Landesbehörden) der vermeintlichen Schwarzarbeiterin auf die Schliche kommen. Dieser Datenaustausch untereinander ist ausdrücklich im neuen Gesetz so verankert. Zusätzlich hat die Bundesanstalt das Recht, Kontrollen bei den Arbeitgebern durchzuführen, deren Grundstücke und Geschäftsräume zu betreten und Einsicht in die Lohn-, Melde- oder vergleichbaren Unterlagen zu nehmen. Zur Kontrolle der Einhaltung der Mitführpflicht des Sozialversicherungsausweises darf sie auch die Grundstücke und Geschäftsräume Dritter betreten.

2. Befristete Arbeitsverhältnisse:

Das Beschäftigungsförderungsgesetz, das ab 1990 für weitere 6 Jahre gilt, sieht den Abschluß von befristeten Arbeitsverträgen bis zu einer Dauer von 18 Monaten vor. Diese befristeten Verträge brauchen vom Arbeitgeber nicht sachlich begründet zu werden (also z.B.: "... als Vertretung für die erkrankte Kollegin ..."). Nun wird aber immer wieder versucht, eine z.B. halbjährliche Befristung um ein weiteres halbes Jahr zu verlängern. Dies ist jedoch unzulässig. Denn bei einer (sachlich nicht begründeten) Befristung nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz muß es sich um eine Neueinstellung handeln. Eine Neueinstellung liegt laut Bundesarbeitsgericht (BAG, Urteil vom 6.12.1989, 7 AZR 441/89) nur dann vor, wenn
a) zwischen den einzelnen Arbeitsverhältnissen ein Zeitraum von mindestens 4 Monaten liegt und
b) sie nicht in einem engen sachlichen Zusammenhang stehen.
Andersherum gesagt: Wenn ein befristeter Arbeitsvertrag um eine weitere Befristung verlängert werden soll, und ihr die Arbeit dann aufnehmt, hat eine Klage auf Umwandlung dieser zweiten Befristung in einen unbefristeten Arbeitsvertrag gute Aussicht auf Erfolg.
Dieses ist jedoch anders, wenn die zweite Befristung sachlich begründet wird, sich also z.B. eine Befristung als Urlaubsvertretung anschließt. Diese sachlich begründeten Befristungen sind also ohne weiteres auch jeder Zeit weiterhin möglich. Nicht möglich ist der umgekehrte Fall: An eine Urlaubsvertretung (sachlich begründete Befristung) schließt sich eine Befristung nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz (sachlich nicht begründet) an, da es sich ja hierbei um eine Neueinstellung handeln muß.

We will win: London, Leipzig, East-Berlin

(Wir werden siegen:...)

In England, Schottland und Wales geht es wieder hoch her. Meldungen über Rathausbesetzungen, Verhinderung von Beschlagnahmungen, Angriffe auf Finanzämter und Randale-Demos dringen hierher. Die britischen ArbeiterInnen wollen die Poll Tax, die neue Gemeindesteuer, nicht hinnehmen.
Am 1.April, einen Tag nach der bisher größten Anti-Poll-Tax-Demo, bei der die Londoner Innenstadt geplündert wird, nehmen Gefangene in Manchester den Funken auf und beginnen eine Revolte, die sich schnell auf andere Knäste ausbreitet.

Was ist die Poll Tax?

Schon Anfang der 80er Jahre diskutierte die konservative Tory-Regierung die Reform der Gemeindesteuer. Nach dem alten System zahlten nur die Hausbesitzer je nach Wert ihres Haus- und Grundbesitzes sogenannte "rates". Wer viel hatte zahlte auch mehr. MieterInnen wurden die "rates" anteilig auf die Miete geschlagen.
Die "rates", die in allen Gemeinden gleich hoch waren, wurden von der Zentralregierung gesammelt und von reichen auf arme Gemeinden umverteilt. Somit bekamen z.B. Innenstadtbezirke mit hohen Sozialhilfeausgabe mehr Knete, als von den dortigen BewohnerInnen gezahlt wurde. Oft schon gab es Auseinandersetzungen zwischen der Regierung, die seit 1979 von den Konservativen gestellt wird, und Labour-Gemeinden, weil die Tories die Ausgaben der Gemeinde für soziale Programme für zu hoch hielten und dann einfach weniger Geld als nötig bewilligten.
Mitte der 80er entwarfen die Tories ein Gesetz zur Neuordnung der Gemeindesteuern. Die Gemeinden sind finanziell seit Jahren in der Krise und eine Heraufsetzung der "rates" wäre dringend geworden. Das "rates"-System war aber angeblich veraltet und ungerecht.
Die Poll Tax ("Wahl"steuer; offiziell heißt sie: community charge) wurde zunächst ab April 89 in Schottland und ein Jahr später in England und Wales eingeführt (in Nordirland haben sie es erst gar nicht gewagt). Sie wird nicht mehr nach dem Wert des Haus- und Grundbesitzes berechnet und ist auch nicht am Einkommen orientiert. Innerhalb einer Gemeinde müssen alle EinwohnerInnen über 18 Jahre denselben Betrag bezahlen. RentnerInnen und SozialhilfeempfängerInnen zahlen 20%, was direkt von ihrer Stütze abgezogen werden kann. Die jeweilige Höhe der Poll Tax wird von jeder Gemeinde selbst festgelegt. Die Gemeinden müssen u.a. mit dieser Gemeindesteuer ihre Ausgaben abdecken. Gemeinden mit hohen Ausgaben, vor allem für soziale Programme, sind gezwungen, die Poll Tax hoch anzusetzen. Die Zentralregierung kann zwar über einen Ausgleichsfond einzelne (!) Gemeinden finanziell unterstützen, gleichzeitig aber auch die Gemeindeausgaben für zu hoch erklären und die Runtersetzung der Poll Tax verfügen (im April 90 schon gegen 20 Labour-Gemeinden eingesetzt).
Die Rechnung der Regierung war, daß in Labour-regierten Gemeinden (in Schottland, im englischen Norden und in den Städten), wo die Sozialausgaben allgemein größer sind, auch die Poll Tax höher wäre als in Tory-Gemeinden. Das sollte dann Druck auf Labour ausüben, die Sozialausgaben zu senken, beziehungsweise die WählerInnen dazu bringen, mit Blick auf den Geldbeutel, Tories zu wählen. Landesweit ist die Poll Tax nun auch sehr unterschiedlich, von umgerechnet ca. 400 DM bis 1600 DM jährlich. In Labour-Gemeinden wie geplant durchschnittlich 300 DM höher als in Tory-Gemeinden.

Um die Steuer überhaupt eintreiben zu können, müssen die Gemeinden zunächst Listen mit den Namen und Adressen aller BewohnerInnen erstellen. Da es auf den britischen Inseln keine Meldepflicht und Personalausweise gibt, ist dies nicht so einfach. Die Gemeinden sandten also Formulare an alle Haushalte, schickten dann Gemeindeangestellte durch die Straßen. Sie konnten aber auch andere Dateien benutzen und damit die Poll-Tax-Liste auffüllen: das Wahlregister, die Listen der MieterInnen in gemeindeeigenen Wohnungen, die Ausleihkarteien der öffentlichen Bibliotheken usw..

Angriff auf die Klasse!

Die Poll Tax ist ein weiterer Versuch, das Einkommen britischer ArbeiterInnen zu mindern und sie zu mehr Arbeit zu zwingen. Fürs Kapital sieht es so aus: Die britischen ArbeiterInnen verdienen zu viel, arbeiten zu wenig, sind zu oft krank, streiken zu viel, zuviele kriegen zuviel Sozialhilfe usw..
Die konservative Regierung unter Thatcher hat nun seit 1979 auf allen Ebenen versucht, das britische Kapital wieder international wettbewerbsfähig zu machen. Das ging aber nur über die systematische Zurückdrängung der Klasse und die Verbesserung der Ausbeutungsbedingungen fürs Kapital.

- Gleich 1979 setzte die Regierung die Zinssätze herauf. Dadurch wurden Kredite für britische Unternehmen teuer. Da zusätzlich viele staatliche Subventionen gestrichen wurden, machten tausende Unternehmen pleite. Andere feuerten viele ArbeiterInnen und rationalisierten. Die Industrieproduktion sank von 1979 bis 81 um 30%, die Arbeitslosigkeit stieg auf über 10%. Traditionelle Zentren von ArbeiterInnen-Militanz, u.a. die Autoindustrie, Werften und Häfen, die Stahl-

industrie und der Kohlebergbau waren besonders betroffen. Gerade hier provozierte die Regierung Arbeitskämpfe und nutzte die Spaltung unter den ArbeiterInnen, die nicht gemeinsam vorgingen, sondern nach und nach versuchten, Forderungen durchzusetzen, und verloren (z.B. Bergleute, Drucker, Docker, Ford-ArbeiterInnen).

- Durch mehrere sogenannte Gewerkschaftsgesetze beschränkten die Tories die Möglichkeit zum Streik und machten Solidaritätsstreiks illegal. Diese Gesetze sollten vor allem die "shopfloor-militancy", die ArbeiterInnenmilitanz auf der untersten Betriebsebene, eindämmen.

- Mit Hilfe dieser Gesetze und wegen der Spaltung der Klasse überstand die Regierung dann auch die großen Kämpfe gegen ihre Konfrontationspolitik, was ihre Position noch stärkte: die Riots 1981, als in über hundert (!) Städten weiße und schwarze Jugendliche ihrem Haß gegen die Bullen Ausdruck verliehen und unzählige Plünderungen organisierten; den Bergarbeiterstreik 1984/85, als ein Jahr lang 150.000 Bergleute streikten, sich ganze Bergbauregionen auch außerhalb der Gewerkschaft zusammentaten und gegen die Bullenbesatzung wehrten und 1 Million Menschen in der Solidaritätskampagne engagiert waren.

- Die Konservativen setzten aber auch auf andere Herrschaftsmechanismen: Sie öffneten einem Teil der britischen (Fach-) ArbeiterInnen die Vision auf wirtschaftlichen Aufstieg, vor allem durch die Förderung privaten Hausbesitzes (über 50% der BritInnen sind Eigentümer ihrer Wohnung); sie nutzten die Unzufriedenheit mit den Gewerkschaften bei vielen ArbeiterInnen, das "Fehlen" einer linken Alternative, indem sie den Niedergang des britischen Kapitalismus und die relative Verschlechterung der Lebensbedingungen dem Labour-Sozialismus und den Gewerkschaften anhängten; sie produzierten und unterstützten rassistische und nationalistische Gefühle durch Erinnerung an die "besseren" Zeiten des britischen Empires, die Schürung des Hasses gegen Schwarze und Immigranten und durch den Krieg um die Malvinen gegen Argentinien 1982.

- Kernstück des Angriffes auf die Klasse aber war und ist die Erhöhung des Arbeitszwangs. Die britischen ArbeiterInnen sollen für niedrige Löhne arbeiten, überall da, wo sie gerade gebraucht werden. Sie sollen sich überhaupt gut in den kapitalistischen Arbeitsprozeß einfügen. Durch systematische Verminderung des Einkommens, die Flexibilisierung der Arbeit (Teilzeitjobs, Sklavenhändler ...natürlich mit Scheißlöhnen) und die Kürzungen von Sozialleistungen wurden über 30% der britischen ArbeiterInnen in die Armut gedrängt. Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen wurden die Zuschüsse gekürzt; die medizinische Versorgung und der Zugang zu Bildungseinrichtungen wurde erschwert. Sozialhilfe, Wohngeld, Arbeitslosengeld usw. wurden immer weiter gesenkt, immer weniger hatten Anspruch darauf, Tausende wurden in schlechtbezahlte Job-Trainings-Programme gesteckt (ET: employment training), jugendliche Arbeitslose müssen für einen lächerlichen Lohn 2 Jahre schuften (YTS: youth training scheme), usw..

Die Poll Tax nun ist ein weiterer Versuch, die ArbeiterInnen unter Druck zu setzen.
Die Zentralregierung hatte die Gemeinden über Jahre subventionieren müssen. Die öffentlichen Ausgaben in den Gemeinden (vor allem im ärmeren Norden und den Innenstädten) für Schulen, Gesundheitsversorgung, Wohnungsbau usw. waren weit höher als die Einnahmen über die "rates" und sind insgesamt in den 80ern noch erheblich gestiegen. Die Regierung wollte die Ausgaben reduzieren und vor allem den Leuten über die Poll Tax selbst auflegen. Dabei verließ die Regierung ihr Konzept, eine ArbeiterInnengruppe nach der anderen anzugreifen. Im Unterschied zu anderen Maßnahmen betrifft die Poll Tax fast alle britischen ArbeiterInnen: auf alle Poll Tax-Pflichtigen bezogen sind ca. 70% schlechter dran als unter dem "rates"-System, zieht mensch die Reichen und Gutverdienenden ab, müssen 90% nun mehr berappen!
Viele ArbeiterInnen können gar nicht bezahlen. Bei 1200 bis 1800 DM monatlich noch jeweils 100-120 DM pro erwachsenem Familienmitglied zahlen, da gehts ans Eingemachte.

Erst Schottland...

Schon vor der Einführung der Poll Tax in Schottland im April 1989 regte sich Widerstand.
Zunächst verweigerten Tausende die Registrierung, so daß die Gemeinden gezwungen waren, die Poll-Tax-Listen durch andere Dateien zu ergänzen. Dann zahlten Hunderttausende von Anfang an die Steuer nicht, weitere Hundertausende zahlten nur die ersten wöchentlichen Raten. Nach einem Jahr waren 1 Million SchottInnen mit ihren Zahlungen weit in Rückstand, hatten noch gar nichts bezahlt oder waren der Registrierung erfolgreich entwischt. Das sind 30% der zahlungspflichtigen Bevölkerung! Diese Leute ignorieren die Androhung von Zwangsgeldern und Beschlagnahmungen.
Viele Gemeinden (in Schottland vorwiegend Labour-regiert) stellten mehr Schnüffler ein, um an die Addressen der Leute zu kommen, schickten Mahnungen und strengten tausende Gerichtsverfahren an.
In vielen Orten wurden die Schnüffler hinausgeschmissen, in Dalkeith z.B. verfolgten Poll-Tax-Gegner einen Gerichtsvollzieher, blockierten sein Auto, besprühten dieses und ließen die Luft aus den Reifen. Mahnungen wurden bei Demos öffentlich verbrannt, Büros von Gerichtsvollziehern z.B. in Edinborough, und Glasgow besetzt. Telefonketten riefen Hunderte zusammen, wenn Schnüffler oder Gerichtsvollzieher auftauchten. Bisher wurden so alle Beschlagnahmungen in Schottland verhindert! Eine besondere Aktion gelang Poll Tax-Gegnern, die einen Virus in das Computersystem vom Lothian-Distrikt impften: alle 10 Minuten wurde ein Name von der Poll Tax-Liste gelöscht.

...nun England und Wales!

Seit Herbst 1989 formiert sich auch der Widerstand in England und Wales. Wie in Schottland wird die Anti-Poll-Tax-Kampagne von tausenden unabhängigen ArbeiterInnen getragen und zum Teil von der anarchistischen Linken. Doch von Anfang an versuchten Kader von Parteien wie der trotzkistischen Socialist Workers Party (SWP) und der ebenfalls trotzkistischen *Militant Tendency*, die sich innerhalb der Labour Partei organisiert, an die Spitze der Bewegung zu setzen. Besonders *Militant* infiltriert Anti-Poll-Tax-Gruppen, drängt Leute raus, die ihnen politisch nicht in den Kram passen und hat auch schon mal Namen von in der Kampagne aktiven AnarchistInnen auf Treffen (öffentlich) verlesen, was Denunziation gleichkommt. *Militant* dominiert aufgrund ihres Apparates und organisatorischer Machtspiele die Anti-Poll-Tax-Federations, die regionalen und den landesweiten Zusammenschluß der mittlerweile 1500 Anti-Poll-Tax-Gruppen, hat es aber nicht geschafft den Widerstand vor Ort zu kontrollieren. Die meisten AktivistInnen in der Kampagne setzen aber auf die Organisierung von unabhängigen Gruppen in den Communities und bei der Arbeit.
Während sich Anti-Poll-Tax-Gruppen auch in England und Wales organisierten und den Widerstand gegen die Registrierung und gegen die Zahlung der Steuer vorbereiteten, gab es erste Aktionen.
Schon bei der Registrierung der BewohnerInnen für die Poll Tax hatten in einigen Städten Gemeindeangestellte gegen die Mehrbelastung durch die Poll Tax gestreikt (z.B. in Sheffield). In London weigerten sich Angestellte in mehreren Sozialämtern, Namen und Addressen für die Poll-Tax-Registrierung bereitzustellen. KrankenpflegerInnen in London besetzten ein Büro, weil die Verwaltung plante, die Poll Tax direkt vom Lohn abzuziehen. Die NALGO, Gewerkschaft der nun aufgebrachten Gemeindeange-

stellten, sah sich schon gezwungen, gegen die Poll Tax eine Anzeigenkampagne zu machen.
Im März 1990 spitzte sich die Lage dann zu. Die Gemeinden mußten die jeweilige Höhe der Poll Tax festlegen und wurden damit zum Angriffspunkt der Bewegung. Diese mobilisierte in die Rathäuser und leitete damit eine ganze Kette von Auseinandersetzungen ein.
Die Meldungen aus den Rathäusern vom März ähneln sich sehr. In über 40 Städten und Gemeinden waren sie Schauplatz größerer Auseinandersetzungen:

- am 2.3. stürmen in Swindon 700 Demonstranten das Rathaus, vertreiben die Bullen, zertrümmern Fensterscheiben, werfen Stinkbomben und verhindern die Gemeinderatssitzung.

- In Shepton Mallet wird am selben Tag das Rathaus besetzt. Die Gemeinderäte fliehen durch die Hintertür. Die Bullen tauchen auf und werden von 300 Leuten angegriffen.

- Ähnliches am 2.3. in Hillington, Huddersfield, Harringay, Wallasey und Walsall.

- Am 7.3. versammeln sich 2000 Leute in Bristol und versuchen ins Rathaus zu kommen.

- Am selben Tag gibt es ähnliche Aktionen in Weston-Super-Mare, Norwich, Maidenhaid, Birmingham, Reading, Gillingham, Exeter, Dertwentside, Lowestoft, Dover, Lewisham.

- Am 8.3. umstellen 300 Demonstranten das Rathaus in Leeds. 60 gelingt es reinzukommen, einige steigen aufs Dach. Fensterscheiben werden mit Dreck beschmissen.

- In Nottingham wird die Gemeinderatssitzung von Robin Hoods gestürmt.

- Weiteres am 8.3. in Newcastle, Plymouth, Southampton, Dudley, Telford.

- Am 9.3. demonstrieren 5000 Leute in Hackney (London). Während der Gemeinderat im Rathaus die Poll Tax auf 499 Pfund (ca. 1400 DM) jährlich festlegt, beginnt draußen die Randale. Einige hundert Leute ziehen die Straße hoch, plündern 60 Geschäfte und greifen die Bullen an.

- Zoff gab es am selben Abend wieder in Swindon und in Salesbury, weitere Demos in Camden und Hillington.

- Am 10.3. geht es in Brixton ab. 2000 Leute belagern das Rathaus. Die Bullen sind diesmal vorbereitet, werden aber trotzdem angegriffen. Stundenlange Randale.

- Am selben Abend: York, Sheffield, Rotherham. In den folgenden Tagen: MidsomerNorton, Islington, Bath, Colchester ...

Dies sind nur die spektakulären Aktionen. Es gab unzählige Kundgebungen und Demonstrationen in anderen Städten. Immer wieder wurden Poll-Tax-Formulare verbrannt, Thatcher-Puppen aufgehängt und Gemeinderäte mit Mehl-Bomben beworfen. Und die Aktionen fanden landesweit statt. Im ärmeren Norden bei Newcastle, in den Bergwerksregionen Mittelenglands, im reicheren Süden, an der Westküste und in Wales, in Groß- und Kleinstädten.
Alles bevor irgendjemand in England und Wales auch nur einen Penny zu zahlen hatte!
Am 1.April 90 war offiziell die erste Poll-Tax-Rate fällig, doch das Chaos ist immens und niemand weiß bisher, wieviele der Registrierung entgangen sind, falsche Angaben gemacht haben, nicht zahlen werden usw..

Randale in der Londoner Innenstadt

Für den 31.3. hatte die landesweite Anti-Poll-Tax-Federation zu zwei Großdemos aufgerufen. In Glasgow demonstrierten 50.000, in London kamen 200.000. Was dann bei der Demo in London losbrach, ist nur als Ausbruch von Klassenhaß zu beschreiben.
Die Voraussetzungen waren günstig. Die Demo ging durch den Londoner Regierungsbezirk zum Trafalgar Square. Vor der Downing Street, dem Sitz der britischen Regierungschefin Thatcher, begann eine Auseinandersetzung zwischen einigen hundert Demonstranten und den Bullen. Diese griffen dann sofort nicht nur hier, sondern auch auf dem naheliegenden Trafalgar Square die Demonstranten an und wunderten sich noch über die Antwort. Tausende ergriffen die Chance, es den Bullen mal zu zeigen. Diese wurden mit Steinen, Knüppeln, Gerüststangen und Absperrgittern attackiert. Auch mit ihren Reiterstaffeln gelang es den Bullen nicht, die Situation in den Griff zu bekommen. Die Südafrikanische Botschaft wurde angezündet, ebenso eine naheliegende Baustelle. Als nach einiger Zeit die Bullen Teile der Demonstranten vom Trafalgar Square abdrängten, gings erst richtig los. Im Zentrum der Londoner Geschäftswelt, da wo die Reichen und Touristen einkaufen und die kapitalistische Warengesellschaft ihr ganzes Angebot darbietet, griffen die Leute zu. Im Covent Garden, Soho, Charing Cross, Piccadilly und der Regent Street, später auch an der Kings Road und anderen Teilen des West Ends wurden Geschäfte geplündert, Banken entglast und immer wieder teure Autos demoliert und angezündet. "London", laut einer Fernsehsendung zum Thema, "eines der populärsten Unterhaltungszentren".
Abgesehen davon, daß Tausende an den Plünderungen beteiligt waren, stieß die Randale bei sehr vielen BritInnen auf Verständnis. Zum einen, weils wirklich die teuren Geschäfte und reiche Autobesitzer betraf, zum anderen, weil die Abneigung und der Haß gegen die Thatcher Regierung immer größer wird. Auf der Demo wurde der Thatcher-Clan als die "letzte ost-europäische Regierung" bezeichnet. Tausende skandierten "Stasi, Stasi", wenn die Bullen aufmarschierten, von denen übrigens 330 zum Teil schwer verletzt wurden (oder auch: We will win, London, Leipzig, East-Berlin). Die Verwüstung der Londoner Innenstadt war bisheriger Höhepunkt des Widerstandes gegen die Steuer und führte allen BritInnen vor Augen, daß sich die Auseinandersetzung weiter zuspitzt.

Die Bullen reagierten mit der Aufstellung einer Sondereinheit von 100 "pigs", die nur mit der Auswertung von Videos und Fotos beschäftigt sind und auch schon einige Leute identifiziert haben. Für die 340, zum großen Teil von Greiftrupps Festgenommenen forderten Tory- und Labour-Politiker harte Strafen. Ironischerweise bekamen die meisten jedoch erstmal Haftverschonung. Dank der Knastrevolten, die einen Tag nach der Randale in London losgingen. Das ist Solidarität!
Die Anti-Poll-Tax-Bewegung bekam nun viel Raum in den britischen Medien. Zudem war ja ab 1.4. auch die Steuer fällig.
Während sich die Führung von *Militant* von der "Gewalt" distanzierte und sogar Hilfe bei der Suche nach Gewalttätern zusagte, nutzten anarchistische Gruppen, insbesondere "Class War", ihre Chance und riefen zu weiteren militanten Aktionen gegen die Poll Tax und die Regierung auf. Wo die Medien die AnarchistInnen als "Schuldige", "Punks" und "Gewalttäter" bezeichneten und die genauen

Auflistungen von Anarchozeitungen und Interviews mit AktivistInnen abschrecken sollten, geschah eher das Gegenteil. Bei vielen Jugendlichen und jungen ArbeiterInnen ist es grad "in", sich AnarchistIn zu nennen. Der Widerstand gegen die Poll Tax und Thatcher ist populär, Labour organisiert die Erhebung der Steuer und die Verfolgung der Nicht-Zahlenden. Diejenigen, die sich wirksam wehren, haben also viel Sympathie.
Zitat aus einer Sendung des britischen Fernsehsenders ITV zum Riot: "Die Atmosphäre in Britannien ist so schlecht. Die Leute brauchen von den Class War Anarchisten gar nicht angestiftet zu werden. Sie randalieren auch so."

Parteien fürs Kapital: Labour und Konservative

Labour hatte sich zwar gegen die Poll Tax ausgesprochen, aber auch gegen die Don't Pay-Kampagne (zahle nicht!). "Nur im Rahmen der Gesetze, bla, bla". In Schottland hatten die Labour-Bonzen Poll-Tax-Gegner verfolgt und kriminalisiert. Viele ArbeiterInnen haben deshalb auch nicht die Illusion, daß die Labour Partei ihnen in diesem Kampf "helfen" wird, auch wenn einzelne Labour-Linke die Kampagne unterstützen oder auf Druck von der Straße von ihren Gemeinderatsposten zurückgetreten sind.

Bei der Kommunalwahl am 3.5. verzeichnete Labour zwar einen Stimmenzuwachs, aber der war lange nicht so groß, wie vorhergesagt und erwartet. Und gerade in Tory-regierten Gemeinden, wo die Poll Tax niedrig ist, sah Labour keinen Stich.
Trotzdem, die Tories verloren bei der Wahl viele Stimmen und auch in Tory-Gemeinden formiert sich der Widerstand. Da die Planungen der Regierung über die Höhe der Poll Tax völlig daneben lagen, müssen auch hier die Leute mehr zahlen als angenommen. Und fürs nächste Jahr wird es noch eine kräftige Erhöhung der Poll Tax geben (falls es dann die Poll Tax noch gibt).
Einige Tory-Gemeinderäte sind schon zurückgetreten oder haben sich von der Partei losgesagt. So im Februar in West-Oxfordshire.
Anders als in den letzten Jahren wendet sich nun auch der Mittelstand von den Tories bzw. Thatchers Richtung ab. Den kleinen Unternehmen und Geschäften machen die hohen Kreditzinsen zu schaffen. Parallel zur Poll Tax wird nun auch das alte "business-rates"-System, die kommunale Gewerbesteuer, reformiert. Viele Unternehmen werden zukünftig wesentlich mehr zahlen müssen. Die Großen schlagen das einfach auf die Preise, was bei kleinen Geschäften, die auf alle Kunden angewiesen sind, nicht so einfach geht. Sie werden die Steuer so zahlen müssen oder vorher dichtmachen.

Vor allem viele ArbeiterInnen, die bisher Tories gewählt haben, weil sie sich wirtschaftliche Vorteile davon versprachen, fühlen sich nun verarscht. Die hohen Hypothekenzinsen für die auf Pump gekauften Häuser und nun die hohe Poll Tax. So verliert die Regierung auch hier die Unterstützung.

Heißer Sommer ?

- Die Finanzen der Gemeinden drohen wegen der Anti-Poll-Tax-Kampagne zusammenzubrechen.
Schon wenn 10-20% nicht bezahlen, wie in Schottland schon geschehen, werden die Gemeinden zahlungsunfähig und damit stehen noch größere Kämpfe ins Haus. Die Lohnzahlungen für die Gemeindeangestellten, LehrerInnen, die Finanzierung von sozialen Einrichtungen, von Altenheimen bis zu Badeanstalten sind in Gefahr. Die ArbeiterInnen in diesen Bereichen stehen schon in den Startlöchern, um Entlassungen zu bekämpfen. Die LehrerInnen der Gewerkschaft NUT (National Union of Teachers) beschlossen Anfang April (gegen den Widerstand der Gewerkschaftsführung!), gegen Entlassungen als Folge von Poll Tax und der Geldknappheit der Gemeinden zu streiken.

- Diesen Sommer stehen Tarifverhandlungen in vielen Bereichen an. Bei einer Inflation von fast 10% und dem Lohnklau durch die Poll Tax sind die Erwartungen der ArbeiterInnen entspechend hoch und die Stimmung im Land ist durch die Kampagne gegen die Steuer aufgeheizt. Zwei Erfahrungen lassen für den Sommer hoffen: Die Entschlossenheit der Krankenwagenfahrer, die monatelang seit September 1989 für höhere Löhne Streikaktionen machten und sich dabei auch nicht von ihrer Gewerkschaft haben kontrollieren lassen; und die Streiks vom letzten Jahr bei den Londoner Verkehrsbetrieben.

In dieser Situation fragt sich, ob das britische Kapital die Konfrontation weiter ausreizen oder gewisse Zugeständnisse machen wird. Schon wird auch in der konservativen Partei über eine Änderung der Poll Tax und die Ablösung der Hardliner um Thatcher spekuliert. Wahlen sind erst 1992, aber selbst eine Labour-Regierung würde die Politik gegen die Klasse fortsetzen.
Viele britische ArbeiterInnen wollen eine sofortige Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Stattdessen versucht das Kapital, ihnen noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Die Kämpfe gegen die Poll Tax zeigen, daß die ArbeiterInnen sich das so nicht gefallen lassen. Falls die nächste Regierung von der Labour Party gestellt wird, wird das nicht viel ändern. Die letzte Labour Regierung ging 1979 im "Winter of Discontent" (Winter der Unzufriedenheit) unter, als Zigtausende öffentlicher Angestellter und ArbeiterInnen für höhere Löhne streikten. Auch jetzt wartet auf Labour ein Dilemma: Die ArbeiterInnen erwarten die Rücknahme von Gewerkschaftsgesetzen und der Privatisierung, die Aufstockung der Sozialausgaben und Lohnerhöhungen. Weitere Kämpfe und das, was das Kapital eine "Inflation der Forderungen" nennt, winken. Gut so!

Das folgende Interview sind Auszüge aus einem Gespräch, das wir Ende März mit einem Aktivisten der Bewegung gegen die Kopfsteuer geführt haben. (Er ist in der Hackney Trade-Union-Support-Group organisiert).

"...schwer zu sagen, was passieren wird..."

Die Poll Tax wird von der Arbeiterklasse hauptsächlich als Angriff auf ihr Einkommen gesehen?

Ja, sehr stark. Außerdem bedeutet es natürlich langfristig einen Angriff auf dein Wahlrecht, denn wenn du deine Poll Tax nicht bezahlst - darum nennen die Leute sie ja auch Poll Tax -, kriegst du kein Wahlrecht. Und was es noch bedeutet, ist, daß sie langfristig ganz klar eine Art Personalausweissystem einführen werden, um zu sehen, ob du deine Poll Tax bezahlt hast.
Für ImmigrantInnen, die vielleicht illegal im Land sind, ist das ein sehr großes Problem. Sie können zwar oft angehalten und nach ihrem Paß gefragt werden, aber du kannst dich manchmal durchschwindeln. Mit einem Personalausweissystem dagegen wäre das fast unmöglich.

Was passiert, wenn man nicht bezahlt?

In Schottland kommst du vor Gericht, und sie zwingen dich, von zuhause Sachen im Wert deiner Poll Tax mitzubringen. In Strathglide, einem ziemlich stark engagierten Arbeiterviertel in Glasgow, haben sie siebenmal versucht, bei Leuten die Möbel und andere Sachen abzuholen, und da haben die Leute aus der Gegend alle sieben Mal die Gerichtsvollzieher verjagt. Und sieben Versuche von 500.000: selbst wenn sie Erfolg gehabt hätten, bräuchten sie sehr lange, um das durchzuziehen. Das ist für die Behörden langfristig kein wirklich gangbarer Weg. In einigen anderen Gegenden von Schottland, die nicht so gut organisiert sind, haben sie es geschafft, reinzukommen und den Besitz von Leuten zu beschlagnahmen, vor allem auf dem Land. Aber der Erfolg ist begrenzt, und sie werden diese Politik nicht lange durchziehen können.

Auf die Demos sind weit mehr Leute gekommen als erwartet. Wer konnte diese Massen mobilisieren?

Die verschiedenen Poll Tax Federations. Und die verschiedenen linken Gruppen haben in den Estates {Neubaublöcken} Zeitungen verkauft und solche Sachen. Jedenfalls waren die Demos viel größer als die einzelnen Gruppen selbst das vorausgesehen hatten. Z.B. in Plymouth, oder auch in Hackney. Dort tauchten ungefähr 5.000 auf.
Also, was an dem Abend geschah: Der Stadtrat hatte tagsüber schon seine Räume verrammelt. Die meisten ArbeiterInnen im Rathaus hatten die Arbeit niedergelegt.

Wegen der Poll Tax-Demo?

Nicht wegen der Demo. Wegen der Demo hatten sie die ganzen Rathausfenster verrammelt. Also haben sie gestreikt, weil die Bedingungen unerträglich waren; es gab kein Licht oder so. Dann saßen da ab zwei Uhr nachmittags zweihundert Polizisten in Wannen rum, fünfeinhalb Stunden lang. Der Stadtrat kam um halb vier. Die Höhe der Poll Tax sollte um halb sieben festgesetzt werden. Zu der Zeit waren schon ziemlich viele Leute da, drei- oder viertausend. Und dann war da so ab sieben Uhr eine ziemlich entschlossene Gruppe, die sich selbst zum größten Teil AnarchistInnen nennen würden, HausbesetzerInnen, die es drauf abgesehen hatten, Flaschen und Dosen auf die Polizei zu werfen, buchstäblich vier bis fünf Meter von der Polizei weg. Und es war ziemlich seltsam zu sehen, wie die Polizei nicht reagierte und die Leute nicht festnahm, obwohl sie sie offen sehen konnte. Jedenfalls fingen sie schließlich an, Leute festzunehmen, die zu Anfang Ärger gemacht hatten. Naja, ich denke, der Stadtrat hat den Ärger gemacht, denn wenn sie bestimmte Leute reingelassen hätten, um mit ihnen zu sprechen, dann hätten sie die Menge eher beruhigen können. Leute wollten rein, um zu reden. Das ist ein Labour-Stadtrat. Einige aus dem Rat waren rausgegangen, nicht wegen der Steuer, sondern wegen der Art, wie sie das Rathaus gegen die Leute draußen dichtgemacht hatten. Dann fingen verschiedene Arten von Ärger an. Es gab Straßenschlachten zwischen der Polizei und DemonstrantInnen. Mehrere Polizisten wurden verletzt, mehrere DemonstrantInnen wurden verletzt.
Ungefähr um halb acht hatte sich die Stimmung beträchtlich verändert. Große Mengen von Jugendlichen kamen von den Estates, die vorher nicht auf der Demo gewesen waren, und dann fing das Plündern an.

Sie ließen die Polizei links liegen und plünderten die Läden?

Ja. Woolworth und all die wurden gesmasht. Dann gab es Straßenschlachten zwischen der Polizei und verschiedenen DemonstrantInnen und Leuten, die nicht demonstriert hatten, aber dagewesen waren. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen waren wohl ungefähr 3.000 Leute beteiligt. Die Polizei hatte nicht besonders viel Angst vor den DemonstrantInnen, aber sie hatten Angst vor den Leuten, die plünderten. Sie hatten den Befehl, nicht einzugreifen, denn die Leuten hatten Steine und verschiedene andere Sachen. Deshalb warteten sie, bis das vorbei war, und versuchten dann Leute einzusammeln. In den nächsten Stunden jagten sie jeden schwarzen Jugendlichen, der rumlief. Alles in allem wurden ungefähr 60 festgenommen.

Was denkt die restliche Arbeiterklasse über direkte Aktionen gegen die Poll Tax?

Ich glaube, daß große Teile der jungen ArbeiterInnen, die bei Fußballspielen und Acid House-Parties von Polizeieinsätzen betroffen waren, gemeint haben, wurde auch verdammt Zeit, daß die Polizei mal gut was auf die Fresse kriegt. Ich glaube nicht, daß der Horror über Gewalt, den die Zeitungen zu verbreiten versucht haben, gegriffen hat. Die innerstädtischen proletarischen Viertel wie Hackney gelten sowieso als gewalttätig. Die riots wurden zuerst, Anfang der 80er, von den Medien als Rassenkrawalle gepusht. Aber diese Propaganda greift immer weniger. Also werden diese Gegenden einfach allgemein als Krawallmachergegenden dargestellt, wo es viele HausbesetzerInnen gibt, viele Schwarze, Minderheiten, all sowas.

Warum ist heute die Poll Tax die größte Mobilisierung in der britischen Arbeiterklasse?

Naja... Ich denke das liegt in der Natur der Sache. Es ist ein direkter Angriff auf das Einkommen der Leute, und die Gewerkschaftsbewegung ist natürlich eine reformistische Organisation.
Die Einführung der Poll Tax wird zweifellos Folgewirkungen bei Arbeitskämpfen auslösen, denn sogar die Arbeiter, die die Tax bezahlt haben, werden sagen, das sind fünf oder zehn Pfund Lohnabzug die Woche, und das will ich in meiner Lohntüte zurückhaben, und mit den Zinssätzen wird es genau dasselbe sein. Also wird es sicher etwas auslösen: Dieses Jahr haben sehr viele ArbeiterInnen schon Lohnforderungen von zwölf bis 15 Prozent aufgestellt, und das wird wahrscheinlich auch einen Teil des Widerstands ausmachen. Ich bin mir sicher, daß wir gegen die Tax siegen werden; ich denke, sie wird innerhalb von sechs bis sieben Monaten in sich zusammenbrechen, aber ich bin mir nicht sicher, was dann passieren wird, das ist schwer zu sagen.

Neue (?) formen

Gruppenarbeit "Just in Time"- Produktion

("Lieferung gerade rechtzeitig")

Wir haben kein wissenschaftliches Interesse an neuen Produktionsformen. Uns interessiert das, weil sich die Struktur des Kapitals auf unserer Seite als die Bedingungen und Voraussetzungen des Klassenkampfs darstellt. Die Struktur des Kapitalverhältnisses ist der Ausgangspunkt der Kämpfe der ArbeiterInnen.

Nach einem Jahrzehnt relativer Ruhe in den Fabriken scheint es deshalb angebracht, neue Anstrengungen zur Untersuchung des Gesamtproduktionsprozesses zu unternehmen - um nach den Anzeichen zu suchen, wie die Arbeiterklasse ihrerseits sich diesen Zusammenhang für sich und ihre Kämpfe zunutze macht.

Gruppenarbeit und "Just-In-Time"- Produktion sind nur Mosaiksteinchen für ein Gesamtbild. Wir greifen sie auf, weil diese beiden Begriffe langsam zu Schlagwörtern in einer Kampagne werden, die den Arbeitern ihre endgültige und umfassende Niederlage klar machen will. Ein Beispiel, wie selbst Freunde der Arbeiterklasse sich zu Mittätern in solcherart Kampagnen machen können, ist der Artikel *"Postmoderne Zeiten"* von Ursula Kreft (Konkret 5/90). Sie stellt, schön wissenschaftlich und durchaus richtig, dar, daß die Einführung der Gruppenarbeit Zunahme der Arbeitsintensität bedeutet und deshalb voraussetzt, daß die betroffenen Arbeiter vom Abstieg in schlechter gestellte Randbelegschaften oder Arbeitslosigkeit bedroht sein müssen. Dann aber fällt sie auf die Propaganda der Kapitalisten und der Gewerkschaft herein und denunziert die Gruppenarbeiter als willige Superarbeiter im Sinne des Kapitals - natürlich, ohne mit ihnen gesprochen zu haben.

Für uns sind die Zeiten so modern wie eh und je. Anstatt die Maßnahmen des Kapitals als Alptraum und Bedrohung zu beschreiben, müssen wir die Verhältnisse dahingehend untersuchen, wie sie umzuwerfen sind. Dieser Schwerpunktteil soll ein Anfang sein. Wir versuchen, entlang des Produktionsprozesses ein paar Schlaglichter abzubilden. Das ergibt noch lange kein Gesamtbild und noch werden kaum Punkte sichtbar, wie sich daraus der Klassenkampf entwickeln kann und wird.

Nicht jammern - untersuchen!

Ford-Streik 1973, Köln

Ein wichtiger Blick zurück

"Vielmehr erfolgte der Übergang vom Fließband zur Gruppenarbeit da, wo er sich geradezu aufdrängte. Zum Beispiel gibt es für viele Mitarbeiter am konventionellen Fließband immer wieder ablaufbedingte Wartezeiten, welche die Wirtschaftlichkeit einer Fertigung so reduzierten, daß selbst höhere Investitionen und längere Unterweisungszeiten für Gruppenarbeitsplätze noch günstiger sind." Das ist ein Zitat aus dem Handelsblatt. Das Bemerkenswerteste daran: es ist aus der Ausgabe vom 29.11.76.

1968/69 und 1973 waren Höhepunkte der Revolte des Massenarbeiters: der jungen, meist ausgewanderten, ungelernten ArbeiterInnen an den großen Fließbändern vor allem der Automobilindustrie. Um ihre Streiks zu organisieren, benutzten sie das Fließband selber. Eine Abteilung legte die Arbeit nieder und brachte das Band zum Stehen. Oft waren die ArbeiterInnen anderer Abteilungen schon damit überredet, mitzustreiken. Das Kapital reagierte geschockt: die ArbeiterInnen hatten seine eigene Struktur rumgedreht und als Waffe benutzt.

Und noch etwas wurde deutlich. Diesem Arbeitertyp war die Arbeit auf eine ganz neue Art fremd und feindlich geworden. Das drückte sich selten in kollektiven Kampfformen aus, aber massenhaft im "individuellen" Verhalten: Krankfeiern, häufiger Arbeitsplatzwechsel, Sabotage...

Gegen die Klasse, die neue Formen des Kampfes entdeckt hatte und gegen die Einzelnen, die sich anders verhielten, mußte etwas getan werden. Die erste Reaktion war die Auflösung der starren Struktur des Gesamtbandes, etwa indem Materialpuffer zwischen einzelne Montageabschnitte geschoben wurden. Dadurch "ist der ganze Betrieb viel flexibler, nicht nur bezüglich Absatzschwankungen, sondern auch gerade gegenüber kleineren, auf einzelne Abteilungen begrenzte Kampfformen der Arbeiter", stellten Gewerkschaftsoppositionelle auf einem Treffen 1976 in Köln fest. Fließbänder bekamen große Schleifen, durch die oft eine ganze Tagesproduktion und mehr nur transportiert wurde, ohne bearbeitet zu werden.

Noch 1974 verkündete die Bundesregierung ihr "Aktionsprogramm: Forschung zur Humanisierung der Arbeitswelt" - unter begeistertem Jubel der Gewerkschaften und beifälligem Nicken der Kapitalisten. Dabei

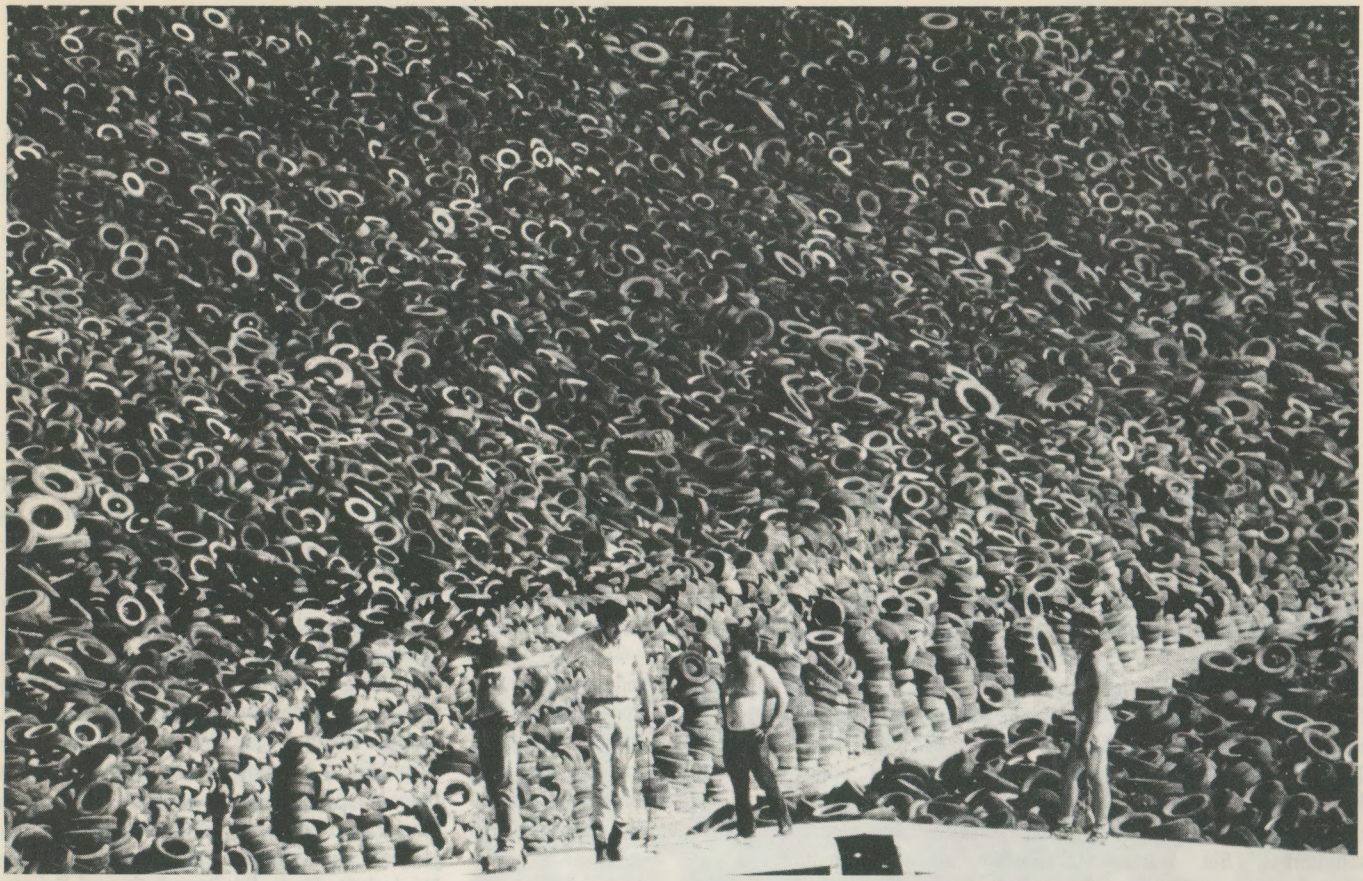
Organisations- des Kapitals

ging es vor allem darum, das Kapital gegenüber dem Massenverhalten der Arbeiterklasse unempfindlicher zu machen, vielleicht es irgendwie wieder einzufangen.
Finanziert wurden die ersten Experimente mit Gruppenarbeit, "Umlaufbändern" und Teilzeitregelungen. Maßnahmen, um mit Krankfeiern, Jobwechsel zurecht zu kommen. Die meisten dieser Experimente scheiterten. Sie waren auf Dauer zu "teuer", d.h. sie konnten das Arbeiterverhalten nicht auffangen.
Gleichzeitig setzte das Kapital seit der "Energiekrise" seine traditionelle Waffe gegen eine aufmüpfige Arbeiterklasse in Gang: Arbeitslosigkeit.
In den späten 70er und der ersten Hälfte der 80er Jahre löste ein neues Schlagwort die "Humanisierung" ab: Rationalisierung. Natürlich war es mehr als ein Schlagwort. Es wurde rationalisiert, es wurden tausend Tricks versucht, millionen kleine und große Veränderungen im Arbeitsprozeß vorgenommen - um die Arbeitshetze zu steigern. Dabei wurden auch die Belegschaften ein Stück weit ausgetauscht, teilweise wurde der "klassische" Massenarbeiter, den nichts an die Firma band ersetzt durch geduldigere Facharbeiter. Immer begleitet von Massenarbeitslosigkeit und entsprechende Maßnahmen, die das Arbeits-los-Sein unangenehmer machten. Die moderne Informationstechnologie wurde entwickelt, um mit ihrer Hilfe die Kontrolle über die Arbeitskraft und das Kapitalkommando innerhalb und außerhalb der Fabrik zu verstärken.
Aber diese "Rationalisierung" war auch der Inhalt einer Propagandawelle, die den Zweck und weitgehend das Ergebnis hatte, die Klasse zu verunsichern. "Die Japaner montieren für 250 Millionen Mark 'eine Fabrik der Zukunft'. Science-Fiction-artig sollen dort nur noch 10 Arbeitskräfte eine Kompanie von Robotern und prozeßrechnergesteuerten Werkzeugmaschinen kontrollieren, deren tägliche Produktion der einer 800 Arbeitnehmer starken konventionellen Fabrik entspricht."[1] Fast alle haben bei solcherart Angstkampagnen mitgewirkt: das Kapital, die Gewerkschaften und die Linken sowieso.
Rationalisierung und Rationalisierungspropaganda waren erfolgreich - auf diesem Feld hat das westliche Kapital letztendlich den entscheidenden Vorsprung vor dem Kapital des Ostblocks errungen. Die "menschenleere Fabrik" gibt es allerdings bis heute nicht.
Diese Rationalisierung - Verschärfung der Arbeitshetze unter technologischen Vorwänden - stieß etwa Mitte der 80er an eine gewisse Grenze. Neue High-Tech-Experimente "lohnten" sich nicht mehr. Einige Ziele waren erreicht. Schichtarbeit war allgemein durchgesetzt, die Mobilität der ArbeiterInnen war weitgehend in Flexibilisierung fürs Kapital umgedreht. Die Klasse war so ruhig wie selten zuvor geworden. Andererseits verloren aber auch die Roboter-Alpträume ihren Schrecken. In dem Maße, wie Arbeiter mit Robotern und Sekretärinnen mit Computern arbeiten mußten, merkten sie, daß es sich auch nur um Maschinen handelte - und *lernten damit umzugehen.*
Trotz aller Computersteuerung, Roboterisierung, High-Tech: die Fabriken laufen nur, wenn und insoweit es die ArbeiterInnen wollen. In gewisser Weise hat sich das Kapital von seinem Facharbeiter am Roboter noch abhängiger gemacht, als es vom einzelnen Fließbandarbeiter der 60er Jahre je war. *Und:* Es ist nach wie vor Fließbandarbeit. *Und:* die Fremdheit und Feindlichkeit gegenüber der Maloche ist heute größer, tiefer und selbstverständlicher als damals.

"Ricardo und dieser Roboter verstehen sich wohl nicht so gut."

Gruppenarbeit: Demokratisierung allerorten

Jede Produktion läuft nur, wenn die ArbeiterInnen ihre Phantasie, Kreativität und Erfahrung einsetzen, um die kleinen und großen Unzulänglichkeiten des Materials und der Organisation zu überwinden. Das gilt prinzipiell immer, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Der riesige Einsatz von Informationstechnologie - Personalinformationssysteme, Warenstromsteuersysteme, fließende Qualitätssicherungssysteme, MTM-Zeiterfassung usw.- hat daran kein Jota ändern können; die Kompliziertheit dieser Überwachung hat die Empfindlichkeit der Gesamtmaschinerie gegenüber unwillkürlichen oder absichtlichen Störungen eher gesteigert.
Der Mensch steht im Mittelpunkt des Produktionsprozesses, das ist jetzt wieder zur Binsenweisheit unter den Managern geworden. "Motivation" nennen sie ihr Problem. Daher die allgemeine Demokratisierungswelle in den Betrieben. Die unteren Manager geben den Arbeiterinnen Zeit und Gelegenheit, ihre Meinung zum Arbeitsablauf zum Besten zu geben. Diese Veranstaltungen haben phantasievolle Namen gekriegt: "Treffpunkt Sicherheit", oder schlicht "Qualitätszirkel". Soweit wir das



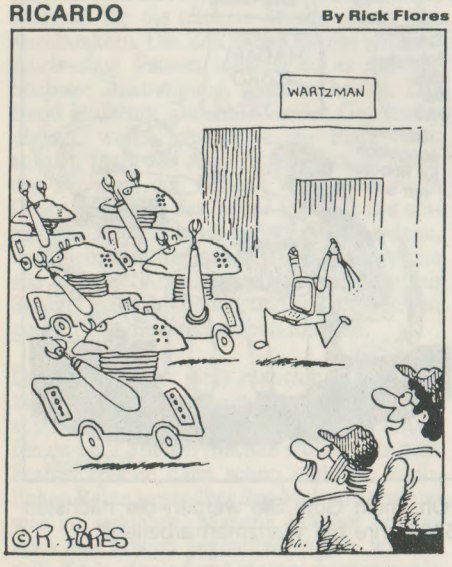
beurteilen können, waren diese Versuche nicht besonders erfolgreich - vom jeweiligen Vorzeigeprojekt abgesehen, das jede bessere Werkszeitung finden mußte.
Bei Gruppenarbeit geht es um etwas anderes. Statt den Einzelnen zu hetzen, macht man eine Gruppe und hetzt die; in der Hoffnung, daß sich die Arbeitsunlust ihrer Mitglieder innerhalb der Gruppe bricht. Die ArbeiterInnen sollen sich selber kontrollieren.
Wir haben in der WILDCAT 48 ausführlich über die Pilotprojekte berichtet. Viele dieser Projekte haben nicht funktioniert. Und Pilotprojekte zeigen weder den kapitalistischen Alltag noch die kapitalistische Zukunft. Die wenigen Beispiele von Gruppenarbeit im engen Sinn in einer ganzen Fabrik waren nur unter bestimmten Bedingungen möglich. Das immer wieder angeführte Beispiel des amerikanischen NUMMI -Werkes (General Motors und Toyota) zeigt das sehr eindrucksvoll. Die Kapitalisten konnten dort eine ausgesuchte Belegschaft resignierter Menschen zusammenstellen, weil General Motors 3 Jahre zuvor eine Fabrik geschlossen hatte. Die meisten der Neueingestellten waren die ganze Zeit arbeitslos oder Jobber gewesen. Verständlich, daß sich diese Belegschaft nicht sehr gut gegen die enorme Arbeitsdichte wehren konnte.
Inzwischen ist hierzulande der Begriff "Gruppenarbeit" zu einem Sammelbegriff geworden, der sehr viele unterschiedliche arbeitsorganisatorische Maßnahmen zur Verdichtung der Arbeit umfaßt. Es sind oft nur kleine Änderungen, die - ähnlich wie bei der "Rationalisierung" - *zum Anlaß genommen werden, das Tempo zu steigern.* Das ist oft alles; der Kampf um die Köpfe und die "Motivationsfrage" wird den Meistern überlassen.[2]

Neue Organisation der Gesamtproduktion: "Just In Time"

In den Zentren der Endmontage werden immer weniger Einzelteile selbst hergestellt. "Verringerung der Fertigungstiefe" nennt sich das. Die Produktion dieser Teile wird in Zulieferbetriebe, oft winzige Klitschen, meist mittlere Metallbetriebe, ausgelagert.
Ist die "Gruppenarbeit" ein Versuch, mit dem Arbeiterverhalten umzugehen, handelt es sich bei dieser Entwicklung um Maßnahmen gegen die Klasse insgesamt. Der Zusammenhang des Produktionsprozesses ist der *Ausgangspunkt* proletarischer Organisierung. Dieser Zusammenhang soll zerstückelt werden. Die Montagezentren, die Zentren der Kämpfe der 60er und frühen 70er Jahre, sollen nicht aufgelöst (wie auch?), aber verkleinert werden. Nur die Endmontage selber soll dort stattfinden. Der Trend ist international einheitlich, der Stand recht unterschiedlich. Zur Auslagerung, also der Vergabe von Aufträgen an andere Firmen, kommt die zunehmende Dezentralisierung innerhalb der Konzerne, die ihre Teilefertigung oft europaweit verstreuen.
Auf den ersten Blick sieht das so aus, als wäre es die gradlinige Fortsetzung der Maßnahmen nach den Kämpfen: Auseinanderreißen und Pufferung der großen Bänder. Verbunden mit vielen Spaltungsmöglichkeiten: Stammbelegschaft - Leiharbeiter - Randbelegschaft in den Zulieferern. "So wird zum Beispiel im Rahmen der Fertigungstiefenreduzierung das Spezialwissen und das günstigere Lohnniveau von Lieferanten in Zukunft noch mehr im Vordergrund stehen", so ein Audi- Manager auf einer Fachtagung.[3] Dahinter steht die Drohung, bei Wegfall des günstigeren Lohnniveaus den Zulieferer zu wechseln - eine weit einfachere Methode, als Lohnforderungen der eigenen Belegschaft abzuwehren.
Allerdings beinhaltet diese Entwicklung auch eine gewisse Gefahr: in dem Maße wie der Produktionsprozeß auf diese Weise zersplittert wird, die Klasse aufgespaltet und ihre sozialen und regionalen Zusammenhänge angegriffen werden, in dem Maße droht sich auch das Kapitalkommando über den Arbeitsprozeß zu dezentralisieren. Die Vergabe von Aufträgen an andere Firmen bedeutet erst mal, den entsprechenden Kapitalisten zu überlassen, wie sie mit ihren Arbeitern zurande kommen. Wenn das nicht klappt, Termine, Preise, Qualität

nicht eingehalten werden, kann sich das große Kapital nur nachträglich an den Einzelkapitalisten halten. Dieses Risiko muß wiederum mit Lagerhaltung von Material und Teilen ausgeglichen werden.
Läger und Puffer sind aber totes Kapital. Sie beanspruchen Arbeit und die Beschäftigung von Lagerarbeitern. Sie können nur vorübergehende Maßnahme zur Spaltung der Arbeiterklasse sein. "Just In Time" ist der Versuch, das direkte zentrale Kommando über den gesamten Produktionsprozess auszuweiten, vielleicht zu stärken und gleichzeitig die negativen, kostenintensiven Nebenwirkungen seiner Aufsplitterung zu beseitigen. Das Kapital will sich für zukünftige Kämpfe einen Vorsprung in der Organisation gegenüber der Arbeiterklasse sichern.

Beispiel Audi:
5 mittelgroße Zulieferbetriebe liefern die Stoßdämpfer und Türverkleidungen. Die weiter weg gelegenen Hersteller ("Audi läßt die Zulieferer in ihrer Heimat"[4]) erhalten 12 bis 17 Tage vor Einbau der Teile am Audi-Band eine "Summenmeldung" und liefern in ein Lager der Speditionsfirma in unmittelbarer Werksnähe. Der nahe gelegene Hersteller Peguform bekommt die Anforderungsmeldung mit einer Vorlaufzeit von 5 Stunden vor Einbau der Teile. Diese Meldung enthält die genaue Abfolge der Versionen, Farben usw. entsprechend der Abfolge der Wagen auf dem Audi-Band. Bei Peguform werden die Teile fertig hergestellt und "abfolgerichtig" in die Transportgestelle sortiert, wobei Platz gelassen wird für die Teile der anderen Hersteller, die dann im Lager der Spedition "dazukommissioniert" werden. Noch enger ist die "Zusammenarbeit" mit dem Hersteller der Sitze. Dort beträgt die "Informationsvorlaufzeit" weniger als 3 Stunden. Die komplette Sitzgruppe wird "ohne Lagerhaltung" von einem Band zum anderen gebracht. "Die Zusammenarbeit sei so eng, daß z.B. die Pausenregelung bei Audi auch dort gelten müsse".[5] Selbstverständlich sei dafür ein Rechnerverbund auf allen Ebenen notwendig.

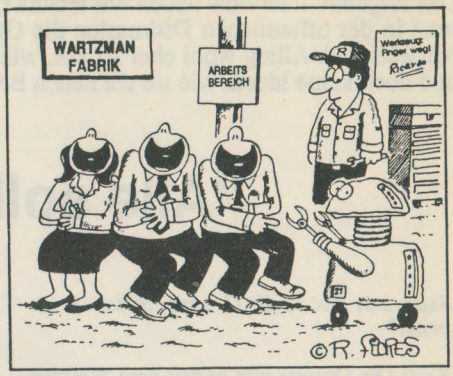


"Es ist doch erstaunlich, wie so ein einziger kleiner Computer so viele Roboter laufen lassen kann!"

Die Bänder der Zulieferer werden direkt und weitgehend ohne Pufferung in die Endmontage-Bänder eingebaut. Die Steuerrechner werden zusammengeschaltet und zentral gesteuert. Interne Puffer werden aufgelöst. Das ist der kapitalistische Versuch der Quadratur des Kreises: Ein Gesamtfließband, von dem die Fließbandarbeiter nichts mitkriegen, das sie zumindest nicht für ihre Kämpfe benutzen können. Aber das ist offensichtlich: Auf der materiellen Ebene wird dieser Zusammenhang der Arbeit umso erfahrbarer, je enger die Anbindung und zentrale Kontrolle wird. Eine andere Frage, *unsere Frage*, ist: *wie* verbinden sich die Einzelkämpfe, wie kann die so aufgespaltene und in so enge Zusammenarbeit gepresste Arbeiterklasse zu gemeinsamen Kämpfen kommen? Das allerdings kann nicht aus der Analyse der Kapitalstruktur herausgelesen werden, die Antwort kann nur in den sich entwickelnden Kämpfen selber gefunden werden.

Ein schwacher Punkt: der Transport

Immer besser ausgefeilte Transportsysteme werden entwickelt. Ford und BMW setzen spezielle Züge ein, die im richtigen Zeittakt die Teile bringen. Der Schwerpunkt liegt allerdings weiterhin auf der Straße. Während der Schienengütertransport stagniert, nahm der LKW- Transport von 84 bis 87 um 10,6% zu.[6]
In einem rheinischen Montagezentrum soll schon einmal ein Band einen Tag lang stehen geblieben sein, weil ein LKW verunglückt war. Der Transport ist das unkalkulierbare Zwischenglied dieser Neuorganisation. Er bereitet den Managern auch am meisten Sorgen. Die Autobahn dient zwar als Puffer zwischen den Produktionseinheiten. Steht bei einem Zulieferer die Produktion, kann solange weiterproduziert werden, wie die LKWs mit den Teilen unterwegs sind. Diese Zeit kann für entsprechende Maßnahmen genutzt werden. Aber dieser Puffer steht nicht so einfach und selbstverständlich zur Verfügung wie ein ortsgebundenes Lager. Was ist, wenn ein LKW ausfällt? Was ist, wenn die Fahrer streiken?
Kein Wunder, daß sich kritische Stimmen innerhalb des kapitalistischen Lagers zu "Just In Time" vor allem auf die Frage des



"Der neue Roboter will wissen, wie hier die Pausenzeiten sind."

Transports beziehen. "Die oft beklagte Raserei der LKW-Fahrer liegt auch am JIT - Druck", so ein hoher Vertreter des VDI; "Erforderlich sei eine intelligente Verkehrssteuerung, um 'Just-im-Stau' zu verhindern", so der Logistik-Chef von Union-Transport.[7]

Propaganda und Wirklichkeit

Es ist leicht, die Berichte der Manager über gelungene Einzelprojekte wiederzugeben. Es ist ebenso einfach, aber, vorsichtig ausgedrückt, wenig hilfreich, daraus die umfassende Bedrohung der ArbeiterInnen und die bevorstehende Vernichtung der Kampfmöglichkeiten der Klasse herzuleiten. Das eben wollen sie uns ja sagen: Ihr habt keine Chancen mehr, arbeitet konstruktiv mit statt euch zu wehren.
Unsere Aufgabe ist eine ganz andere: Erstmal untersuchen, was wirklich passiert in den Betrieben. Was versucht das Kapital wirklich - und was kann es dann tatsächlich durchsetzen. Und dann unter alten oder vielleicht wirklich neuen Bedingungen versuchen, einzugreifen. Die Antworten, die die ArbeiterInnen finden aufnehmen, diskutieren, weitertragen.
Das ist auch ein Aufruf an unsere LeserInnen. Schreibt uns Eure Erfahrungen und Gedanken zu diesen Themen!

[1]Frankfurter Rundschau, 31.12.76 - So oder ähnlich lauteten die Visionen von der "menschenleeren Fabrik".
[2]Am Rande bemerkt: Neu an der "Gruppenarbeit" ist eigentlich nur, daß sie im Zusammenhang mit den Endmontage- Fließbändern diskutiert wird. Weite Bereiche kapitalistischer Produktion sind seit *anno dunnemals* auf diese Weise organisiert, z.B. Chemieindustrie oder Krankenhaus, ohne daß es dort den Kapitalisten gelungen wäre, die Köpfe der ArbeiterInnen in dem Maße zu verwirren, wie es - je nach Standpunkt - gehofft oder befürchtet wird.
[3]Zitiert nach: Logistik heute, 3/90, S.42
[4]LOGistik im Unternehmen, 1/2,90, S.77
[5]LOGistik im Unternehmen, 1/2, 90, S.72
[6]Maschinen, Halb- und Fertigteile Elektro und Metall; gerechnet in "Tonnenkilometer", Quelle: Statistisches Bundesamt, Jahrbücher
[7]LOGistik im Unternehmen 1/2, 90

Das folgende Interview haben wir letztes Jahr mit zwei Kollegen gemacht, die in der Montage in Arbeitsgruppen arbeiten. Während in der öffentlichen Diskussion die Gruppenarbeit als "Aufhebung der Fließbandarbeit" im Vordergrund steht, sieht es im betrieblichen Alltag wohl eher so aus, wie die Kollegen die Maloche in ihrer Arbeitsgruppe beschreiben: größere Arbeitshetze und noch keine Ideen, wie sie die neuen Bedingungen für sich umdrehen können.

"Alle sollen alle Arbeiten können"

Seit wann gibt es die Gruppe, in der ihr arbeitet?

Kurt: Die Gruppe gibt es seit dem Werksurlaub dieses Jahr, aber sie haben uns schon ein paar Wochen vorher drauf angelernt.

Dirk: Das ist gar keine richtige Gruppenarbeit, sondern Arbeitsgruppen: Bei Gruppenarbeit gibts ne feste Gruppe von soundsoviel Leuten, wo jeder jeden Arbeitsgang hintereinander weg macht - das ist dann ein Arbeitsbereich von 30 bis 40 Minuten. Arbeitsgruppen dagegen sind eher ne Art Gruppenakkord, wo es feste Arbeitsschritte am Band gibt, wo die Leute in bestimmten Zeitabschnitten rotieren. In unserer Halle <Endmontage> arbeiten sieben Bänder in Arbeitsgruppen, glaube ich. Ich weiß aber nicht, ob alle voll durchlaufen.

Konntet ihr wählen, ob ihr in der Gruppe oder wie bisher arbeitet?

Dirk: Arbeitsgruppenarbeit war ein Muß, wenn wer nicht gewollt hätte, wäre er zwangsversetzt worden. Es hat sich aber niemand geweigert. Außerdem haben sich auch alle davon versprochen, daß sie nicht mehr dieser einseitigen körperlichen Belastung ausgesetzt sind. Die IGM hat die Gruppenarbeit aus diesem Grund gefordert, und damit die Leute wieder "Spaß an der Arbeit" kriegen. Aber rausgekommen sind eben nur diese Arbeitsgruppen.

Wieviel Leute arbeiten in eurer Gruppe?

Kurt: In unserem Bandabschnitt arbeiten etwa 45 Leute in drei Gruppen. Also in unserer Gruppe arbeiten fest 12 Leute, etwa die Hälfte Frauen.

Haben die ArbeiterInnen im Werk gelernt oder habt ihr eine Zusatzausbildung extra für die Arbeitsgruppenarbeit bekommen?

Dirk: Die Leute werden im Werk "qualifiziert". Das heißt einfach nur, daß du ne Höherqualifizierung hast, wenn du mehrere Arbeitsgänge kannst. Dadurch sind wir eine Lohngruppe höher gerutscht, macht brutto 120 Mark.

Wie hat sich die Arbeit für euch verändert?

Dirk: In unserer Halle ist ja alles Bandarbeit und zum großen Teil Handarbeit, ohne großartige Technologie. Die Bänder sind in Abschnitte von 3 bis 4 Arbeiten eingeteilt, ein Abschnitt ist dann zum Beispiel Einsetzen von Fenstern und Spiegeln. So'ne Gruppe ist im Prinzip derselbe Bandabschnitt mit derselben Bandarbeit geblieben, aber alle sollen alle Arbeiten können. Früher gab es Arbeiten speziell für Männer und für Frauen, zum Beispiel haben die Frauen die Spiegel eingesetzt, die Männer die Fenster, weil das schwerere körperliche Arbeit ist. In der Arbeitsgruppe ist das jetzt gemixt, wir wechseln die Arbeiten von Pause zu Pause, das machen wir untereinander aus.

Kurt: Bisher schaffen die Frauen die Arbeit nicht, die kommen zum Teil nicht mal dran zum Einbauen der Fenster. Deshalb haben wir mehr Leute gefordert und erstmal auch gekriegt. Aber dann gabs Druck von oben und sie haben die zusätzlichen Leute wieder abgezogen. Jetzt schaffens die Frauen wieder nicht mehr. Bisher haben wir uns dann immer gegenseitig geholfen, aber das war Mist, wir hätten die Arbeit lieber liegenlassen sollen.

Dirk: Wir haben jetzt in der Gruppe Einen zusätzlich, als Überhang für Freischichten und ähnliches. Wenn mehr Leute fehlen, leihen sie sich welche vom anderen Band aus. Meistens ist es dann so, daß die zum Beispiel noch nie Fenster eingebaut haben und deshalb den ganzen Tag bei den Spiegeln zubringen. Wir haben uns dagegen gewehrt, daß wir dann wieder nur die Scheißarbeit machen müssen. Das ist ja das Gute an den Arbeitsgruppen, daß du genau weißt, Knochenmaloche bis zur Pause, und dann bis zur nächsten Pause ne ruhigere Kugel und weniger anstrengende Arbeit. So hatten wir uns das jedenfalls gedacht. Aber der größte Klopfer ist, daß sie die Taktzahl von 300 auf 350 hochgeschraubt haben. Bei uns gibts ne "Standardabteilung"<Refa>, das sind Leute, die Sonderprämien kriegen, wenn sie anderen mehr Arbeit aufdrücken. Letztes Jahr im Herbst wurde von der Geschäftsleitung ein "Spar- und Ertragssteigerungsprogramm" beschlossen, das Ende April dieses Jahr umgesetzt werden sollte. Da haben VKL <Vertrauensleutekörper> und BR <Betriebsrat> mit der Geschäftsleitung am runden Tisch ausgerechnet, daß weniger Leute mehr Autos produzieren müssen - und daß das auch geht, indem sie uns Pausen klauen. VKL und BR haben selbst Gruppenarbeit vorgeschlagen: 13 bis 14 Leute, von denen jeder die Arbeitsgänge pro Bandabschnitt komplett fertigmacht - aber die Geschäftsleitung wollte die alte Arbeitsorganisation beibehalten und nur die Leute rotieren lassen, etwa so: zwei Drittel der Arbeitszeit stark belastende Arbeit, ein Drittel weniger belastende Arbeit. Das sind dann pro Arbeiter etwa 90% Belastung, vorher warens angeblich nur 78% Auslastung pro Arbeiter.

Müßt ihr jetzt real mehr arbeiten als vorher?

Dirk: Und ob. Sie haben uns zum Beispiel die "sachliche Verteilzeit" gekürzt. Früher hast du für einen Arbeitsschritt fünf Minuten gehabt: drei Minuten reine Arbeitszeit, eine halbe Minute Wegzeit, eineinhalb Minuten für Materialbeschaffung. Die eineinhalb Minuten haben sie uns weggekürzt. Das Material mußt du genau wie früher bereitstellen, aber du hast einfach keine Zeit mehr dafür und bist nur noch am rennen. Außerdem haben sie uns die Waschzeiten gestrichen. Jetzt gibts nur noch zehn Minuten für den Gang zur Stempeluhr, nichts weiter. Du hast einfach keine Zeit mehr, wo du mal für jemand anders 10 Minuten mitarbeiten kannst, damit der eine rauchen gehen kann, das liegt überhaupt nicht mehr drin.

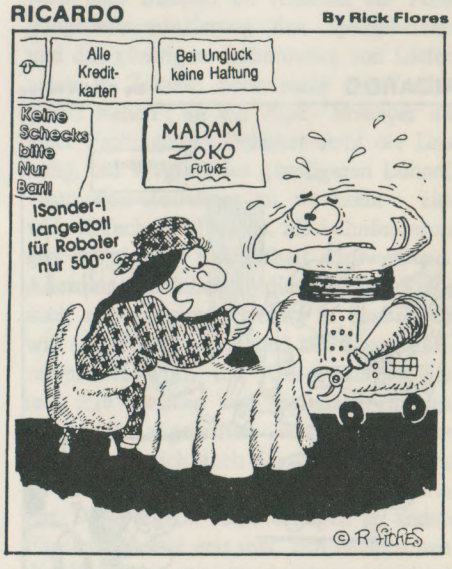
Kurt: Jetzt haben sie 7 Bänder in Arbeitsgruppen, die 50 Autos mehr pro Band und Schicht produzieren, das macht 700 Autos mehr pro Tag. Der Witz ist: Bevor es losging mit den Arbeitsgruppen haben sie uns zwei Stunden lang über die Wichtigkeit von Qualität belehrt - "Machs gleich richtig"! Ist natürlich nix mit Qualität bei der Hetze.

Haben sich eure Arbeitszeiten verändert?

Dirk: Wir haben 2 Schichten, wie vorher. Aber die Geschäftsleitung strebt jetzt für ein Band (Exportmodelle) Nachtschicht an. Die Pausen hat die Arbeitsgruppe gemeinsam, da wird das Band angehalten. Einmal 24 Minuten und zweimal 20 Minuten sind bezahlt, halbe Stunde Mittag ist unbezahlt. Vorher liefen die bezahlten Pausen über Springer, jetzt gibts keine Springer mehr. Sie haben aber nen Banddurchlauf geplant, der wieder über Springer läuft, dann haben wir verschobene Pausenzeiten.

Habt ihr zusätzliche Arbeiten aufgedrückt gekriegt?

Dirk: Früher war die Inspektion für Qualität direkt am Band. Immer ein paar Arbeitsplätze und dann einer im grünen Kittel, der die Teile kontrolliert hat. Die haben sie dann



"Oh, mein Gott! Sie werden die nächsten 500 Jahre bei Wartzman arbeiten!"

weggenommen und ans Band versetzt. Jetzt ist die Qualitätskontrolle ne extra Abteilung am Ende vom Band. Die wird nächstes Jahr aber auch aufgelöst, dann muß jeder von uns einen Stempel auf seine Arbeit setzen. Die Endkontrolle kann dann den Druck direkt an die ArbeiterInnen geben, die Pfusch gebaut haben. Bisher kriegen sie das ja noch nicht richtig raus, wer was war. Wenn du zum Beispiel was nicht schaffst, schmeißt du einfach den ganzen Klumpatsch ins Wageninnere und dann kanns sonstwer gewesen sein. Die jetzige Qualitätskontrolle bessert noch selber aus oder läßt den Wagen aufs Reparaturband gehen. Für Wartung und ähnliches sind Fachabteilungen zuständig. Der Materialtransport läuft auch noch genau wie früher, nur daß sie von 12 Leuten 2 abgezogen haben. Die haben jetzt auch reichlich zu tun.

Wie werden neue Leute eingearbeitet und wer macht das?

Dirk: Für Neue gibts nen Einstiegsarbeitsplatz, das heißt, drei Tage lang ist jemand zusätzliches in der Arbeitsgruppe, und in der Zeit müssen Neue das packen und alle Arbeiten können, dann sind sie als vollwertige Arbeitskraft in die Gruppe integriert. In Wirklichkeit dauert das aber mindestens zwei Wochen, bis sie auf Tempo sind. Neue heißen immer Mehrarbeit für die Gruppe, deshalb achten wir darauf, daß wir sie schnell und gut einlernen.

Welche Aufgaben haben Meister und so weiter?

Dirk: Die Einteilung der Arbeit macht die Gruppe. Meister und Vize sind nur für die Kontrolle der MalocherInnen da. Sie sorgen dafür, daß genug ArbeiterInnen da sind, leihen auch welche von anderen Bändern aus, sie führen Anwesenheitslisten und schreiben Leistungsberichte. Ansonsten sitzen sie den ganzen Tag in ihrem Kabuff und lassen sichs wohlsein.

Hat sich an eurer Zusammenarbeit was verändert? Verschafft ihr euch kollektiv Pausen? Helft ihr euch, wenn jemand nicht mitkommt? Gibt es untereinander Druck?

Kurt: Das mit dem Päuschen zwischendurch funktioniert im Augenblick überhaupt nicht mehr, weil keine Zeit ist, mal für wen anders ein paar Minuten mitzuarbeiten oder sich das Material für die nächste Stunde schon mal abzubunkern. Die Zeit haben sie uns geklaut. Auch ohne Pausen schaffst du es nur mit höchster Anstrengung, wem zu helfen. Das Band läuft mit gleichbleibender Geschwindigkeit, wenn jemand seinen Platz nicht schafft, läuft das Auto durch. Das ist nicht das Problem der Gruppe, nicht wie beim Gruppenakkord, das ist das Problem des einzelnen. Druck untereinander gibts eben dann, wenn jemand öfter krank ist und dann welche aus anderen Abteilungen kommen, die nur Spiegel machen können, und wir müssen den ganzen Tag die Drecksarbeit machen.

Dirk: Außerdem gibts manchmal Konflikte zwischen Männern und Frauen. Zum Beispiel wenn die Frauen die Arbeit nicht schaffen und nur Spiegel machen wollen. Ein paar Frauen spielen dann schon mal ihre weiblichen Reize gegenüber den Meistern aus, um was zu erreichen. Manche Männer müssen auch den Frauen gegenüber zeigen, was für tolle Kerle sie sind und klotzen dann rein wie die blöden oder bringen dumme Sprüche. Das sind meistens ältere, die jüngeren haben mehr so'n Kumpelverhältnis mit den Frauen. Aber sonst läufts untereinander ganz gut.

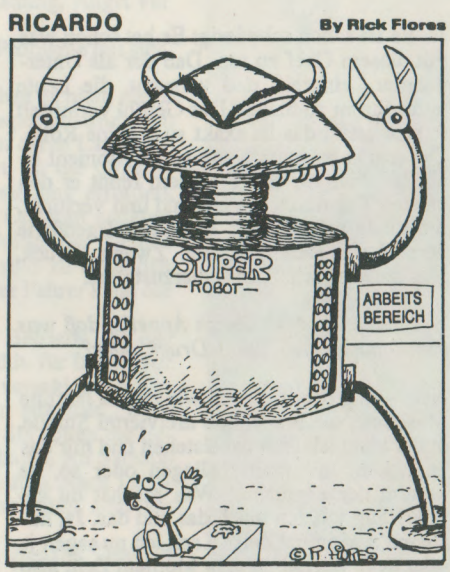
Gibt es sowas wie Gruppensitzungen? Wie sehen die aus, welche Funktion haben die?

Dirk: Geplant waren die für einmal im Monat. Bisher hats aber nur eine gegeben. Da saß dann die Gruppe, immer nur von einer Abteilung, ohne Meister und Vize. Dafür war ein anderer Meister von der Planungsgruppe dabei. Das ganze lief nach der Schicht als Überstunden. Wir sollten da die ersten Erfahrungen mit der Arbeitsgruppe diskutieren und haben uns so richtig ausgejammert. Ich glaube, es wird keine mehr geben, das ist ihnen zu teuer und außerdem nicht nötig.

Wie wehrt ihr euch gegen die Arbeitshetze? Diskutiert ihr über das, was euch stinkt?

Dirk: Wir haben nen Krankenstand von 20%, seitdem es Arbeitsgruppen gibt. Das macht jeder für sich aus, aber es gibt ein stilles Einverständnis untereinander - wir kennen uns zum Teil schon über vier Jahre. Außerdem wird von der 3-Tage-Regelung öfter Gebrauch gemacht. Überstunden zum Beispiel sind ein individuelles Thema. Die meisten brauchen das Geld, viele nehmen dann jede Überstunde mit. Aber über die Stückzahlen regen sich alle auf. Da wird dann aber meistens in Cliquengesprächen drüber geredet.

Kurt: Die Leute haben meistens keinen Bock, während der Pausen noch über die Arbeit zu reden, nach der Arbeit geht auch nicht, weil alle woanders herkommen. Wenn unser Vertrauensmann nicht wäre, würde garnichts laufen; der rennt dann durch die Gegend und fragt jeden einzeln, was Sache ist. Und rennt dann auch zum Meister und sagt, wir brauchen jetzt sofort zwei Leute mehr.



"Natürlich können Sie Pause machen! Nehmen Sie sich 4 Stunden frei, wenn Sie wollen. Ach was, nehmen Sie sich einfach den ganzen Tag frei, bezahlt selbstverständlich!"

Das MANAGER-MAGAZIN meldet Erfreuliches:

Die Meister haben Angst

"Ganzheitlich" eingestellte Psychologen haben sich der Meister im Braunschweiger VW-Werk angenommen. Was sie herausgefunden haben: Das *"Arbeitsklima"* ist miserabel und *"eine tiefe Angst geistert durchs Unternehmen".*
"Alle stöhnen unter Zeitdruck und der Überlastung mit administrativen Aufgaben". "Das Management behandelt den Kollegen an der Basis [gemeint sind die Meister] *gern als Befehlsempfänger." "Seinen Leuten gegenüber kann er* [der Kollege an der Basis] *oft nur anordnen." "In der Praxis bleibt ihre Führung* [also die Führung der Kollegen unterhalb der Basis durch die Basis- Kollegen] *auf Anordnungen und disziplinarische Maßnahmen beschränkt". "Hat eine Abteilung aufgrund des aktuellen Krankenstands zuwenig Kapazität, werden Arbeiter zwischen den Abteilungen verliehen... In der Praxis bringt die Verleihaufforderung die Meister unter gewaltigen Druck. Sie müssen ihre eigenen Zahlen sichern und geben somit bestimmt nicht ihre besten Leute ab. Deshalb sind die Leiharbeiter in den Fremdabteilungen selten eine wirkliche Hilfe..."* Die Meister *"reagieren häufig frustriert, werden krank und sorgen so für neuen Druck." "Gerade für Meister geht es bei diesem Thema um ihre Urangst - daß einer glauben könnte, sie schafften ihre Arbeit nicht."*
Das Braunschweiger Werk läuft unter Just-In-Time Bedingungen, es gibt "Gruppenarbeit". Ob sich die Kapitalisten damit vielleicht ein altes Problem neu aufgeladen haben: das Problem der betrieblichen Hierarchie und der Meisterwirtschaft?
(alle Zitate aus manager-magazin 2/90, S.168ff)

Auszüge aus einem Gespräch mit einem jungen Metallfacharbeiter, der nach seiner Ausbildung jetzt in einem Kleinbetrieb arbeitet. Der Betrieb ist spezialisiert auf Werkzeug- und Formenbau für die Industrie. Da viele Großbetriebe in den letzten Jahren ihren eigenen Werkzeugbau verkleinert oder aufgegeben haben, können wir annehmen, daß auch in diesen Betrieb "ausgelagert" worden ist.
In der Firma arbeiten vierzehn Männer, alle Facharbeiter. Arbeitszeit und Lohn sind den Metalltarifverträgen angeglichen, der Betrieb ist nicht Mitglied im Arbeitgeberverband. Gewerkschaft und Betriebsrat gibt es in dem Laden nicht.

Einer ist immer der Arsch

Deine Arbeitszeit beträgt offiziell 37 Stunden, und real?

Real nicht unter 40 Stunden, oftmals mehr. Das hängt sehr stark davon ab. Wir haben nen Dreher, der macht konsequent seine 37 Stunden. Der hat nen Behindertenausweis, hat den Job auch übers Arbeitsamt gekriegt, die zahlen dem Chef noch was dafür, daß der den beschäftigt, und der arbeitet natürlich nur 37 Stunden. Dann gibts nochn Werkzeugmacher, der auch konsequent pünktlich geht.
Und ansonsten ist das so ne Sache... Meistens wird man mit irgendwas beschäftigt, das braucht halt ne halbe Stunde oder Stunde länger. Oder der Chef kommt um halb zwei oder zwei an: Könnt ihr nich noch mal eben das und das da machen... Man muß schon ziemlich konsequent sein und sagen: heute gehe ich mal pünktlich. Viele bei uns arbeiten mehr als 37 Stunden, einige arbeiten sehr viel mehr, zum Teil auch am Wochenende, samstags.

Du hast ja erzählt, bei dir ist das öfter ein Kampf drum, gehen zu können, oder samstags nicht kommen zu müssen.

Okay, bei mir hat der Chef wohl jetzt ziemlich endgültig begriffen, daß ich samstags nicht komme. Ich bin auch schon längere Zeit nicht gefragt worden. Und ich geh auch nicht hin. Naja, und das hat auch damit zu tun, wie selbstbewußt man dem auch gegenübertritt. Welche Probleme man da hat, hat sehr stark damit zu tun, wie leicht oder schwer es einem fällt, sich ihm gegenüber durchzusetzen. Zum Beispiel haben wir einen da, als der kam, hat er gesagt, ich mach keine Überstunden. In der zweiten Woche hat er angefangen damit, weil der Typ ihm gesagt hat, kannste nich mal eben grade, und: Wenn wir das jetzt noch über Nacht machen, das wär doch ganz toll, und überhaupt. Und er machts nu. Also, er hat sich irgendwie einlullen lassen, und man merkts ihm an, er ist total ärgerlich dadrüber, aber er kann irgendwie nicht zurück. Er hat nicht so den Drive, zu sagen, nee, läuft nicht. Mir fällt das auch schwer. Ich hab mir jetzt angewöhnt, mir morgens zu überlegen, ob ich bereit bin, länger zu bleiben, und wenn ja, was dann ungefähr das Maximum für mich ist. Und das läuft dadurch schon ein bißchen besser. Daß ich dann sage: Ja, ich kann ein bißchen länger bleiben, aber dann und dann ist wirklich absolute Sense. Und wenn das bis dahin nicht gelaufen ist, kann ich auch nichts dafür.

Was sind für dich die wichtigsten Probleme dort?

Zum Teil schon irgendwie diese Idiotie. Also, zum Teil reißt man sich den Arsch auf, eben mit Überstunden und so, und dann läuft das irgendwie so sinn- und planlos. Zum Beispiel, weil Qualität und Geschwindigkeit sich mitunter einfach widersprechen. Und er sich oftmals wohl auch keine Vorstellung davon macht, daß bestimmte Dinge einfach ne bestimmte Zeit brauchen und nicht schneller zu machen sind. Das merkt man dann, wenn er irgendwelche Aufträge annimmt und sich einfach in der Zeit verkalkuliert. Also Aufträge annimmt, und dann kriegt man irgendwie mit, er hat soundsoviele Stunden ausgemacht, und das haut vorn und hinten nicht hin. Die, die ihm den Auftrag gegeben haben, haben ihm einen aufgebunden, und er hat, was weiß ich, eingewilligt, weil ein Auftrag immer noch besser ist als gar keiner. Und da läuft dann ein ewiges Telefonieren, daß wir jetzt länger brauchen, und ob das denn okay ist, und die rufen dann zwei oder dreimal am Tag an und schicken einen vorbei, der dann guckt, wie weit wir sind. Und da sind wir auch gleich bei dem Punkt, wie das mit dem Druck läuft: Die Kunden sitzen ihm dann im Nacken, kommen zum Teil in die Bude reingerannt und stellen sich da hin und gucken, wie weit ist das, und wieso wird das denn jetzt nicht, und muß das denn jetzt nicht...
Und so geht das weiter, daß er dann sagt, können wir denn heute nicht noch das und das tun, und wenn jetzt der das und das tut, dann können wir nachher noch das und das tun, und: Bleibst du heut' n bißchen länger und bleibst du dann auch 'n bißchen länger, und aus dem bißchen wird dann ne Stunde oder zwei oder... Oder eben, daß die Maschinen über Nacht laufen nach Möglichkeit. Ja, und das ist dann so der Eiertanz.

Also so ne Ineffektivität von dem ganzen Laden?

Ja. Es ist schon schwierig: Es hat schon was mit diesem Chef zu tun. Daß der als Unternehmer eingreift und versucht, die Leute unter Strom zu halten. Das Gefühl vermittelt er sehr stark, das ist exakt auch seine Rolle. Das macht er, auch wenn es im Moment so ein bißchen lau ist. Trotzdem rennt er den ganzen Tag durch die Gegend und versucht, die Leute unter Strom zu halten. Irgendwie versucht er ständig, sonen Zwang, Druck, was tun, was schaffen, so herzustellen.

Wie macht er das? Durch Appelle, daß was rauskommen muß, durch Druck, oder?

Nee, völlig dreist. Sagen wir zB, da läuft ne Maschine, die braucht ne dreiviertel Stunde, in der kann ich jetzt dabeistehen und mir das angucken, mit nem Kollegen oder so, da kommt der angerannt: Was machst du gerade? Sag ich, ich mach das und das. Ja, haste ma'n Moment Zeit? Kann ich nu sagen ja oder nein. Ich hab in dem Moment Zeit, also sag ich ja, gehe mit, dann zeigt er mir irgend nen Scheiß, kannste ma eben das machen? Oder: Pack doch mal grade einer mit an. Dann werden irgendwelche Sachen durch die Gegend geschoben, irgendwie Maschinen von links nach rechts bewegt, Kisten von oben nach unten, hin und her gestapelt. Ja, oder ich werd um drei Uhr gefragt: Wann wolltsten heute gehn? Pünktlich eigentlich wollt ich gehn. Ja, kannste nich noch grade das machen? Das dauert ja nich so lange, und so, und das ist manchmal schwer einzuschätzen, wie lange das dann nachher dauert.

Du hast gesagt, daß du Probleme mit dem Streß hast, und die anderen? Redet ihr nicht mal davon, was dagegen zu tun?

Nee, ich glaub, da macht sich auch keiner Illusionen, daß man da was ändern könnte. Ich auch nicht. Es ist so ne Art Familienatmosphäre. Und so ne Front aufzubauen, also mit mehreren Leuten konsequent zu sagen, das läuft jetzt nicht mehr, das würde heißen, das Tuch zu zerschneiden. Dann wär dieses persönliche Verhältnis gebrochen.

Was ist denn der Vorteil für euch von diesem persönlichen Verhältnis? Das funktioniert doch nur, wenn ihr dafür auch was kriegt.

Der Vorteil ist schon, daß sich viele Sachen relativ flexibel handhaben lassen. Wenn ich zB nen bestimmten Tag frei haben will, kein Problem. Das kann ich dann vorarbeiten, durch Überstunden. Einige Leute kommen auch auf sieben, acht Wochen Urlaub im Jahr durch Abfeiern von Überstunden. Solche Sachen, daß keiner was sagt, wenn man mal ne halbe Stunde später kommt, zwischendurch ne halbe Stunde einkaufen geht, ne ganze Menge solche Sachen einfach. Klar hat man was davon. Und irgendwie scheint das auch auf ne Art und Weise doch angenehmer zu sein als son abstraktes Verhältnis. Daß, weiß ich, da irgendwelche Leute in weißem Kittel irgendwie abstrakt Anweisungen geben, ne

"Hey, Ricardo, da ist einer, der zahnt!"

RICARDO By Rick Flores

ziemlich unpersönliche Art und Weise. Also daß, was einen irgendwie fängt, andererseits das auch ist, warum man da bleibt. Für viele, die damit nicht klar kommen, wie das in der Industrie läuft.

Aber das vermittelt natürlich auch den Zwang zur Arbeit, den Streß.

Klar, der Chef weiß ganz genau, in welche Kerbe er hauen muß. Er weiß ganz genau, mit wem er sich welche Dinge leisten kann. Also, daß ich zB auf irgendwelche blöden Anrempeleien nicht so richtig gut reagiere, hat er spitzgekriegt. Er läßt das irgendwie sein, ne, ist scheißfreundlich. Andere Leute kriegen durchaus mal nen blöden Spruch reingereicht. Und haben vielleicht nicht die Art und Weise, darauf zu kontern. Solche Sachen wie mit den Samstagen. Daß ich ihm irgendwann mal gesagt hab, daß ich samstags keine Zeit hab, auch kein Nachgeben gezeigt hab, und offensichtlich hat er das begriffen. Da hat er dann andere gefragt, die sind dann gekommen.

Also irgendeiner ist dann der Arsch.

Irgendeiner ist dann der Arsch. Also, mal so, mal so. Ich bin auch schon oft genug der Arsch gewesen.

Irgendwelche Perspektiven, da was zu machen, hat eigentlich keiner?

Nee, die älteren da arbeiten auf ihre Rente hin, du kannst schon so sagen: Je älter die Leute werden, desto ruhiger werden die auch da. Und je älter die Leute werden, desto weniger arbeiten die auch. Am meisten arbeiten wirklich die Leute, die relativ jung sind. Weil sie mehr Kohle brauchen, was weiß ich. Aber auch schon rein altersmäßig, der kann keinem Fünfzigjährigen da was erzählen. Der zehn Jahre da ist oder so. Und die lassen sich auch nichts erzählen. Aber das läuft eben alles individuell. Der erste Schritt wäre ja, nicht nur zu sagen, ja, es ist wieder irgendwie Scheiße heute, sondern: Laßt uns was dagegen tun. Das ist noch nie da vorgekommen.

Zusammenfassung eines Artikels der Tageszeitung "il manifesto" vom 18.März 1990: "Italien so lang wie ein LKW - Allgemeiner Abriß zur Situation des Transports in Italien". Der Streik begann landesweit am 11.März und dauerte knapp eine Woche. Erreicht wurde so gut wie nichts.

Die Achillesferse aus Gummi

Der Streik der LKW-Fahrer hat das Transportsystem in Frage gestellt. In den 50er Jahren war das Verhältnis der Gütermenge, die auf den Gleisen transportiert wurde, zu der von LKWs transportierten, 70% zu 30%, genau umgekehrt wie heute. Dann wurde jahrzehntelang auf totale Privatisierung und das Gummi, den Transport auf der Straße, gesetzt. Die Entwicklung vom Bahn- zum LKW-Transport wurde begünstigt durch Dumping-Preise für Fahrzeuge, billige Kredite, jede Menge neue Lizenzen. Inzwischen hat sich die Lage verändert: die Konkurrenz unter den Fahrern wird schärfer. Sie stehen härteren Bedingungen, sowohl von den Fahrzeugherstellern, als auch von den Betrieben, von denen sie Aufträge bekommen, gegenüber. Viele von den Subunternehmern waren früher Festangestellte bei den Firmen, für die sie hauptsächlich fahren. Sie müssen den Wagen kaufen, ein Zug kostet selbst bei 35% Rabatt immer noch 135 Mill. Lire. Das ist ein Grund für den zwölfstündigen Arbeitstag. Ein anderer ist die Konkurrenz: wenn tatsächlich einer mal die Füße auf den Tisch legt, werden die Aufträge eben an andere Fahrer vergeben.

Wut gibt es bei den Fahrern auch über einen neuen Erlaß, durch den ausländische Fahrer Aufträge innerhalb Italiens abwickeln können, ohne dafür Steuern zu zahlen. Weitere Punkte der Unzufriedenheit sind: die Entfernung von der Familie, Stress, Gefährdung der Gesundheit durch die Art der Ladung, Angst vor nächtlichen Überfällen.

Statt mit einem Chef tragen die Fahrer all die Probleme mit sich selbst aus.

Für die Betriebe hat das viele Vorteile: Sie haben es nicht mehr mit organisierten Fahrern zu tun. Die Transportunternehmen werden zu Lagern für die Konzerne, so sinken deren Lagerhaltungskosten. Was sich aber vor allem ändert, ist die Organisation der Produktion. Die Komponentenherstellung erfordert, daß ständig Teile der Produktion von einem Ort zum anderen und wieder zurück transportiert werden. Selbst bei kleinen Mengen muß gefahren werden. Die LKWs sind zu rollenden Lagern geworden. Ohne die Zuverlässigkeit der Fahrer kann die Produktion schnell zusammenbrechen.

Vom Streik betroffen sind hauptsächlich die Betriebe, die das Ganze angefangen haben: die Autoindustrie, d.h. für Italien vor allem FIAT. FIAT mußte wegen des Streiks verschiedene Abteilungen schließen, weil keine Teile mehr ankamen. Über 16000 ArbeiterInnen waren davon betroffen. Sie sollen die liegengebliebene Arbeit durch Überstunden aufholen. An Samstagen, oder 30 Tage lang eine Stunde länger arbeiten. Nach Tarifvertrag ist das möglich. Die Metallgewerkschaften sind am überlegen, ob sie zustimmen sollen.

Wenn keine LKWs fahren, gibt's auch kein Benzin. Deshalb traten auch die Minister auf, die von der "Sicherheit der Versorgung" sprechen, d.h. sie können gegebenenfalls das Militär einsetzen, um die Fahrer zum Arbeiten zu zwingen. Zuletzt wurde dieses Mittel gegen streikende Lokomotivführer eingesetzt.

"Wir schaffen doch hier keinen Akkord!"

Seit etwas mehr als einem Jahr arbeite ich in der Wareneingangskontrolle einer mittelgroßen Metallfabrik (ca. 1000 Beschäftigte). Vor einigen Jahren lagerte diese Firma einen Großteil der mechanischen Fertigung in Zulieferbetriebe aus. Dabei wurde die Anzahl der Beschäftigten fast halbiert. Betroffen waren allerdings nicht nur die Facharbeiter aus der Teilefertigung, sondern auch Leute aus "nichtproduktiven" Randbereichen, wie Kantine, Putzfrauen (Vergabe an Pächter, bzw. Fremdfirmen).

Fast alle Teile, die von Zulieferern kommen, gehen durch die Wareneingangskontrolle (es gibt nur sehr wenige Ausnahmen, z.B. Standardschrauben direkt ans Band). Die Auslagerung bedeutet also sehr viel mehr Arbeit. Viel mehr Teile, immer neue Teile, immer neue Lieferanten.

Es gibt alle Arten von Zulieferern. Große Spezialfirmen, die ihre eigenen LKWs schikken, Handwerksbetriebe aus der Umgebung, von denen der Chef selbst die Lieferung im Kofferraum seines Privatwagens bringt, per Spedition, Bahn oder Flugzeug Sachen aus anderen Regionen, Ländern, Kontinenten. Kleinere Teile kommen auch mit der Post. Der Poststreik war da schon spürbar.

Früher sah die Arbeit in der Wareneingangskontrolle so aus: Jeder Prüfer hatte sein Spezialgebiet (bestimmte Teile oder Firmen). Da kannte er sich aus. Er entschied selbst, was er prüfte, welche Abweichungen er durchgehen ließ, klärte Zweifelsfälle mit der Konstruktionsabteilung ab. Durch diese Entscheidungsfreiheit gab es auch Spielraum für die Arbeitsmenge, die jemand leistete. Es war nie genau nachprüfbar, ob jemand gerade dienstlich unterwegs war (irgendwas in einer anderen Abteilung abchecken, neue Zeichnung holen, Werkzeugausgabe) oder sich verdrückt hatte. Der Streß hielt sich also in Grenzen. Deshalb war die Abteilung auch oft ein Abschiebeplatz für ausgediente Akkord- und Fließbandarbeiter. Schon ab den 70er Jahren wurden diese Freiräume scheibchenweise verringert. Das Überziehen der Pausen wurde eingeschränkt, Prüfpläne (was wie an welchem Teil zu messen ist) wurden erstellt, nur noch Meister oder Vorarbeiter sind für unklare Fälle zuständig. Die Kollegen erzählen, daß sich trotz offizieller Arbeitszeitverkürzung nicht nur die zu bewältigende Arbeitsmenge, sondern auch die tatsächliche Arbeitszeit beträchtlich erhöht hat.

Mitte der 80er wird in dem Betrieb, wie in vielen anderen, von der Rationalisierungsfirma McKinsey eine Gemeinkostenanalyse durchgeführt, um die Kosten in den "nichtproduktiven" Bereichen zu senken. Einige Bereiche werden ganz ausgelagert, in anderen werden Leute abgebaut, überall wird der Druck erhöht. (Oft über Kleinigkeiten, wie: Es war bei den Zeitlöhnern üblich, daß jeder sein Frühstück in der Arbeitszeit selbst geholt hat, und sich dabei Zeit ließ. Jetzt geht immer nur einer pro Abteilung und bringt für die anderen mit.)

In der Wareneingangskontrolle soll nach diesen Plänen die Zahl der Prüfer von acht auf sechs reduziert werden, obwohl viel mehr Arbeit anfällt. Ein Rationalisierer wird speziell auf diese Abteilung angesetzt. Sein Plan sieht zunächst so aus: Vor die Prüfung soll eine Art Arbeitsvorbereitung geschoben werden. Dieser Arbeitsvorbereiter soll entscheiden, ob geprüft wird, wer die Teile prüft, und die anderen Teile nach einer oberflächlichen Sichtkontrolle direkt ins Lager schicken. Dadurch wird es nötig, daß ein Teil der Qualitätskontrolle schon bei den Zulieferbetrieben durchgeführt wird. Parallel dazu wird vom Vorarbeiter die Arbeitsamkeit stärker überwacht: Pausenzeiten, Schwätzchen halten wird abgewürgt, die, die "nicht mitziehen" bekommen ständig einen auf den Deckel (mit mäßigem Erfolg, diese alten Malocher haben ein ganz schön dickes Fell!).

Jedenfalls wird totale Hektik erzeugt. Irgendwann ist uns das zuviel, und nach tagelangen Pausendiskussionen (bei denen so Sätze fielen: "Eigentlich müßten wir alles liegenlassen!" oder "Eigentlich müßten wir jeden Schrott durchgehen lassen!") holen wir (nicht eigentlich, sondern wirklich) den Betriebsrat. Dieser teilt uns in salbungsvollen Worten mit, daß die Arbeitsbelastung eben in allen Abteilungen größer geworden ist und wir bekommen das Versprechen, daß sich der Betriebsrat mit unseren Chefs zusammensetzen wird. Uns fällt dazu nix mehr ein.

Die Chefs sind jetzt alarmiert. Der Vorarbeiter wird offensichtlich angewiesen, die Zügel wieder etwas lockerer zu lassen. Außerdem machen die Vorgesetzten mit uns ein paar Versammlungen, in denen wir Anregungen und Beschwerden vortragen dürfen. Natürlich nur im Sinne der Verbesserung der Arbeitsorganisation. Wahrscheinlich bringen wir zu deutlich zum Ausdruck, daß wir gar keine Lust haben, uns so rumhetzen zu lassen (und währenddessen stauen sich die zu prüfenden Teile auf), dies wird bald eingestellt.

Inzwischen ist die Stelle des Arbeitsvorbereiters, die vorübergehend mit einem aus einer anderen Abteilung ausgeliehenen Ingenieur besetzt wurde, wieder abgeschafft. (Zu teuer? Zu ineffektiv? Oder weil es sämtliche Eigeninitiative der Leute abgewürgt hat?) Im Prinzip machen jetzt alle wieder das, was sie wollen. Nur die Zuständigkeiten für bestimmte Gebiete wurde aufgelöst. Jeder soll alles machen. Manche malochen jetzt sehr viel mehr als vorher, (mit teilweise völlig irrationalen Begründungen: "Aber die Arbeit muß doch weggeschafft werden!"; "Dann geht die Zeit wenigstens schneller um."), an anderen hat sich der Druck gebrochen. Die Durchschaubarkeit, wer wieviel arbeitet, ist eher kleiner als vorher. Wenn alle für alles zuständig sind, gibt es eben auch welche, die sich für nichts zuständig fühlen. Wer es gern gemütlich hat, kann sich durchaus einen schlauen Lenz machen, wenn er dadurch auch den Unwillen der Kollegen hervorruft.

Es kommt häufig vor, daß Teile so dringend gebraucht werden, daß sie gleich, nachdem sie gekommen sind, geholt werden. Dann können sie nicht geprüft werden, und man merkt erst am fertigen Produkt, ob es gut war. Es ist schon vorgekommen, daß wieder demontiert werden mußte.

Langfristig gibt es immer noch den Plan, einen Großteil der Waren völlig ungeprüft ins Lager oder auch direkt in die Produktion gehen zu lassen. Zur Zeit stößt dies auf verschiedene Grenzen: Gerade die Billigklitschen liefern gewaltige Mengen Ausschuß (klar! Bei Stundenlöhnen um die 15DM für Facharbeiter). Da es gerade einen Auftragsboom gibt, wird auch viel Schrott übernommen, weil die Termine drängen. Dies verringert die Erpreßbarkeit der Lieferanten zu besserer Qualität und Eigenprüfung. Ein Kollege, der vor kurzem in der Produktion angefangen hat und vorher bei einer Zulieferklitsche arbeitete, erzählt: "Der Chef hat immer gesagt, egal, auch wenn es nicht so genau stimmt, *die* Firma nimmt doch alles!"

Kurzes Gespräch mit einem Kollegen vom Band

Wie ist das mit der Qualität der zugelieferten Teile?
Weiß ich nicht, ist mir auch egal. Wenn die Schraube nicht reingeht, weil die Bohrung voll Farbe ist, dann geht sie halt nicht rein. Die älteren Kollegen regen sich schon mal auf. Früher soll bessere Qualität hergestellt worden sein. Heute läuft viel mehr so durch.
Eure Firma klagt öffentlich über ungenügende Fertigungskapazitäten. Liegt das daran, daß Teile fehlen?
Es kommt schon mal vor, daß Teile fehlen. Zum Teil laufen die Dinger durch und die Teile werden später eingebaut. Es gibt da 'ne "Mängelecke". Allerdings ist die oft voll, und dann werden die Maschinen in 'ne ganz andere Ecke gebracht zum Nacharbeiten und Reparieren. Ein paar Leute schaffen da immer. Wenn's besonders dick kommt, dann suchen sie Leute für Samstags.
Bleibt das Band manchmal stehen?
Stehen bleibt's nur, wenn ganz am Anfang Teile fehlen. Aber das kommt schon mal vor, für 'ne halbe Stunde oder so. Entweder machen die Leute dann irgendwelche Vorarbeiten oder die Meister versuchen, die Leute zu beschäftigen.
Merkt ihr so einen Bandstillstand am Lohn?
Nein.

RICARDO

By Rick Flores

"Es war wohl kein guter Einfall, die Roboter zu einem Drink einzuladen, Smitty."

RICARDO

By Rick Flores

RICARDO

"Smitty, jemand hat gestern abend vergessen, den neuen Roboter abzuschalten!"

RICARDO

By Rick Flores

"Sie leiden an ROBOTITIS. Das kommt von der ständigen Wiederholung der immergleichen Bewegung am Fließband. Ist sehr verbreitet bei Fabrikrobotern."

Die Roboter-Geschichten hat Rick Flores, ein amerikanischer Automobilarbeiter, gezeichnet. Wir haben sie aus dem Sammelband *"Ricardo at Wartzman Factory"* entnommen. Wer den haben will, sollte ein Brief mit etwa dem Inhalt: "Dear Rick, please send me a copy of your Ricardo-collection.", zusammen mit einem 10-Dollar-Schein an:

Rick Flores
POBox 1044
Marion, Indiana 46953
USA

schicken.

Als Spezialeinheiten des türkischen Militärs am 15. März einen Trauerzug für einen erschossenen PKK-Kämpfer in Nusaybin zusammenschossen und die Stadt für mehrere Tage besetzten, lösten sie eine Aufstandswelle in allen umliegenden Städten aus, die bis Anfang April auch die Großstädte Diyarbakır und Batman erreichte. Es begann damit, daß die örtlichen Kleinhändlern aus Protest gegen die Besatzer ihre Läden schlossen. Aus Solidarität mit ihnen gingen kurdische Studenten in den Städten der Westtürkei auf die Straße, besetzten die Uni. Bei Gewerkschaftsdemonstrationen wurden kurdische Parolen gerufen - denn in einigen Großstädten beträgt der kurdische Bevölkerungsteil inzwischen 30%. Die Arbeiterschaft ganzer Industriezweige ist mehrheitlich kurdischer Herkunft. Erstmals wurde das verbotene Newroz-Fest in ganz Kurdistan sowie in einigen Städten im Westen gefeiert.
Es handelt sich um die sowohl regional als auch sozial breiteste Bewegung der Kurden in der Türkei. Tagelang waren die Volksmassen auf der Straße, Raffineriearbeiter gingen zu Protestaktionen über. Die breite Beteiligung der Frauen und Kinder, die mit Steinen auf die Militärs losgingen, ließen die Presse sofort von einer "kurdischen Intifada" sprechen. Nun kommt noch die Tarifauseinandersetzung der Erdöl-Arbeiter dazu. Die Shell-Arbeiter in Kurdistan sind seit zwei Wochen im Bummelstreik.

Volksaufstand

Seit etwa einem Jahr spitzt sich das "Kurden-Problem" des türkischen Staates zu:
Im letzten September protestierten Dorfbewohner in der Provinz Silopi gegen die Erschießung von neun Leuten als "PKK-Terroristen" mit Demos und Straßenblockaden. Zur gleichen Zeit wurde das Thema Kurdistan breit in der Presse behandelt: zum einen in Form von Berichten über den siegreichen Einsatz der Spezialeinheiten gegen die PKK; zum andern als Protest der liberalen Öffentlichkeit, der immer klarer wird, daß das Militär die Guerilla durch noch so drakonische Strafmaßnahmen nicht auslöschen kann. Damit erfuhr auch die PKK eine Aufwertung als stärkste politisch-militärische Kraft im Südosten der Türkei. Das Informationsbedürfnis der Bevölkerung veranlaßte einige Zeitungen, Interviews mit dem PKK-Chef Abdullah Öcalan zu veröffentlichen, in denen er seine politischen Überlegungen darstellte. Schriftsteller und Politiker bezogen öffentlich Stellung zur Kurdenfrage, forderten kulturelle Autonomie und Anerkennung der kurdischen Sprache.
Über die Kurdenfrage entscheidet die türkische Regierung nicht alleine: Internationale Konferenzen, Teile des US-Kapitals, die EG drängen auf eine Befriedung des Konflikts in einer Form, die eine profitablere Ausbeutung der Region erlaubt. Vorschläge zur Umbildung der Türkei in eine Konföderation, wobei ein Staat den vorwiegend von Kurden bewohnten Ostprovinzen entspäche, gibt es seit langem. Präsident Özal, Vertreter der Großindustrie und Gefolgsmann der USA, hält solche Vorschläge für diskutabel, er hat vor einem Jahr die "Kurdenfrage" selbst in die Medien lanciert. Daß er jetzt auf eine "militärische Lösung" setzt, ist nur oberflächlich ein Widerspruch...

Denn die kurdische Region ist für den türkischen Staat unverzichtbar. Hier lagern 100% der türkischen Ölvorkommen, 50% der Kohle, 80% des Phosphors. Daneben haben die kurdischen Regionen als "Wasserhahn des Mittleren Ostens" eine große strategische Bedeutung. Die Rohstoffe werden zum Teil bis heute nicht systematisch ausgebeutet und meist außerhalb der Region weiterverarbeitet. Es gibt sehr wenige Industrieansiedlungen, v.a. staatliche tabak- und fleischverarbeitende Fabriken. Die großen Wasserreserven der Region sollen durch den Bau von Staudämmen nutzbar gemacht werden und einmal den Hauptenergiebedarf der Türkei decken. Das Südanatolienprojekt (GAP) soll die Region um Elazig und Erzurum in ein Zentrum der Agarindustrie verwandeln, wo auf großen Flächen für den Export Gemüse und Getreide angebaut wird. Die notwendigen Umsiedlungs- und Enteignungsmaßnahmen der ansässigen Kleinbauern ("Landreform") werden nach politischen Gesichtspunkten vorgenommen. Die systematische Umsiedlung von Kurden an die Westküste und Ansiedlung von Bauern aus der Schwarzmeerregion oder Afghanistan zielt auf eine gewaltsame Befriedung der Region und kapitalistische Nutzbarmachung. Für den Staudammbau wurden 15000 Arbeiter aus anderen Regionen hergebracht, statt die ansässigen kurdischen Arbeiter zu beschäftigen.

Die Antwort auf die Aufstände im März war die der Militärs: in Abstimmung mit den Oppositionsparteien (solch einen Allparteiengipfel gab es zuletzt zwei Monate vor dem Militärputsch 1980) beschloß das Kabinett eine *Verfügung mit Gesetzeskraft*, die die Kompetenzen des 1987 für die kurdischen Provinzen eingesetzten "Ausnahmezu-

Bummelstreik in der "Notstandsregion"

200 Arbeiter der Förderungsanlagen der Ölmultis Shell und Mobil in Diyarbakır und Batman befinden sich zur Zeit im Bummelstreik. Die in der Gewerkschaft Petrol İş organisierten Arbeiter weigern sich seit etwa zwei Wochen, Überstunden zu machen, was bei einer sonst üblichen 70-80 Stundenwoche einen Produktionsrückgang von ca.70% verursacht hat. Nach Aussagen von Gewerkschaftsfunktionären aus Batman und Diyarbakır stellt der Bummelstreik in erster Linie einen Protest gegen die im vergangenen Monat erlassene "Verfügung mit Gesetzeskraft Nr. 424" dar. Die Verfügung enthält auch einen Paragraphen, der für jede gewerkschaftliche Aktivität die ausdrückliche Erlaubnis des Notstandsgouverneurs erforderlich macht. Sprecher der Petrol İş betonen nun zu Beginn der neuen Tarifperiode – am 31.3. sind die alten Tarifverträge ausgelaufen –, daß sie sich nicht an die Spielregeln der neuen Verfügung zu halten gedenken. Ein Funktionär aus Diyarbakır:
"Wir werden uns auf keinen Fall davon abhalten lassen, unsere Rechte einzufordern. Der Gouverneur ist nicht die Instanz, die über das Verhalten der Arbeiter zu entscheiden hat. Unsere Arbeiter bei Shell haben im Moment eine 75-Stunden-Woche. Wäre das ein staatlicher Betrieb, so wären statt 200 schon längst mehr als tausend Arbeiter eingestellt. Aber Shell saugt seine Arbeitskräfte regelrecht aus. Wann immer wir es für nötig halten, uns dagegen zu

d in Kurdistan

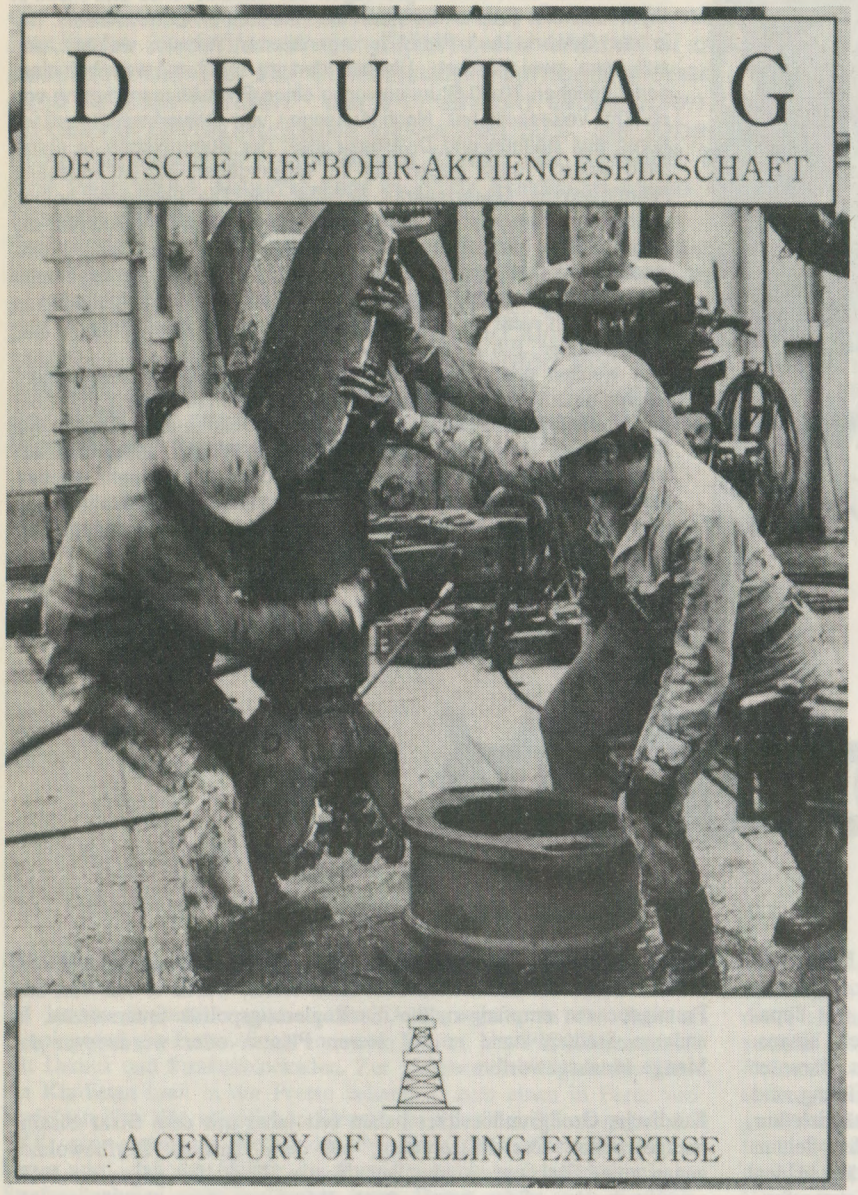
standsgouverneurs" stark erweitert. Die Möglichkeiten zur Pressezensur, Entfernung von mißliebigen Personen aus der Region, Verbot von Streiks, Verdopplung von Strafen in Zusammenhang mit Separatismus gehen zum Teil über Bestimmungen des Kriegsrecht hinaus. 100.000 Mann sind bereits in den Ostprovinzen eingesetzt, darunter die gefürchteten Spezialeinheiten mit westdeutscher Ausbildung und Ausrüstung. In der Botan-Region kommt es inzwischen täglich zur "Feindberührung" mit der Guerilla mit Verlusten auf beiden Seiten. Diese Gegend wurde deshalb zur "verbotenen Region" erklärt. In den letzten Wochen haben große Truppenbewegungen dorthin stattgefunden; die türkische Armee schafft sich wohl die logistischen Voraussetzungen für einen Luftwaffenkrieg ...

Es scheint auf lange Sicht keinen Raum für eine mittlere, reformistische Lösung der Kurdenfrage zu geben. Die Infragestellung des türkischen Nationalstaats rührt an den Grundlagen der kemalistischen Staatsdoktrin, die ein Mittel war, um aus dem Vielvölkergebilde einen bürgerlichen Staat zu machen. Ihre entschiedensten Vertreter sind neben dem Militär die Sozialdemokraten (SHP) und weite Teile der Linken. Die SHP hat zwar seit einiger Zeit "Ausschreitungen" der Miltärs gegen Dorfbewohner kritisiert und setzt sich für eine gewisse "kulturelle Autonomie" der Kurden ein, sie ist jedoch entschiedener Gegner sämtlicher Unabhängigkeitsbestrebungen. ("Özal will das Land verkaufen...") Als sieben kurdische SHP-Abgeordnete an der Kurden-Konferenz letzten Oktober in Paris teilnahmen, wurden sie aus der Partei ausgeschlossen. Der Schulterschluß mit den Militärs kostet sie nun ihre Wählerschaft, die die Sozialdemokraten bisher mehrheitlich im Osten hatten. Als der Parteivorsitzende Inönü im Mai durch die kurdischen Provinzen reiste, wurde er nur von den Parteigenossen empfangen, die die Regierungspolitik unterstützen. In anderen Städten stand er auf leeren Plätzen oder wurde von der Menge hinausgeworfen.

Kurdische Großgrundbesitzer haben seit jeher mit dem Staat zusammengearbeitet. Das Milizsystem, bei dem einzelne Dorfbewohner gegen gutes Einkommen zum bewaffneten Eingreifen gegen die PKK gepreßt werden, dient ihnen oft als Privatarmee, um ihre Interessen an Bauernland mittels Vertreibung durchzusetzen. Sie haben kein Interesse an einer Änderung des jetzigen Zustands.

Die Regierungspolitik forciert in den kurdischen Gebieten einen Prozeß der Einigung und zerbricht sämtliche Bindungen der Kurden an den Staat. Der permanente Terror in den Dörfern mit Erschießungen und Zerstörung der Vorräte treibt die Bewohner zur Flucht in die Städte. Die kurdischen Kreisstädte haben sich durch die Zuwanderer in den letzten Jahren enorm vergrößert. Hier haben sie keinerlei Einkommen mehr, leben von der Hand in den Mund, Gelegenheitsarbeiten und illegaler Arbeit. Sie, die nichts mehr zu verlieren haben, sind im März überall auf die Straße gegangen. Die ständige militärische Besetzung dieser Städte, die den Spezialeinheiten als Ausgangsbasis für ihre Operationen in den Bergen dienen, bringt die gesamte Bevölkerung gegen die Militärs auf. Die Organisation der Demonstrationen und ihr koordinierter Abbruch hat gezeigt, daß regionale kurdische Organisationen wieder aktiv werden.

wehren, werden wir zu Aktionen übergehen. Wenn der Gouverneur das verbietet, dann müssen wir dieses Verbot eben umgehen." Auch im Gewerkschaftsbüro in Batman ist man der gleichen Ansicht: "Wir wissen, daß die türkische Regierung Angst vor den Arbeitern in Batman hat. Nach dem Putsch 1980 hat sie immer wieder versucht, die Gewerkschaft aus Batman zu vertreiben. Hunderte von uns sind verhaftet und gefoltert worden, nur weil sie Gewerkschafter sind. Aber heute sind alle 4000 Arbeiter der verschiedenen Ölgesellschaften in der Petrol İş organisiert. Und sie werden auch nach der neuen Verfügung weitermachen."



Seit zwei Wochen verläuft der Bummelstreik bei den beiden Multis ohne Zwischenfälle, allerdings auch ohne Unterstützung von außen. Der Presse hatte die Gewerkschaft nicht Bescheid gegeben. "Nach den neuen Zensurbestimmungen können die sowieso nichts mehr schreiben". Außerdem hielt es die Gewerkschaft für taktisch klüger, die erste Aktion nach der Verfügung nicht gleich an die große Glokke zu hängen: "Wir müssen warten, bis die Arbeiter genug Selbstvertrauen gewonnen haben und gesehen haben, daß die Verfügung eigentlich nur dazu da ist, umgangen zu werden." Im Moment wehren sich auf diese Weise 200 Arbeiter gegen eine 80-Stunden-Woche, schlechtbezahlte Überstunden und Maulkorbbestimmungen.
Die Kämpfe der Ölarbeiter könnten in diesem Jahr zu den brisantesten Tarifauseinandersetzungen der Türkei überhaupt werden. So gut wie alle Ölförderungsanlagen der Türkei sind in der Region um Adiyaman, Diyarbakır und Batman. Neue Bohrungen werden vor allem an der türkisch-irakischen Grenze und in der Provinz Mardin entlang der türkisch-syrischen Grenze vorgenommen. Etwa 2,5 Mio Tonnen Öl werden in den kurdischen Regionen jedes Jahr gefördert. Dies deckt ungefähr 10% des türkischen Ölbedarfs, die restlichen 90% werden aus den Mittelost-Staaten, vor allem aus dem Irak, importiert. Den Löwenanteil an der heimischen Produktion hat die türkische Gesellschaft Türk Petrollar Anonim Şirketi (TPAO), die in den letzten vier Jahren ihre Produktion um 300% auf 40-45.000 b/d {Barrel am Tag} steigern konnte, danach folgen die Multis Shell und Mobil an zweiter und dritter Stelle. Shell, die seit 1954 in der Türkei fördert, hatte Anfang der 80er Jahre einen erheblichen Produktionsrückgang zu verzeichnen. 1988 lag die tägliche Produktion immer noch bei relativ geringen 16.000 b/d. In den letzten zwei Jahren hat die Company jedoch 23 neue Projekte in Angriff genommen, einige zusammen mit der türkischen TPAO. Das Investitionsvolumen von Shell ist von 20 Mrd. TL {Türkische Lire} 1984 mittlerweile auf fast 200 Mrd. TL angestiegen. Die Zeitschrift "Oil and Gas Journal" berichtete in ihrer Dezembernummer 1989 über Pläne, die in der Türkei vorhandenen Ölreserven in den 90er Jahren systematischer auszubeuten; sie erwähnt Reserven von 2 Milliarden Barrel. Diese Aktivitäten sind vor dem Hintergrund des gigantischen "Südanatolien-Entwicklungsprojektes", mit dem die Region systematisch industrialisiert werden woll, interessant. Eine Türkei, die ihren Ölbedarf nicht mehr aus so unsicheren Quellen wie dem Irak deckt, ist ein wesentlich interessanteres Investitionsgebiet auch für ausländische Investoren. Wenn die Stabilität der Region garantiert werden kann! Im vergangenen Jahr verzichtete z.B. der Ölmulti Chevron darauf, 10,5 Mio Dollar in ein Projekt in der Nähe der türkisch-irakischen Grenze zu investieren, weil ihm die Region durch die ständigen Auseinandersetzungen mit der Guerilla zu unsicher geworden war. Nusaybin, einer der potentiellen neuen Förderorte, war im März Ausgangspunkt der kurdischen **Serhildan** (Intifada); in Batman, wo sich die Einzelhändler im April ebenfalls an den Ladenboykottaktionen beteiligt hatten, wurde diesen Aktionen von staatlicher Seite mit unverhältnismäßig harten Maßnahmen begegnet: Der Gouverneur persönlich gab den Befehl, die Scheiben der geschlossenen Läden einzuschlagen, und die Polizei durfte nach Herzenslust plündern. Damals erklärten die Gewerkschaftler diese Sonderbehandlung mit der Existenz der insgesamt 4000 Ölarbeiter: "Die Widerstandsaktionen dürfen nicht auf die Arbeiter überspringen." Seit Beginn der bewaffneten Angriffe der Guerilla 1984 versucht der Staat alles, damit dies nicht passiert. In Batman wurde der Gewerkschaftsvorsitzende A. Timurtaş wochenlang gefoltert, um ihn zum Rücktritt zu zwingen. Immer wieder wurden Gewerkschaftler festgenommen, bedroht, gefoltert. Dennoch fand 1985 einer der ersten Streiks nach dem Militärputsch überhaupt in Batman statt und zwar mit breiter Unterstützung der Bevölkerung.
In der 1987 gegründeten Niederlassung der Deutschen Tiefbohr AG (DEUTAG mit Sitz in Bentheim), konnte die Petrol İş erst nach zweijährigem zähem Kampf mit der Organisierung beginnen. Zuvor war ihr vom Arbeitsgericht die Zuständigkeit abgesprochen worden und waren alle 135 Arbeiter, die der Gewerkschaft dennoch beitraten, entlassen worden. Erst seit fünf Monaten kann die Gewerkschaft dort arbeiten. "Auch das nur als Ergebnis eines langen und entschlossenen Kampfes", sagt einer der DEUTAG-Arbeiter. "Wir werden diesen Kampf auch nach der Verfügung weiterführen. Jetzt sind unsere Kollegen von Shell und Mobil im Bummelstreik, aber morgen können auch wir und die Kollegen von TPAO dazukommen. Die Verfügung wurde eingeführt, ohne uns zu fragen. Wir schaffen sie ab, ohne die zu fragen."

Literatur zum Thema:
Faltblätter "Kurdistan Aktuell" und "GAP - Südöstliches Anatolienprojekt" beide zu beziehen über **medico international,**
Obermainanlage 7, 6 Frankfurt 1, Spendenkonto Postgiro Köln 6 999-508
Türkei-Information, Postf. 91 08 43, 3 Hannover 91,

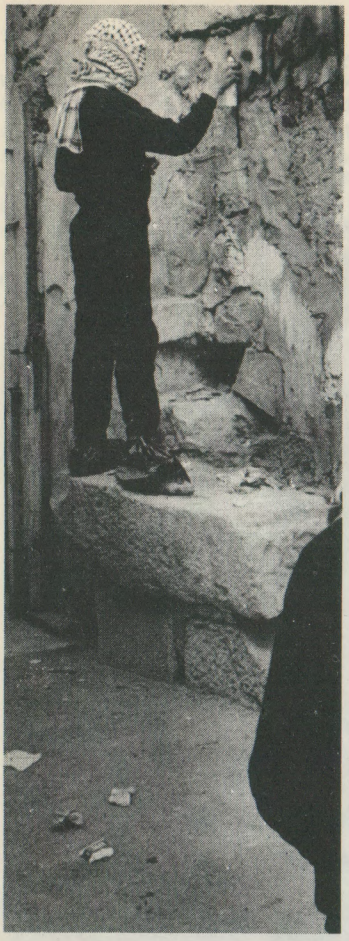
Palästina: Nationalismus und Revolte

Der Staat Israel zeigt beispielhaft die verbreitete Erscheinung, wie sich Menschen, die einst unterdrückt wurden, mit ihren früheren Unterdrückern identifizieren. Sie wenden das Gesetz der Ausgrenzung und die Mittel geballter Repression gegen die PalästinenserInnen an, so wie vor nicht allzu langer Zeit die Engländer gegen die jüdischen Siedler. Die Siedler, die zu Beginn des Jahrhunderts aus Mitteleuropa gekommen waren, stützten sich beim Beginn des Aufbaus von Israel auf einen Mythos: die Wüste. Ihre Losung war: *"Ein Volk ohne Land für ein Land ohne Volk."* Das heißt nicht unbedingt, daß die Zionisten in Palästina ankamen und glaubten, daß sie ein Land ohne Volk antreffen würden. Sondern daß sie das ideologische Produkt einer Epoche waren, die nur Europäer als Menschen wahrnahm.

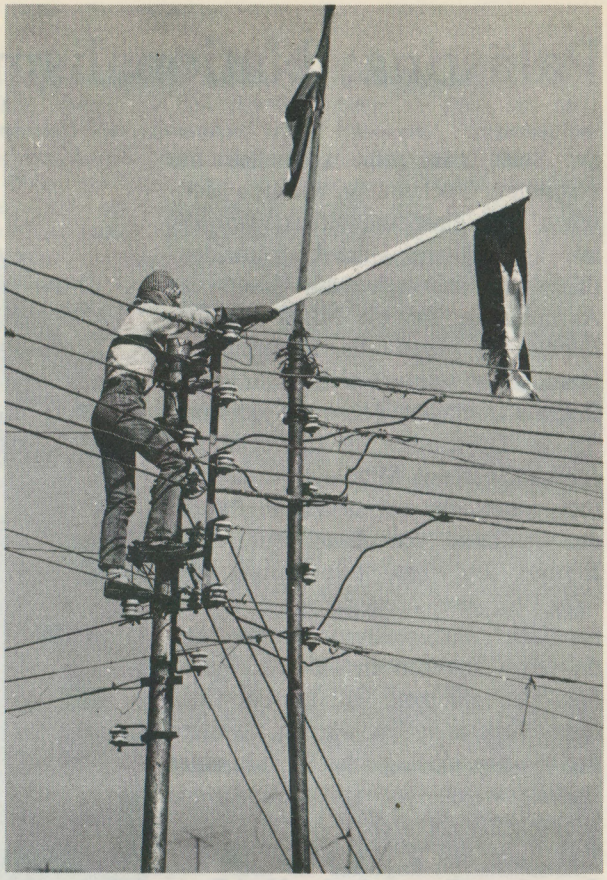
Das Ende des 2. Weltkriegs und der Sturz des völkermordenden Nazi-Regimes verhalf den Zionisten dazu, ihre schizophrene Vision von Palästina auf alle anderen demokratischen Länder zu übertragen. Sie benutzten das schlechte Gewissen der herrschenden Klassen und der Bevölkerung, die sich vor allem in Deutschland und Frankreich durch Antisemitismus kompromittiert hatten.

Der enorme Erfolg, der bislang durch die "Revolution der Steine" errungen wurde, ist letztlich der, daß Israel vor zwei Alternativen gestellt wurde, die es beide nicht akzeptieren kann: nämlich zum einen der palästinensischen Gemeinschaft die Möglichkeit zu bieten, sich so zu entfalten, wie es ihrer jetzigen gesellschaftlichen Struktur entspricht (somit mit ihrem Recht auf Land), oder sie zu zerstören. In wenigen Monaten haben es Revolten mit Steinwürfen erreicht, daß die israelische Gesellschaft ins Wanken kam, während die PLO mit all ihren Waffen, der Finanzkraft der palästinensischen Diaspora, ihren internationalen Unterstützern und ihren Büros in der UNO auf immer dazu verdammt schien, die Rolle des terroristischen Dämons zu spielen, der die Beibehaltung des Status quo durch Israel rechtfertigt.

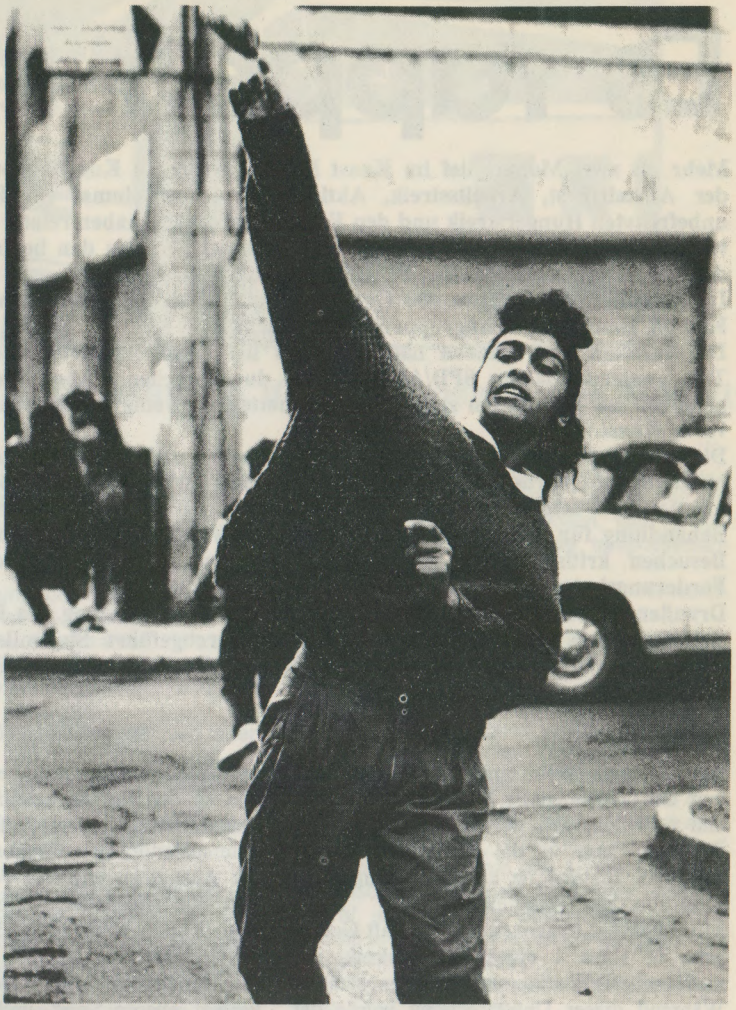
Für uns - Gegner jeglichen Staates und jeglichen Vaterlandes - wäre es verlokkend, eine radikale Untersuchung anzustellen und den Volksaufstand und die bewaffneten Aktionen der PLO miteinander zu vergleichen. Das palästinensische Beispiel zeigt jedoch deutlich, wie die nationalistische Forderung ausnahmslos die Herzen und Gedanken der Aufständischen erfüllen kann. Es ist auch wenig zweifelhaft, daß die militärischen Aktionen zumindest dazu geführt haben, in der Bevölkerung, insbesondere bei den Jugendlichen, das Märtyrertum zu verankern, das dazu beigetragen hat, die Leute zusammenzuschweißen und ihnen die Energie und



die Waghalsigkeit zu verleihen, die wir von ihnen kennen.
In der *Intifada* hat sich die gesamte arabische Bevölkerung im Westjordanland, in Gaza und in Israel im Widerstand gegen die Besatzer zusammengeschlossen. Die Aufständischen, diejenigen, die die Erhebung ausgelöst und deren Stoßtruppen bilden, sind jedoch die jungen SteinewerferInnen. Die 48er Generation, die ihre Hoffnungen in die nationalistische arabische Bewegung gesetzt hatte und die 67er, die auf die Fedajin-Bewegung gesetzt hatte, wurden beide nach und nach zerschlagen. Es erstaunt nicht, daß eine neue Generation, die noch keine Niederlage erleiden mußte, zur Offensive übergegangen ist. Aber die SteinewerferInnen sind nicht nur Jugendliche, es sind auch Proletarier, Arbeitslose auf Lebenszeit, Weltproletarier, die die Weltwirtschaft ausgestoßen hat oder Arbeiter, die in Israel ausgebeutet werden.



In jedem Fall sind sie Angehörige einer traditionellen Gemeinschaft auf vielen Ebenen: Dorf-, Stammes-, Familiengemeinschaft, Gemeinschaft des palästinensischen Volkes, die eine fast mystische Art Bindung an den Boden haben und getragen werden von einer alten und zugleich dynamischen Kultur. Die Bewohner der Lager, wo Arbeiter und Arbeitslose zusammenkommen und noch durch ein starkes, traditionelles Solidaritätsgefühl zusammengehalten werden, befinden sich also an der Nahtstelle von alten und neuen sozialen Beziehungen, die die Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft, verkörpert durch Israel, in sich tragen. Wenn diese tendenziell widersprüchlichen Seiten der palästinensischen Gesellschaft momentan recht gut zusammenhalten, dann liegt das daran, daß sie sich auf eine gemeinsame nationale Forderung gründen. Der gemeinschaftliche Aspekt bindet die Widersprüche zwischen gesellschaftlichen Gruppen, zwischen Begüterten und Besitzlosen, und glättet sie.



Es gibt einen Bruch zwischen dem revolutionären Potential, das alle bekämpft, die für die unerträglichen Lebensbedingungen der PalästinenserInnen verantwortlich sind, und den Bemühungen, mittels dieser Revolte eine Nische in dieser Welt zu schaffen - den palästinensischen Staat. Dieser Bruch spaltet die Individuen, ihre Gedanken, ihre Gefühle und ihre Handlungen. Aber momentan und in naher Zukunft wird sich dieser Bruch nicht auswirken. Da es keine anderen sozialen Bewegungen gibt, denen mensch sich anschließen kann, und da es insbesondere nicht möglich ist, zusammen mit den israelischen jüdischen Proletariern einen gemeinsamen Kampf zu führen, gibt es für unser Lager (das Lager derjenigen, die sich im Kampf gegen die weltweite kapitalistische Organisation des Lebens befindet) keine Chance auf Erfolg.

Aber das Vorgehen der *Intifada* hatte den Vorteil, daß die Angriffe ohne Waffen in doppeltem Sinne *entwaffnend* waren: Zunächst, weil sie den Ängstlichen das Wort abschnitten, indem sie bewiesen, daß mensch nicht bis an die Zähne bewaffnet sein muß, um die Angst zu verlieren. Und dann, weil sie dem Feind zeigten, daß ihm ein ziemlich ernstzunehmender Gegner gegenübersteht, der bereit ist, unerhörte Risiken auf sich zu nehmen. In diesem speziellen Fall war der Angriff ohne Waffen um so entwaffnender, als die israelischen Soldaten, ihrem Ruf nach die besten der Welt, sich plötzlich gezwungen sahen, Kindern entgegen zu treten. Diese Männer und Frauen, die es gewohnt waren, Kriege zu gewinnen, wurden durch diesen Kampf, der ohne Vergleich und unwürdig für ihr eigenes Bild vom Sieger ist, in ihren Grundüberzeugungen zutiefst erschüttert. Aber diese rein journalistische Feststellung, gewonnen aus Bildern, reicht noch nicht aus. Was die SoldatInnen am meisten erschüttert hat, Wut und Unsicherheit bei ihnen verursacht und sich auf die ganze israelische Gesellschaft übertragen hat, war die Tatsache, daß die SteinewerferInnen sie zwangen, ihre jahrhundertelange Verblendung aufzugeben, um endlich das zu sehen, was sie bisher verdrängt hatten: ihre arabischen Gegner waren keine "Bevölkerung", sondern ein Volk und eine Gesellschaft.

Der Aufstand in Palästina hat trotz der Filterung in den Medien große Sympathien in der Welt hervorgerufen. Viele Besitzlose erkannten sich in dieser waffenlosen Jugend, die plötzlich ihre Angst verloren hat, wieder. Der Erfolg kam daher, daß die Jugendlichen den zionistischen Staat angegriffen haben, *indem sie sich zu dem bekannt haben, was sie sind.* Die israelische Armee stand plötzlich Menschen gegenüber, in denen der Kampf als Bestandteil ihres täglichen Lebens noch fest verankert war. Gaza und der Straßenkampf, die Solidarität der Freunde aus dem Stadtteil, die logistische Unterstützung durch die Familie, die Nachbarschaftshilfe, die Nachrichtenübermittlung und das Übergreifen dieses Kampfes auf die arabischen Arbeiter, die im Herzen der feindlichen Wirtschaft tätig sind... all das bildet eine unauflösbare Gesamtheit. Die Schlachten sind nur ein Aspekt des Kampfes. Der Kampf wird zum Leben in der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft. Die einfache Tatsache zu leben wird zu einem Aspekt des Kampfes. Was sonst so leicht abgeleugnet werden kann, wenn es um einen Akt der "bewaffneten Propaganda" geht, der einer teuflischen und minderheitlichen "terroristischen Organisation" zugeschrieben wird, schlägt den israelischen SoldatInnen nun direkt ins Gesicht: Sie stehen einer Gemeinschaft im Kampf gegenüber.

Die arabischen Aufständischen haben indirekt die Revolutionäre, die von der militärischen Frage besessen sind, widerlegt. Ihr Aufstand hat die traditionellen Organisationen einfach übergangen. Dadurch haben sie gezeigt, wie groß der Unterschied ist zwischen Aktionen von Gruppen, die sich an sozialen Bewegungen festkrallen - und den sozialen Bewegungen selbst. Die SteinewerferInnen von Gaza und anderswo haben den Militanten der PLO und allen anderen, die auf dieser Welt die Revolution durchführen wollen, erneut beigebracht, was alle sozialen Revolutionen beweisen: die Gewalt ist nicht deshalb revolutionär, weil sie auf die Staatsgewalt mit Krieg antwortet, sondern weil sie aus der Kriegslogik des Staates heraustritt. Um zu kämpfen, bedienen sie sich sowohl ihrer gemeinschaftlicher Verbindungen wie auch der Stellung einiger von ihnen in der Wirtschaft. Somit machen die Proletarier, die das Herz der Intifada sind, erneut deutlich, daß die beste revolutionäre Waffe die *sozialen Beziehungen* sind, die Umdrehung von sozialen Verhältnissen, die überliefert oder vom Kapital aufgezwungen sind.

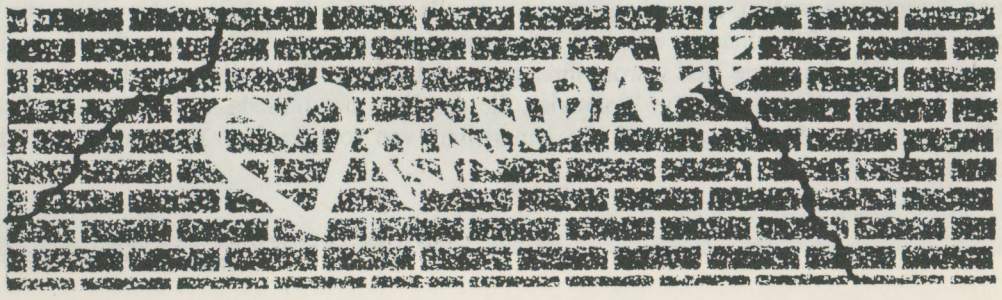
Gekürzt aus: Le Brise-glace {Eisbrecher}, Nr.1, Sommer 1988
Adresse: BP 214, 75623 Paris Cedex

Es rappelt in der Kiste

Mehr als zwei Monate lief im Knast Moabit/Berlin ein Knastkampf in unterschiedlichen Formen ab: Bambule, Verweigerung der Anstaltskost, Arbeitsstreik, Aktionstage, wobei einmal ein Flügel verwüstet wurde, unbefristeter Hungerstreik. Den unbefristeten Hungerstreik und den Forderungskatalog haben relativ wenige Leute gemacht; durch die vielfältigen Aktionsebenen war es aber vielen Leuten möglich, sich zu beteiligen: An den beiden Aktionstagen haben bis zu 250 Gefangene ihre Wut auf den Knast und die aktuellen Scheißbedingungen rausgelassen.
Im Moabiter Knast (etwa 900 Gefangene) gibt es drei Häuser: I (hauptsächlich U-Haft) und II (Strafhaft) beteiligten sich am Kampf, Haus III (Wohngruppenvollzug) nicht.
Der Infofluß von drinnen nach draußen lief relativ schlecht, auch deswegen gelang es den UnterstützerInnen kaum, die Totschweigepolitik des SPD/AL-Senats zu durchbrechen. "Aber das lag nicht nur am Informationsmangel, daß uns das nicht gelungen ist. Wir waren zu wenige und hatten zu wenig Ideen, was wir noch tun könnten außer den täglichen Kundgebungen vorm Knast."
Die Gefangenen hatten zunächst einen allgemein gehaltenen Forderungskatalog aufgestellt, den die zuständigen AL-Politiker als humanistische Forderungen nach einem besseren Strafvollzug übernommen hatten – auch weil er ihren Koalitionsvereinbarungen mit der SPD sehr nahe kam. "Der war aber nicht nur allgemein gehalten, der war auch ultrareformistisch: mehr Licht, mehr Behandlung für Aids-Kranke usw. Das ging bis dahin, daß sie gefordert haben, es solle wie in Tegel sein. Wir haben das bei Besuchen kritisiert, und die Leute haben das wohl selber auch gemerkt – jedenfalls gab es dann schnell einen 2. Forderungskatalog - den die AL konsequent ignoriert hat."
Draußen haben sich verschiedene Gruppen zur Unterstützung des Hungerstreiks zusammengefunden und während der ganzen Zeit tägliche Kundgebungen vor dem Knast durchgeführt. Sie wollen jetzt mit kontinuierlicher Knastarbeit weitermachen und mehr Kontakte in die Knäste kriegen. Der folgende Brief in alle Berliner Knäste ist ein Schritt dazu.

"Hallo Leute,
Ihr bekommt heute einen Brief, um Euch von den Aktionen in Moabit zu erzählen, und natürlich, weil wir es wichtig finden, daß Ihr Euch in die Diskussion darum einklinkt. Erstmal ne kurze Zusammenfassung von dem, was gelaufen ist...
Mitte Februar begannen vier U-Haft-Gefangene in Haus 1 einen Hungerstreik, der nach einer Woche unterbrochen wurde. Während dieser Unterbrechung wurde der erste Forderungskatalog nochmal grundlegend verändert. Der neue Forderungskatalog hatte dann für die gesamte Aktion Bestand. {siehe Kasten!}
Mitte März gingen dann Gefangene aus Haus 1 und 2 in den unbefristeten Hungerstreik. Die Wiederaufnahme des Streiks am 19.3. wurde mit einem ersten Aktionstag verbunden, an dem 250 Gefangene Essen und Arbeit verweigerten. Diese Vorgehensweise wurde während des Hungerstreiks wiederholt, so daß auch Gefangene, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht hungern konnten oder wollten, die Forderungen auf andere Art und Weise unterstützen konnten.
{Der 2. Aktionstag fand am 2.4. statt: 280 Gefangene in Moabit und Tegel verweigerten Arbeit und Essen; 4 weitere Gefangene schlossen sich dem Hungerstreik an.}
Mitte April wurde der Hungerstreik für eine Woche unterbrochen. Anfang Mai dann als beendet erklärt. Am 9. Mai machten dann ca. 25 Leute einen Warnhungerstreik {weil die Knastverwaltung zugestandene Umschlußzeiten nicht einhalten wollte}.
Die an den Streiks beteiligten Gefangenen hatten natürlich von Anfang an mit den unterschiedlichsten Repressalien vonseiten der Anstalt zu tun. Die Post wurde verzögert oder angehalten, während den abendlichen Kundgebungen draußen patrouillierten die Schließer auf den Gängen oder ritten in die Zellen ein, einige Gefangene wurden verlegt, ebenso Sport- und Umschlußverbot bis hin zu Bunker.
Ein paar Tage nach Abbruch des Streiks, natürlich unabhängig von diesem!, ließ sich Frau Limbach {SPD-Justizsenatorin} mal in Moabit blicken, um die geplanten Änderungen kundzutun. Das sind: für Haus II 3x2 Std. pro Woche Umschluß, dann soll es zwei neue Sportbeamte geben, und als Krönung soll auf den Stationen der Wohngruppenvollzug eingeführt werden. Zynischerweise geschieht dies im ehemaligen Hochsicherheits-Traktbereich. Das macht nochmal überdeutlich, daß es ihnen nicht um die Verbesserung der Haftbedingungen geht, sondern um die Perfektionierung der Kontroll- und Spaltungsmechanismen.

Wir haben vielen Gefangenen diesen Brief geschickt. Wir sind ein paar Frauen und Männer, die die Aktion der Moabiter von außen unterstützt haben. Wir sind ziemlich verschiedene Leute aus verschiedenen politischen Gruppen und haben uns erst durch den HS näher kennengelernt. Manche machen schon lange Knastarbeit, andere sind ganz neu hinzugekommen, weil sie Freunde im Knast haben.
Der HS kam für alle völlig überraschend. Obwohl wir zuerst nur sehr wenige Informationen über den Widerstand im Knast hatten, fanden es alle wichtig, den Kampf zu unterstützen. Denn die Forderungen gegen Isolation und Spaltung, sind natürlich auch unsere Forderungen. ...
Unsere Unterstützung der Aktionen in Moabit bedeutete konkret erstmal den Aufbau eines Informationssystems, um was von drinnen mitzukriegen. Ab 19.3. kamen die täglichen Kundgebungen vor dem Knast dazu, die vorbereitet werden mußten. Dann Plakate kleben, Flugblätter verteilen, zwischendurch gab es noch einen ziemlich erfolglosen Versuch, mit den Angehörigen Kontakt aufzunehmen. Diese ganze Hektik hat dazu geführt, daß wir untereinander nie so richtig abgeklärt haben, wohin unser Engagement später führen soll...
Nach dem Ende des HS ist nun für uns die Zeit, grundsätzlich über unsere Vorstellungen zu reden und zu klären, wie es weitergehen soll... Im Moment heißt das für uns, die Aufarbeitung des HS, woraus dann eine Einschätzung und Dokumentation entstehen soll. Außerdem wollen wir auch weiter Kundgebungen machen, dies allerdings in zeitlich größeren Abständen und auch vor anderen Berliner Knästen. Weitere Aktionen wie Stadtrundfahrten oder Stadtspiele zum Knast sind auch geplant, damit die Leute draußen das Thema nicht vergessen.



Ein weiterer Punkt ist natürlich, den Informationsfluß von drinnen nach draußen zu verbessern bzw. zu erweitern. Beim Hungerstreik hatten wir totale Schwierigkeiten, zuverlässige Infos aus dem Knast zu kriegen, weil unsere wenigen Kontakte in den Knast auch noch extrem überwacht wurden (zwei Schließer bei Besuchen usw.). Je mehr Leute von drinnen mit den Leuten von draußen zu tun haben, desto schwerer wird dem Justizsenat die Desinformation der Öffentlichkeit beim nächstenmal fallen. Bei all dem wollen wir, daß Ihr Euch so weit es Euch möglich und wichtig ist, dran beteiligt, weil wir denken, daß Euch das alles mindestens genauso angeht wie uns, und daß nur n gemeinsamer Kampf in allen Knästen und mit Leuten draußen, den Senat zu Veränderungen zwingen kann. Bisher kämpft die Mehrheit noch für sich alleine. ... Daher ist es auch wichtig, daß von möglichst vielen von Euch was kommt, weil Ihr ja sicher auch oft unterschiedliche Meinungen, Ideen usw, habt, genauso wie wir draußen. Unsere Erfahrung ist, daß es immer dieselben Leute sind, die sich äußern, andere halten sich aus den unterschiedlichsten Gründen mehr zurück. Das ist bei uns draußen auch oft nicht anders. eine Schwierigkeit dabei ist sicher auch, daß das ganze erstmal auf ne schriftliche Auseinandersetzung beschränkt bleiben soll, weil wir einfach (noch) nicht genug Leute sind, um jetzt auf Besuchswünsche eingehen zu können. ...

Genauso wichtig finden wir es natürlich, daß ihr untereinander diskutiert, dies auch zwischen den verschiedenen Knästen, damit es mal mehr möglich wird, sich aufeinander zu beziehen, als das zur Zeit der Fall ist. Was wir nicht wollen, für einige wenige von Euch die Haftbedingungen erleichtern. Ihr müßt verstehen, daß wir nur ein paar Leute sind und nicht den persönlichen Frust von einigen tausend Gefangenen auffangen können. Wir verstehen uns nicht als SeelsorgerInnen oder als SozialarbeiterInnen, sondern als Menschen, die mit Euch zusammen gegen das menschenverachtende Knastsystem kämpfen wollen. Um so besser, wenn wir uns über die inhaltliche Zusammenarbeit so gut kennenlernen, daß wir uns mehr zu sagen haben.

Bitte gebt diesen Brief an andere Gefangene weiter. Wenn Ihr uns schreibt, dann tut das bitte an folgende Kontaktadresse:

Verlag Schwarze Seele
Falkensteinstr. 46 – 1 Berlin 36."

Der 2.Forderungskatalog der Gefangenen aus Moabit:

Wir fordern:

1. Weg mit der Isolationshaft!

- sofortige Aufhebung des täglichen 23/24-stündigen Einschlusses für alle Gefangenen;
- tägliche Aufschluß- bzw. Umschlußzeiten für alle;
- täglicher freier Zugang zu den Gemeinschaftshöfen/Öffnung der Höfe für alle von 8-11 Uhr sowie von 13-15 Uhr;
- Abschaffung des sogenannten "Nachtverschlusses" um 16 Uhr; Öffnung der Zellentüren innerhalb aller Flügel von 18-22 Uhr oder Umschluß;
- Schaffung von Gemeinschaftsräumen innerhalb aller Flügel;
- Schaffung von Räumlichkeiten/Plätzen für Sportangebote;

2. Weg mit jeglicher Form von Sonderhaftbedingungen!
Kein Knast im Knast!

- Sofortige Abschaffung der Folter durch das "Abspritzen mit Psychopharmaka";
- keine weiteren Verschleppungen von ("auffälligen") Gefangenen in die psycho-neurotische Abteilung;
- sofortige Entfernung aller vor den Zellenfenstern angebrachten Fliegengitter bzw. Dreifachvergitterungen;
- sofortiger Beginn des Einbaus von Steckdosen, Lichtschaltern und Warmwasser in allen Zellen;
- sofortige Aufhebung der Limitierung der täglichen Zellenbeleuchtung, d. h. die tägliche Lichtzufuhr ist dem Willen des jeweiligen Gefangenen unterzuordnen: Wir wurden zwar zur "Freiheitsstrafe"/ U-Haft verdonnert, aber in keinem Gerichtsurteil/ Haftbefehl war die Rede davon, daß dies unter Bedingungen der Dunkelhaft zu geschehen hat;
- sofortige Abschaffung der optischen Bespitzelungen ("Peep-Shows") durch beamtete Augen per "Zellenspion";

3. Weg mit der Zensur!

- uneingeschränkter Kommunikationsfluß zwischen drinnen und draußen sowie untereinander;
- sofortige Abschaffung der Bespitzelung durch Postkontrolle/ Überwachung;
- verbesserte Besuchsmöglichkeiten; generell einmal wöchentlich für mindestens eine Stunde für alle Gefangenen;
- sofortige Abschaffung des Zwangs für ausländische Gefangene und deren Angehörige, anläßlich der Sprechstunde (Besuche) deutsch sprechen zu müssen;
- unabhängige, frei wählbare Dolmetscher des Vertrauens für ausländische Gefangene;
- uneingeschränkte Möglichkeiten der Beschaffung politischer Informationen und Literatur für alle Gefangene;
- das uneingeschränkte Recht der Ausübung buddhistischer Religionspraxis;

4. Weg mit der Zwangsarbeit!
Für Selbstorganisation!

- sofortige Abschaffung der Erpressung, (für modernen Sklavenlohn) arbeiten zu müssen;
- freie Entscheidung für alle Gefangenen, ob sie (Lohn-)Arbeit leisten wollen, falls ja: Anpassung der Löhne an die tarifpolitischen Verhältnisse draußen;
- Einführung der Kranken- und Rentenversicherung;
- für das Recht, selbstbestimmte/ -organisierte Arbeitskollektive zu bilden;
- sofortige Bereitstellung (Erhöhung) eines Sozialbetrages, sog. "Taschengeld", für Mittellose und Strafgefangene von mind. 100 DM;
- Verbesserungen des Wareneinkaufs, bei sofortiger Abschaffung des Warenmonopols, hier durch die Firma *König*; Schluß mit dem minderwertigen Warenangebot bei gleichzeitiger Warenwucherei; Schaffung eines "freien" Warenmarktes, in dem das Angebot direkt in Augenschein und nicht kaufverhaltensüberwacht/ -erforscht via Bestellzettel und auf Gedeih und Verderb /vabanque ausgehandelt /erworben werden kann;
- sofortige Verbesserung des Anstaltsessens; mehr Obst, Salate etc.;
- sofortige Möglichkeit für alle Gefangenen, sich mindestens einmal monatlich Nahrungsmittel in den Knast einbringen zu lassen;

5. Weg mit der (ver-)waltenden Knastmedizin!
Für freie Arztwahl ohne Kontrolle!

- sofortige Abschaffung aller Bedingungen eines kalten Entzugs für drogengebrauchende Gefangene;
- sofortige Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen, d.h. auch all der Gefangenen, die hiv-positiv oder aids-krank sind;
- weg mit Zwangsernährung bzw. Komalösungen;

6. Gegen Spaltung und Vereinzelung, für eine Gesellschaft ohne Knäste!

- sofortige Abschaffung des "Behandlungsvollzuges", d.h. sofortige Abschaffung des differenzierten Sondervollzugs für alle Gefangenen;
- sofortige Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand in ein bis zwei Großgruppen nach ihrer Wahl;
- Zusammenlegung aller Gefangenen in selbstbestimmte Gruppen, die dafür kämpfen;
- Solidarität mit den 41 spanischen Gefangenen aus Grapo/PCE (r) und sofortige Erfüllung ihrer Forderung nach Zusammenlegung;
- sofortige Erfüllung aller gemachten Zusagen im Zusammenhang mit den Forderungen der kämpfenden gefangenen Frauen in Plötzensee;
- Solidarität mit dem Hungerstreik der elf kämpfenden gefangenen Frauen in Hamburg;
- Solidarität mit allen kämpfenden Frauen und Männern - drinnen und draußen!

Und von hier und jetzt den Stern für die Träume!!!

Knast-Moabit, den 19.3.90

Knastrevolte in Santa Fu

Am Montag, den 28.5. gegen 17 Uhr stiegen zwei Gefangene aufs Dach der Anstalt II (dem Haus für "Langstrafer") des Hamburger Knastes in Fuhlsbüttel. Daraufhin weigerten sich 250 Gefangene, in ihre Zellen zurückzugehen und besetzten den Hof und die Gänge. Ihre ersten Forderungen: Schließung der Isolationstrakte Dora 1 und Berta 1
Einhaltung der Strafvollzugsgesetze
Bessere Bezahlung der Arbeit im Knast
eine autonome Gefangenenvertretung
Rücktritt der Anstaltsleitung
Der Knastleiter bot Verhandlungen mit einer Delegation der Gefangenen unter der Voraussetzung an, daß sie vorher ihre Aktion abbrechen und alle auf ihre Zellen gehen. Sie lehnten ab und wollten Justizsenator Curilla sprechen. Die beiden Gefangenen wollten auf dem Dach bleiben, bis die Forderungen erfüllt sind.
Dora 1 ist ein Hochsicherheitstrakt im Knast, der 1981 eingerichtet wurde und laut Anstaltsleitung "für terroristische Straftäter" vorgesehen war. Die ersten, die dorthin verlegt wurden, waren aber soziale Gefangene. 1982 machten diese einen Hungerstreik, der von außen breit unterstützt wurde, und erreichten dadurch ihre Verlegung aus dem Trakt, der nun einige Zeit leerstand. In den letzten beiden Monaten hatten zwei Gefangene in den Isolationstrakten Selbstmord begangen.
Die Nachricht über die Revolte verbreitete sich am nächsten Tag durch die Medien, und am Nachmittag des 29.5. (Dienstag) zogen wir mit etwa 40 Leuten vor den Knast, um den Gefangenen unsere Solidarität zu bekunden.
Anschließend fuhren wir zum Untersuchungsgefängnis und erzählten den Gefangenen dort von unserem Besuch. Sie hatten alles bereits über Radio verfolgt, waren bester Stimmung und baten uns, die revoltierenden Gefangenen von ihnen zu grüßen.
Am Dienstag weigerten sich auch 70 Gefangene aus der Anstalt VIII, in ihre Zellen zurückzukehren und blieben auf dem Hof.
Am Mittwoch zogen wir mit 30 Leuten nochmals vor den Knast und konnten uns mit den Gefangenen auf dem Sportplatz unterhalten. Sie sagten, sie wären noch über 200 (in der Presse hieß es, von den 250 wäre die Hälfte wieder in die Zellen zurückgekehrt). Außerdem berichteten sie, daß ihnen Essen, Wasser und Duschen verweigert wurde und baten um ein Megafon.
Kurze Zeit später stiegen 20 weitere Gefangene mit einer selbstgebauten Leiter vom Hof aufs Dach, darunter auch ausländische Gefangene. Sie hängten Transparente auf: "Gleiches Recht für alle!" und "Hier werden die Ausländerrechte verletzt!" Bei einer weiteren Kundgebung am Abend haben wir Essen, das gewünschte Mega und eine schwarz-rote Fahne über die Mauer geworfen.
In der Nacht ging ein Teil der Gefangenen, wie schon am Dienstag, in die Zellen zurück, mit der Absicht, am nächsten Morgen wieder auf den Hof zu gehen. Am Donnerstag morgen wurden sie aber von den Schließern nicht mehr rausgelassen.
Am Donnerstag hatten Gefangene im Hof ein Flugblatt mit ihren Forderungen erstellt, das sie an die Presse gaben. Es zeigt klar die Widersprüche: die ersten Forderungen waren vom ersten Dachbesteiger über Mega verkündet worden und stellten wohl eine Einzelaktion dar. Die späteren Forderungen drückten eher den Willen zu einem Verhandlungskompromiß aus. (siehe Kasten).
Danach begannen Verhandlungen zwischen Justizsenator Curilla und Vertretern der Gefangenen. Dieser hatte zunächst gefordert, daß alle Gefangenen vorher auf die Zellen gehen. Er sagte zwar immer, er wolle die "friedliche Lösung", aber das hieß "zuerst zurück in die Zellen". Die Gefangenen sagten auch: "Keine Gewalt", wollten aber, daß er zu ihnen kommt.
An diesem Punkt kommt die ungeklärte Rolle von Frauenfraktion (ehemals GAL) und offizieller Gefangenenvertretung. Was wurde den Gefangenen versprochen? Jedenfalls wurden sie aufgrund von falschen Versprechungen in die Zellen gelockt und hatten damit Curillas ursprüngliche Forderung erfüllt. Curilla erklärte sich bereit, über alle Forderungen zu verhandeln und sicherte allen Gefangenen Straffreiheit wegen der Revolte zu, worauf zunächst die Gefangenen aus Anstalt VIII, dann auch die aus Anstalt II den Hof verließen. Dann hat wohl eine Delegation mit ihm verhandelt und entdeckt, wie weit seine Lügen gingen. Er dachte in Wirklichkeit nie daran, über die Abschaffung der Isolationstrakte überhaupt nur zu reden. Sein Angebot war, einen Zaun auf dem Hof zu entfernen und einige andere kosmetische Veränderungen. Gleichzeitig sagte der Sprecher der Gefangenen auf dem Dach, sie wollten nur noch mit der Senatskanzlei reden, weil sie Curilla nicht trauen. Außerdem erklärte er die besetzten Teile der Anstalt zur "Sicherheitszone" und warnte alle Schließer und Bullen, diese zu betreten.
In der Nacht von Donnerstag auf Freitag gaben einige Gefangene den Stand der Verhandlungen über die zentrale Sprechanlage bekannt, worauf sich die Wut der Gefangenen entlud. Sie hängten mehrere Gittertüren zwischen den Gängen aus und bewarfen die Einsatzzentrale mit allen möglichen Gegenständen. Senator Curilla sagte später: "Zeitweise bestand die Gefahr, die Zentrale nicht mehr halten zu können". Ein Polizeiaufgebot, darunter MEK, ging in den Knast. Daraufhin stürmten 80 Schließer aus mehreren Hamburger Knästen mit Polizeiausrüstung die Anstalt II und beendeten die Meuterei; die Gefangenen ließen sich in ihre Zellen einschließen. Auch die meisten Gefangenen auf dem Dach gaben auf. Kurz darauf stürmte das MEK den Knast und holte den letzten Gefangenen vom Dach. Damit war die Revolte beendet. Während der ganzen Nacht waren Leute draußen vorm Knast, die aber von den Vorgängen drinnen nichts mitbekamen.
"Bis auf weiteres" bleiben alle Gefangenen in den Zellen eingeschlossen. Umschluß, Hofgang, Besuche und Arbeit fallen aus. Auch über Pfingsten wurden alle Besuche gestrichen. 17 Gefangene wurden in Isolationszellen, acht weitere an "geheimgehaltene Orte", wahrscheinlich in den Isolationstrakt im Untersuchungsgefängnis verlegt. In der Presse stand, daß einige Gefangene nach ihrer Verlegung ins UG dort in ihren Zellen rebelliert hätten und danach nackt auf Betten geschnallt wurden, um sie ruhigzustellen. Es gab auch Hinweise darauf, daß ihnen Psychopharmaka gespritzt wurden...

Knast Heimsheim
- Ein modernes Arbeitslager
(32 S. A5, 2,50 DM)
Hrsg: Bunte Hilfe Stuttgart, Mörikestr.69, 7000 Stuttgart 1
Enthält eine detaillierte Beschreibung der Knastarchitektur, eine Liste der am Bau beteiligten Firmen, Beschreibungen des Knastalltags, einen Artikel über die Entwicklung vom Behandlungsvollzug zum Arbeitsvollzug und eine "Knastchronik Baden-Württemberg".

Forderungskatalog der Gefangenen

Keine Repressalien gegen die Teilnehmer des Ausstandes: hier besonders: keinen Einfluß auf die Vollzugsplanung; bisherige Arbeitsplätze müssen erhalten bleiben; keine Vermerke für die Beurteilung der Person; keine Verlegungen in andere Anstalten.
Isolierstationen Dora I und Berta I: freier Zugang für die Insassenvertretung; Entfernung der Sichtblenden von den Fenstern; nicht nur Arrest als einzige Hausstrafe; ersatzlose Streichung der Haftkostenforderungen; (...)
Aufhebung des Presseverbotes für die Insassenvertretung sowie ihre Gäste
Sozialer Dienst, Abteilungsleiter: Mindestens ein Sozialpädagoge pro Flügel, der nicht gleichzeitig Abteilungsleiter sein darf; interkulturell ausgebildete Sozialpädagogen für die ausländischen Gefangenen; Herausnahme der Abteilungsleiter aus der normalen Dienstzeit, damit sie den Gefangenen auch nach der Arbeitszeit zur Verfügung stehen.
Besuchsregelung: Bis zur Fertigstellung des Besuchszentrums Schaffung zusätzlicher Räumlichkeiten für mehr Sonderbesuche; Regelbesuche an allen gesetzlichen Feiertagen.
Vollzugslockerungen: Rücknahme der die Abteilungsleiter bei der Gewährung von Vollzugslockerungen einschränkenden Verfügung vom 17.5. 1990; die durch die Sozialarbeiter gegebenen Möglichkeiten bei Ausführungen und Ausgängen voll ausschöpfen; dadurch frühere Urlaubsgewährung und Verlegung in den offenen Vollzug.
Öffnung des Zaunes im Freizeitbereich
Gutes, ausgewogenes und vitaminreiches Essen
Die Möglichkeiten des Strafvollzugsgesetzes auch in die Praxis umsetzen
Gefangenenentlohnung: Bis zur Einführung tarifgerechter Entlohnung Aufwertung der Arbeitsplätze in die nächsthöhere Vergütungsstufe.
Ärztliche Versorgung: Fachärztliche Versorgung nicht nur im ZKH; werktägliche Sprechstunden des Anstaltsarztes (...)
Ausländer: Schnellere Bearbeitung der ausländerrechtlichen Verfahren (...)

(aus Taz Hamburg, 31.5.90)

Knastrevolten in Großbritannien

In Manchester ...

Am 1.April, bei der sonntäglichen Morgenmesse, begannen Gefangene im Strangeways Gefängnis von Manchester, ihren Knast auseinanderzunehmen. Schon Wochen vorher hatte es immer wieder Gerüchte über eine bevorstehende Revolte gegeben. So auch einen Abend zuvor, und deswegen drängten sich 350 Gefangene in der Kirche (statt der normalen 40).
Strangeways ist (bzw. war!!) einer der schlimmsten Knäste in England, im 19.Jahrhundert für 900 Gefangene gebaut, mit 1600 belegt. In den meisten Zellen gibt es keine Klos, oft sind 3 Gefangene in einer kleinen Zelle zusammengepfercht. Sie haben kaum Ausgang oder Gemeinschaftsveranstaltungen, angeblich wegen zu wenig Wärtern.
Nachdem einer dem Pfaffen bei der Messe das Mikro weggenommen und die anderen Gefangenen zur Revolte aufgefordert hatte, zogen die Anwesenden durch die 10 Flügel des Knastes und schlossen die Zellen auf. Ein Wärter von Stangeways kommentierte nachher: "In fünf Minuten hatten die Gefangenen den Knast übernommen und uns in Panik versetzt". 1000 Knackis beteiligten sich an der Randale und nahmen das Gefängnis auseinander, legten Feuer, plünderten den Einkaufsladen, die Küche und die Krankenstation. Es gab heftige Kämpfe mit den *Screws*, den gehaßten und in Strangeways besonders brutalen Wärtern. Viele Gefangene stiegen aufs Dach und bewarfen die Schließer und herbeigeholten Bullen mit Ziegeln und Steinen.
Einige Gefangene stürmten den Flügel, wo die sogenannten "Sexualstraftäter" abgesondert werden, öffneten deren Zellen und verprügelten sie.
Der Haß gegen die *Sex offenders* ist tief verwurzelt und wird in fast allen britischen Knästen von den anderen Gefangenen ausgelebt. Sie bekommen Prügel, werden angespuckt usw.. Eine Strafe für Gefangene, die sich im Knast wehren, ist die Verlegung in den Block mit den *Sex offenders*, so daß auch sie von den anderen Gefangenen gemieden und geprügelt werden. *Sex offenders* sind Vergewaltiger, Homosexuelle (z.B. wegen Sex mit 15-jährigen im Knast), Päderasten, Exhibitionisten usw.. In Strangeways waren etliche von ihnen in Untersuchungshaft.
Viele von den *Sex offenders* wurden schwer verletzt, einer starb später im Krankenhaus.
Während der Kampf im Knast tobte und sich viele Gefangene aufs Dach begaben, riegelten die Bullen das ganze Gebiet um das Gefängnis ab. Spezialeinheiten eroberten dann einen Teil des Knastes zurück. Bis zum nächsten Tag gaben bis auf 200 alle Gefangenen auf.
Währenddessen versuchten die Verbliebenen über Transparente und Tafeln, mit Journalisten und den vielen Leuten, die sich auf der Straße sammelten, zu kommunizieren. Sie entrollten ein Transparent gegen die Poll Tax und gaben zu verstehen, daß der Riot in London am 31.3. sie inspiriert hatte. Sie stellten klar, daß die Horrormeldungen in den Medien über angeblich "20 Tote nach Kämpfen unter den Gefangenen" erlogen waren. Sie forderten bessere Haftbedingungen und Straffreiheit für die Revoltierenden.
Zwar gaben nach und nach mehr Gefangene auf, aber einige Gefangene hielten über 3 Wochen aus. Sie hatten sich auf dem Dach verbarrikadiert, die Treppenhäuser zerstört und Fallen gebaut, die jeden Eindringling erschlagen hätten. Lebensmittel hatten sie aus der Küche in Mengen. Die Bullen versuchten durch laute Musik, Sirenen, Hubschrauber und sporadische Angrif-

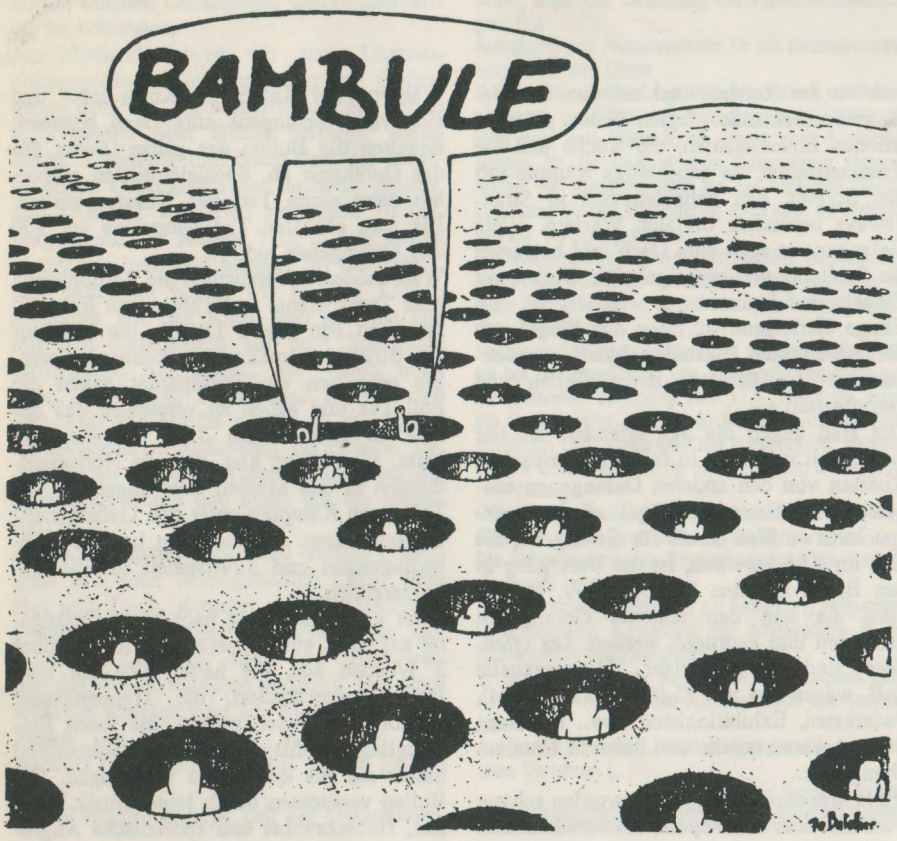
fe, später durch Wasserwerfer, die Gefangenen am Schlaf zu hindern und sie zu zermürben. Lange Zeit vergeblich.

...und anderswo!

Inzwischen griffen die Revolten um sich. in vielen Knästen stiegen die Gefangenen auf die Dächer, demolierten Zellen und andere Einrichtungen.
Unter anderem in Worchester, Dartmoor (Devon), Cardiff (Wales), Brixton (London), Horfield (Bristol), Market Dayton, Armley (Leeds), Hull, Bedford, Lindholme, Wandsworth (London), Winchester und Perth (Schottland), insgesamt in über 20 Knästen gab es zwischen dem 2. und 10. April größere und kleinere Revolten. Darunter in Jugendknästen, Untersuchungsgefängnissen, sogenannten "offenen Anstalten" und "Category A"-Knästen für sogenannte Schwerverbrecher. Männerknäste. Oft waren Gefangene beteiligt, die aus Strangeways nach der dortigen Revolte in andere Knäste verlegt worden waren.

Die Kontinuität der Revolte

Die Welle von Revolten in britischen Knästen ist nichts Neues.
Britannien hat die höchste Gefangenenzahl pro Einwohner in Europa (1988 insgesamt 52.000, fast 100 auf 100.000 Einwohner). Vor allem die Zahl der Gefangenen, die für Eigentumsdelikte im Knast sind (Klauen, Betrug, unbezahlte Rechnungen) ist vergleichsweise sehr hoch.
Viele Gefängnisse sind geradezu mittelalterlich, dreckig, eng, ohne genügend sanitäre Einrichtungen und völlig "überbelegt".
Immer wieder wehren sich Gefangene, auch in den "neuen" Gefängnissen, zerstören einen Knast, machen Dachbesetzungen usw. (siehe Chronik).
Zwar wird gerade wegen der *Prison riots* bei der konservativen Regierungspartei auch über eine Strafvollzugsreform diskutiert, z.B. die Entlassung von Leuten, die wegen Schulden im Knast sind oder für Kleindiebstähle 6 Monate absitzen müssen. Unter anderem wird auch ein System getestet, wo Leute rauskommen und dann über ein elektronisches Armband von einer Bullenzentrale überwacht werden können. Aber die Pläne der Regierung sehen zunächst die Schaffung von weiteren 10.000 Haftplätzen bis 1995 vor. Sie hat auch die Privatisierung von Teilen des Strafvollzuges angekündigt.
Wie auch immer. Solange es Knäste gibt, werden Gefangene sich wehren und die britischen Knackis werden auch weiterhin die wenigen Chancen wahrnehmen, die *Screws* mal mit Dachziegeln zu bewerfen.



Chronik der Revolten 1985-90

1985
April: In Gartree, Leicestershire werden 6 Schließer bei einer Revolte verletzt. In Longriggend beteiligen sich 100 an einer Knastrandale.
Juni: Dachbesetzung durch 3 Gefangene in Strangeways, Manchester.

1986
April: In Gloucester randalieren 20 Knackis und steigen aufs Dach. Am 30.4. Revolte in 18(!) Knästen während eines Streiks der Schließer. Viele Ausbrüche.
Mai: Über 10 Mio. Schaden bei Randale in Northeye. Das Wymott-Gefängnis durch von Gefangenen gelegtes Feuer fast völlig zerstört. Dachbesetzung und Demonstration in Horsfield, Bristol.
Juni: Revolte von über 50 im Jugendgefängnis in Glenochil; Verletzte.
September: Feuer in Perth. 18 besetzen das Dach in Risley.
Oktober: 200 Gefangene randalieren in Wymott. Ein Schließer wird Geisel für 87 Stunden in Saughton, Edinborough.
November: Randale mit Feuer in Peterhead, über 50 Gefangene, 4 Tage.

1987
Januar: 6 Tage Auseinandersetzungen mit vielen Verletzten in Barlinnie, Glasgow.
September: Geiselnahme von Schließern in Shotts, Lanarkshire, und Demolierung des Knastes. Zwei Schließer Geisel in Peterhead, das von der SAS, Sondereinheit der Bullen, gestürmt wird.
Oktober: Randale in Perth, wo Wärter und "Sexualstraftäter" als Geiseln herhalten.

1988
März: Revolte in Bedford.
Juli: 100 Gefangene revoltieren in Lindholme, 6 brechen aus. Über 80 machen Dachbesetzung in Longriggend und zünden mehrere Gebäude an.
August: Auseinandersetzungen und Massenflucht in Haverigg, Cumbria.

1989
Januar: Revolte in Northeye, Sussex.
Februar: Randale in Wandsworth, London, bei einem Streik der Schließer. 200 Bullen übernehmen deren Job.
März: 8-tägige Dachbesetzung von 23 Gefangenen in Frankland, Durham.
April: 50 machen Dachbesetzung in Risley.

1990
Januar: Nach der Absetzung eines Fußballspiels randalieren 90 Gefangene.
April: 1000 Knackis zerstören das Strangeway-Gefängnis in Manchester. Einige besetzen über 3 Wochen lang das Dach. Revolten in über 20 Knästen schließen sich an.

filmkritik

- ghosts of the civil dead -

Der Knastfilm der 80er Jahre läuft endlich in den Kinos. Es geht um den Knast, über Gefangene, über die Schließer, ums Überleben, um Zerstörung. Grundlage ist der offizielle Bericht über die Situation in amerikanischen Hochsicherheitsgefängnissen. Dem gegenübergestellt werden ein Interview mit einem Schließer, der nach etlichen Jahren den Dienst quittiert hat, und ein Interview mit einem Gefangenen (der ist im Gegensatz zum Schließer nicht real), der mit 16 in den Hochsicherheitsknast kam und seitdem, bis zu seiner plötzlichen Entlassung, auf Gewalt und Tötung trainiert wurde.

Der Film erzählt, soweit er auf reale Begebenheiten zurückgreift, aus verschiedenen australischen und amerikanischen Knästen, vor allem aus Marion, USA: Dort reagierte die Anstaltsleitung nach ähnlichen Ereignissen mit einem mehrjährigen "24-Hour-Lockdown" (das wird im Moment anscheinend auch in Fuhlsbüttel durchgezogen).

In kalten, farbpsychologisch abgestimmten Räumen werden nahezu dokumentarisch der Trakt und seine Insassen gezeigt. Erschlägt schon die Atmosphäre mit den glatten, bunten Resopalflächen, hinterläßt die "Gesellschaft" der Gefangenen Leere. Im Trakt finden wir: das Schwein, das mit Drogen dealt und sich ein lockeres Leben sichert, den Intellektuellen, der Marx liest und Eingaben an die Justizverwaltung formuliert, den Transvestiten, der nur durch Verkauf seines Körpers überleben kann, den Zyniker, der geschnallt hat, wie's läuft, Tips gibt und sich einbunkert. Mit keinem kannst Du Dich identifizieren, der Zuschauer wird damit alleingelassen – Tischtennis spielen, Drogen, Pornovideos reinfressen, den Transvestiten vögeln – alle spielen ihr eigenes Spiel... Die Schließer werden zu Partnern im Kampf ums tägliche Überleben und SichEinrichten.

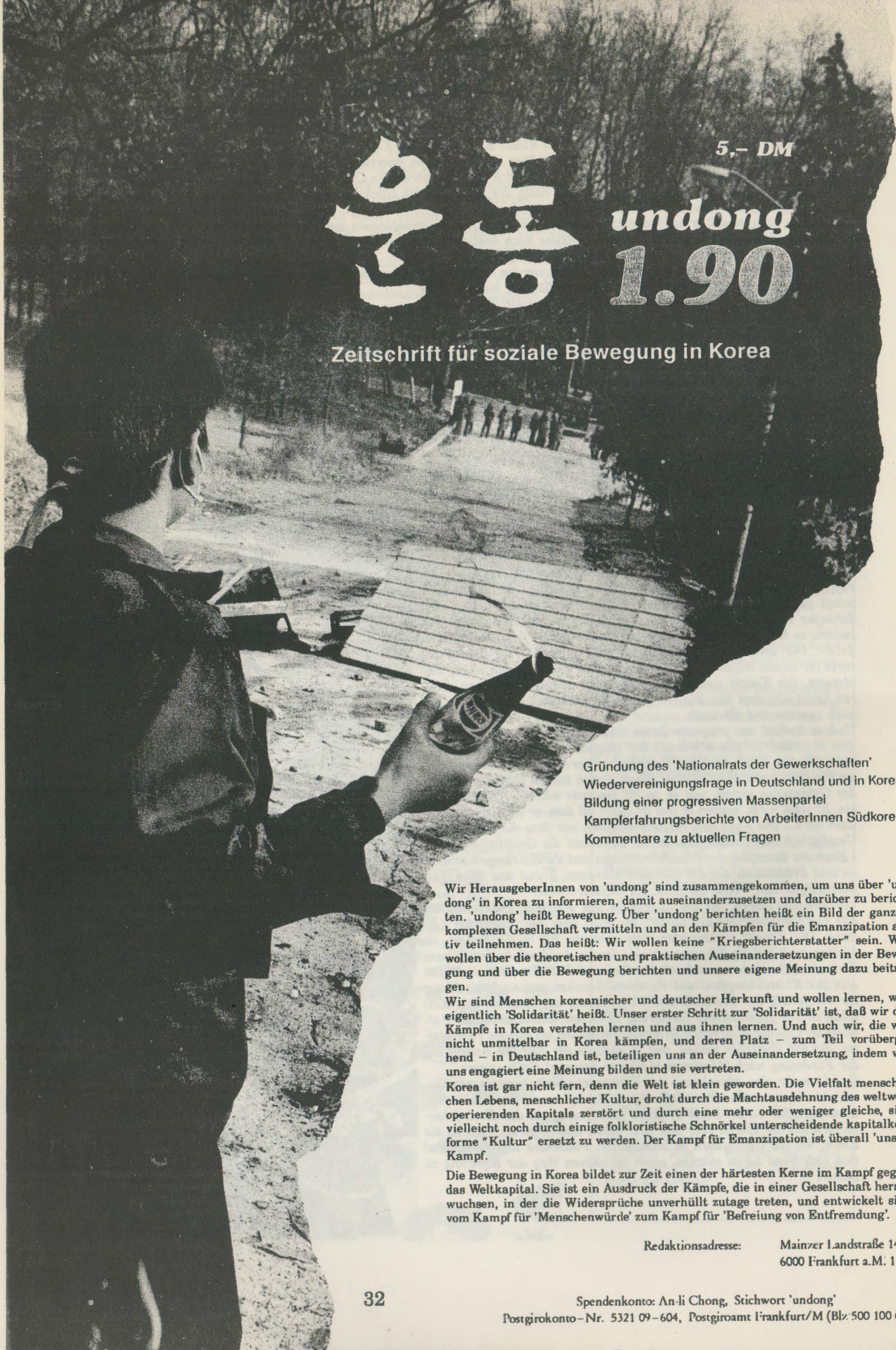
Aber das reicht nicht. Wie draußen, so muß auch der Knast und besonders der Trakt Menschen benutzen, müssen die Beziehungen verwertbar sein. Für die, die Interesse an Knästen haben, seien es die Justizverwaltungen, oder die in den USA und Großbritannien geplanten privaten Knastbetreiber, wird die Gewaltförmigkeit der Beziehungen im Trakt und die Vernichtung jeglicher Subjektivität zum Hebel. Der Drogendeal wird gekappt, der Umschluß wird eingestellt, Sondereinheiten filzen die Zellen, die Zusammensetzung des Traktes wird bewußt verändert, der Psychopath, der dazukommt, zerstört das labile Gefüge der Traktgesellschaft genauso, wie die nicht mehr Integrierbaren draußen. Und alle, Schließer und Gefangene, wissen, daß es besser ist, sich zurück und bedeckt zu halten. Die Gefangenen bleiben schließlich freiwillig in ihren Zellen. Die unterschwellige Brutalität wird offener - der Transvestit stirbt für seinen Willen zu überleben - und die Schließer warten auf den Moment, den Knacki umzubringen, der einen Schließer in einem anderen Knast umgelegt hat. Die, die wissen was kommen wird, können nur noch zusehen und abwarten.

Und es kommt zur programmierten und kontrollierten Revolte. Nach dem Massaker an einem Wärter, der geopfert wurde, stürmen Spezialeinheiten den Trakt, schwarze Uniform, schwarze Helme, schwarzgetöntes Visier /Schnitt/ Wieder einer dieser kalten bunten Gänge und einer der Gefangenen wartet, wie er so oft gewartet hat. Die U-Bahn fährt ein. Er weiß nicht, warum er frei ist, nach all dem, er weiß nur, daß er töten wird... Die Angst, die Angst vor Leuten wie ihm, macht die ganze Gesellschaft zum Knast, genauso wie der Knast die Gesellschaft ist...

- Eben der Knastfilm der 80er Jahre. Angst und Vereinzelung, Korruption und Prostitution als die zentralen Momente. Brutal und ohne Ausweichmöglichkeit - oder du gehst gar nicht erst rein.

Vor zwanzig Jahren, als die Kämpfe in den Fabriken und Stadtteilen alle beschäftigten, war es "Attica", ein Film über den kollektiven Aufstand. Die Kämpfe verlängerten sich nicht nur bis in die Knäste, sie wirkten auch auf die Filmemacher und fanden Ausdruck in den Filmen. Ende der 80er scheint es Intellektuellen und Filmemachern vorbei zu sein mit Klassenkämpfen, und sie sehen Revolten nur noch als Motor zur Steigerung der Brutalität und Verfeinerung des Knastes. Das Kollektiv ist der gegenseitigen Zerstörung gewichen. Der kontrollierte Aufstand als Counter-Insurgency-Strategie funktioniert als Revolte Vereinzelter, die nur überleben wollen, und so schließt der offizielle Bericht mit der Forderung nach "Maximum-Maximum-Security"-Gefängnissen.

Das ist mehr eine Abrechnung der Filmemacher mit ihrer eigenen Geschichte, ihren enttäuschten Hoffnungen, als daß es mit der Realität zusammentreffen würde. Diese brillante Abrechnung mit den Hochsicherheitstrakten der späten 70er und 80er Jahre kommt gerade jetzt in die Kinos, wo die Gefangenen in Manchester, Plötzensee und Fuhlsbüttel sich aufs Neue daran machen, einen kollektiven Weg der Befreiung zu suchen.



운동 undong

5,– DM

1.90

Zeitschrift für soziale Bewegung in Korea

Gründung des 'Nationalrats der Gewerkschaften'
Wiedervereinigungsfrage in Deutschland und in Korea
Bildung einer progressiven Massenpartei
Kampferfahrungsberichte von ArbeiterInnen Südkoreas
Kommentare zu aktuellen Fragen

Wir HerausgeberInnen von 'undong' sind zusammengekommen, um uns über 'undong' in Korea zu informieren, damit auseinanderzusetzen und darüber zu berichten. 'undong' heißt Bewegung. Über 'undong' berichten heißt ein Bild der ganzen komplexen Gesellschaft vermitteln und an den Kämpfen für die Emanzipation aktiv teilnehmen. Das heißt: Wir wollen keine "Kriegsberichterstatter" sein. Wir wollen über die theoretischen und praktischen Auseinandersetzungen in der Bewegung und über die Bewegung berichten und unsere eigene Meinung dazu beitragen.

Wir sind Menschen koreanischer und deutscher Herkunft und wollen lernen, was eigentlich 'Solidarität' heißt. Unser erster Schritt zur 'Solidarität' ist, daß wir die Kämpfe in Korea verstehen lernen und aus ihnen lernen. Und auch wir, die wir nicht unmittelbar in Korea kämpfen, und deren Platz – zum Teil vorübergehend – in Deutschland ist, beteiligen uns an der Auseinandersetzung, indem wir uns engagiert eine Meinung bilden und sie vertreten.

Korea ist gar nicht fern, denn die Welt ist klein geworden. Die Vielfalt menschlichen Lebens, menschlicher Kultur, droht durch die Machtausdehnung des weltweit operierenden Kapitals zerstört und durch eine mehr oder weniger gleiche, sich vielleicht noch durch einige folkloristische Schnörkel unterscheidende kapitalkonforme "Kultur" ersetzt zu werden. Der Kampf für Emanzipation ist überall 'unser' Kampf.

Die Bewegung in Korea bildet zur Zeit einen der härtesten Kerne im Kampf gegen das Weltkapital. Sie ist ein Ausdruck der Kämpfe, die in einer Gesellschaft heranwuchsen, in der die Widersprüche unverhüllt zutage treten, und entwickelt sich vom Kampf für 'Menschenwürde' zum Kampf für 'Befreiung von Entfremdung'.

Redaktionsadresse: Mainzer Landstraße 147
6000 Frankfurt a.M. 1

Spendenkonto: An-li Chong, Stichwort 'undong'
Postgirokonto-Nr. 5321 09-604, Postgiroamt Frankfurt/M (Blz 500 100 60)

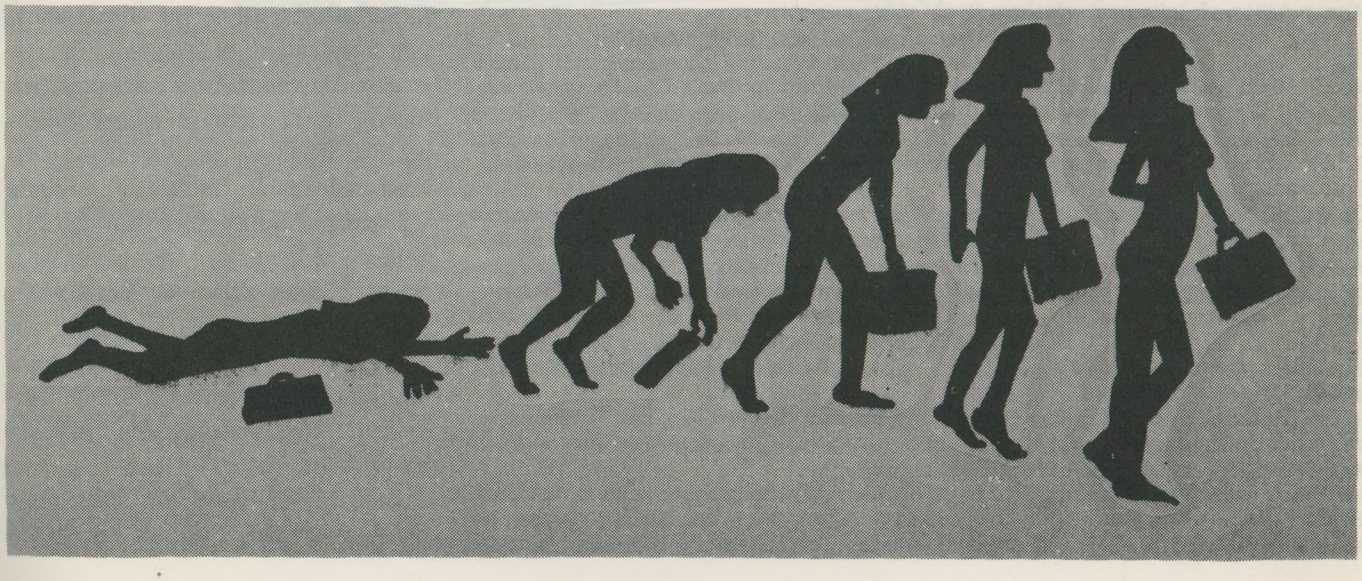
Wir sind nicht die Mutter Theresa von Berlin!!

In Wildcat 50 hatten wir einen längeren Artikel über den KiTa-Streik in West-Berlin Anfang des Jahres. Der Redaktionsschluß der Nummer fiel zeitlich mit dem Datum der Aussetzung des Streiks durch die Tarifkommission zusammen. Wie hat sich die Auseinandersetzung inzwischen weiterentwickelt?

Die Aussetzung des Streiks stieß auf heftigen Protest der ErzieherInnen. Hier konnte sich die GEW in eine bessere Position gegenüber der ÖTV profilieren, da sie die Entscheidung über Aussetzung oder Abbruch gerne einer Urabstimmung überlassen hätte, statt nur ein "Meinungsbild" in den Bezirken zu erstellen. Der Streik hat für die Gewerkschaften die praktisch vollständige Organisierung dieses Sektors gebracht (daß der Streik nur ausgesetzt wurde, verhindert auch, daß jetzt die Unzufriedenen gleich wieder austreten...). In der gemeinsamen Streikleitung sitzen jetzt die Aktionsgruppen aus den Bezirken. Die GEW ließ sie von der Basis neu wählen, die ÖTV nicht.
Die Organisierung der Mitglieder in den Bezirken läuft jetzt über KiTa-AGs, welche die täglichen Versammlungen während des Streiks abgelöst haben, sie laufen nach GEW und ÖTV getrennt. Direkt nach dem Streik waren sie recht gut besucht, das Interesse ist inzwischen abgebröckelt. Die breite Basis war nach 10 Wochen erfolglosem Streik eher apathisch.
Der Senat hat inzwischen ein neues KiTa-Gesetz formuliert, das auf den Protest der ErzieherInnen stößt,weil es keinerlei Richtlinien über Gruppenstärke und Arbeitszeit enthält. Am 11.5.90, dem Tag der Anhörung im Schöneberger Rathaus, fand ein Aktionstag statt, an dem alle KiTas geschlossen bleiben sollten. Die Gewerkschaften hatten die Aktion von oben angesetzt in der Hoffnung, daß die Aktiven schon mobilisieren werden. Es waren berlinweit nur 290 KiTas geschlossen, und längst nicht alle KollegInnen aus diesen Häusern beteiligten sich am Streik, viele machten einfach Urlaub oder arbeiteten in anderen Häusern.

Um weitere selbständige Aktionen (v.a. wilde Streiks) der ErzieherInnen zu verhindern, hat der Senat eine lange Liste von Sanktionen gegen die TeilnehmerInnen des 11-Wochen-Streiks angekündigt. Anteilige Streichung von Weihnachtsgeld, Ortszuschlag, Krankengeld, Beiträge zur Renten- und Arbeitslosen- Versicherung für die voll bestreikten Monate, Androhung der Nichtverlängerung von Zeitverträgen..., all das hindert eine Menge Kollegen, sich an neuen Streiks zu beteiligen. Das immer neue Ansetzen von Streiktagen seitens der Gewerkschaftsführung sehen die "Oppositionellen" als Versuch, die Bewegung kaputtzustreiken, ohne daß das Ziel: tarifvertragliche Festschreibung von Gruppengrößen und Arbeitszeiten, annähernd erreicht wird. Die Unterzeichnung eines Minimal-Tarifvertrags könnte die Bewegung erstmal für Jahre in die Apathie zwingen. Hinzu kommt die Politik der ÖTV, bei der z.Zt. Deutschtümelei und Anschluß der DDR-Gewerkschaften im Vordergrund stehen. Andererseits versucht die ÖTV - wie schon letztes Jahr in den Krankenhäusern - im Erziehungsbereich Boden zu gewinnen. Da in anderen Großstädten ähnliche Bewegungen ins Haus stehen, sollten die Aktiven am Berliner Beispiel lernen und von vornherein stärker auf eigene Strukturen setzen.

Gewerkschaftsoppositionelle Gruppen, die schon während des Streiks in Kreuzberg, Neukölln und Wedding entstanden waren und eigene Aktionen gemacht hatten, riefen noch auf der letzten Vollversammlung zu eigenen Treffen auf. Das erste Treffen war recht gut besucht, doch erwarteten die TeilnehmerInnen von den Gruppen vor allem neue Rezepte. Die Diskussion sollte erstmal die Frage klären, ob sich die Leute als Opposition innerhalb oder außerhalb der Gewerkschaft verstünden oder ob es gar um die Gründung einer neue Gewerkschaft gehe. Gegründet wurden schließlich mehrere AGs, die den Streik aufarbeiten wollen... Aus der Erkenntnis, daß einzelne innerhalb der Gewerkschaft eh nicht viel verändern können, hat die Kreuzberger Gruppe, die mittlerweile Treffpunkt für ErzieherInnen aus allen Bezirken ist, den Beschluß gefaßt, keine Flugblätter mehr mit ÖTV oder GEW-Aufdruck zu machen, eigene Initiativen zu ergreifen und auf Gewerkschafts-Demos als eigener Block aufzutreten.
Info-Telefon: jeden Donnerstag 17-20 Uhr, 030/686 7110.



Dokumentation

"Die Lehren aus 11 Wochen KiTa-Streik" - verteilt von der "Oppositionelle ErzieherInnen-Initiative" am 1. Mai.

Eigentlich war es etwas Unglaubliches, was da von November 1989 bis März 1990 geschah: Während der Senat im nationalen Taumel lag und alle Medien sich dem deutsch/deutschen Thema hingaben, wagten die ErzieherInnen einen Aufstand, der der längste der Berliner Nachkriegsgeschichte werden sollte, aber auch der erfolgloseste! Die Streik-Forderungen waren klar: Wir wolten einen Tarifvertrag, in dem festgelegt werden soll, wieviele ErzieherInnen pro Gruppe benötigt werden und aus wievielen Kindern diese Gruppe bestehen soll. Außerdem sollten die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die Vor- und Nachbereitungszeiten (für Elternabende, Dienstgespräche, Festlegen pädagogischer Ziele usw.) sowie die Umschulung in dem Tarifvertrag geregelt werden.
Warum haben wir trotz wochenlangem Streik nichts erreicht:

1. **Unser Streik hat keinen ökonomischen Druck auf den Senat ausgeübt!**
Die Geschichte der Streikbewegung beweist, daß ein Streik nur dann erfolgreich geführt werden kann, wenn er den "Arbeitgeber" finanziell trifft. Unser Streik bewirkte genau das Gegenteil: Es wurden die Gehälter der Streikenden eingespart, ohne daß der Senat durch den Streik finanzielle Verluste erleiden mußte.

2. **Wir waren nicht imstande, den fehlenden ökonomischen Druck mit politischem Druck auszugleichen!**
Da wir nur politisch hätten Druck machen können, wären viele phantasiereiche, Unruhe erzeugende Aktionen nötig gewesen. Aber immer, wenn es darum ging, den durch die Gewerkschaften vorgegebenen Rahmen zu sprengen, wurde von einigen KollegInnen und den örtlichen Streikleitungen abgeblockt. Basis-Aktionen wie z.B. eine unangemeldete Demonstration in der City am 10.2. nötigte Tarifkommissions-Mitglieder dazu, den erstbesten Streifenwagen zu stoppen und die Demonstration anzumelden. Daß Gedanken über Straßenblockaden oder sogar Besetzungs-Aktionen auf taube Ohren stießen, versteht sich von selbst.

3. **Die Gewerkschaften, insbesondere die Ötv, zeigten sich unwillig, den Forderungen der Basis nah Ausweitung des Streiks auf andere problembeladene Bereiche wie z.B. Krankenhäuser, Altenheime oder BVG auszuweiten!**
Im Januar hatte der Personalrats-Chef der BVG, Mehnert, Jubel ausgelöst, als er auf einer Streikvollversammlung in der TU die Möglichkeit erwähnte, Busse aus Solidarität stehen zu lassen. Es blieb bei derartiger verbaler Unterstützung. Die zwangsläufig folgenden Forderun-

Was wir dazu meinen:

Es ist sicher schwer, die verworrenen Fäden des Streiks voneinander zu lösen. Das Flugblatt versucht das in 6 Thesen, hier einige Gedanken dazu:

1. Mit "erfolgreich" ist hier die Durchsetzung des Tarifvertrags gemeint. Haben die Tausende ErzieherInnen wochenlang ihre Power in den Streik gesteckt nur für einen Tarifvertrag? War in diesem Streik nicht viel mehr sichtbar von Ansprüchen an das Leben? Wurde der gemeinsame Kampf nicht teilweise zum Selbstzweck, zur Lebensform? In dieser Richtung muß er weitergetrieben werden, denn er setzt an einem empfindlichen Punkt an, der das Kapital in seiner Gesamtheit bedroht: die Reproduktion der Klasse. Es ist sicher schwerer als z.B. in der Metallindustrie, punktuellen Druck zu entwikkeln, Forderungen direkt durchzusetzen. Ein Streik von Produktionsarbeitern stellt direkt Profite und indirekt die produktive Arbeit selbst infrage. Ein KiTa-Streik kann die Gesellschaftlichkeit der Arbeit infrage stellen, er kann sofort Verbindungslinien in alle Betriebe ziehen, er bietet die Chance einer allgemeinen Arbeiterdiskussion über die Gesellschaft der Arbeit an sich, und ob mensch sie nicht abschaffen sollte/könnte.
Darin liegt (siehe 2.) auch tatsächlicher politischer Druck. Das Rumgerenne auf den Straßen und vor den Amtssitzen saßen die Herrschenden locker aus. Es führte zur Übermüdung und Resignation, es saugte die Energien der Aktiven auf, die sich praktisch um die Ausweitung in andere Sektoren und inhaltlich um die interne Diskussion kümmern mußten ("... wurde von einigen KollegInnen und den örtlichen Streikleitungen abgeblockt").
Punkt 3 führt dann zur Beschwerde über die Gewerkschaft - anstatt zur Selbstkritik. Warum sollte ausgerechnet die Gewerkschaft den Kampf ausweiten? Das müssen die Arbeiter schon selber tun.
Ebenso im 4. Punkt, wo konsequent der Vorwurf des "Verrats der Streik-

gen der Basis nach Ausweitung des Streiks auf Krankenhäuser, Altenheime, BVG oder Schulen wurde vom Berliner ÖTV-Vorsitzende Kurt Lange anfangs ignoriert, später mit der Begründung abgelehnt, daß wir nicht andere für uns streiken lassen können und wir auch allein stark genug seien, unsere Forderungen durchzusetzen. (...)

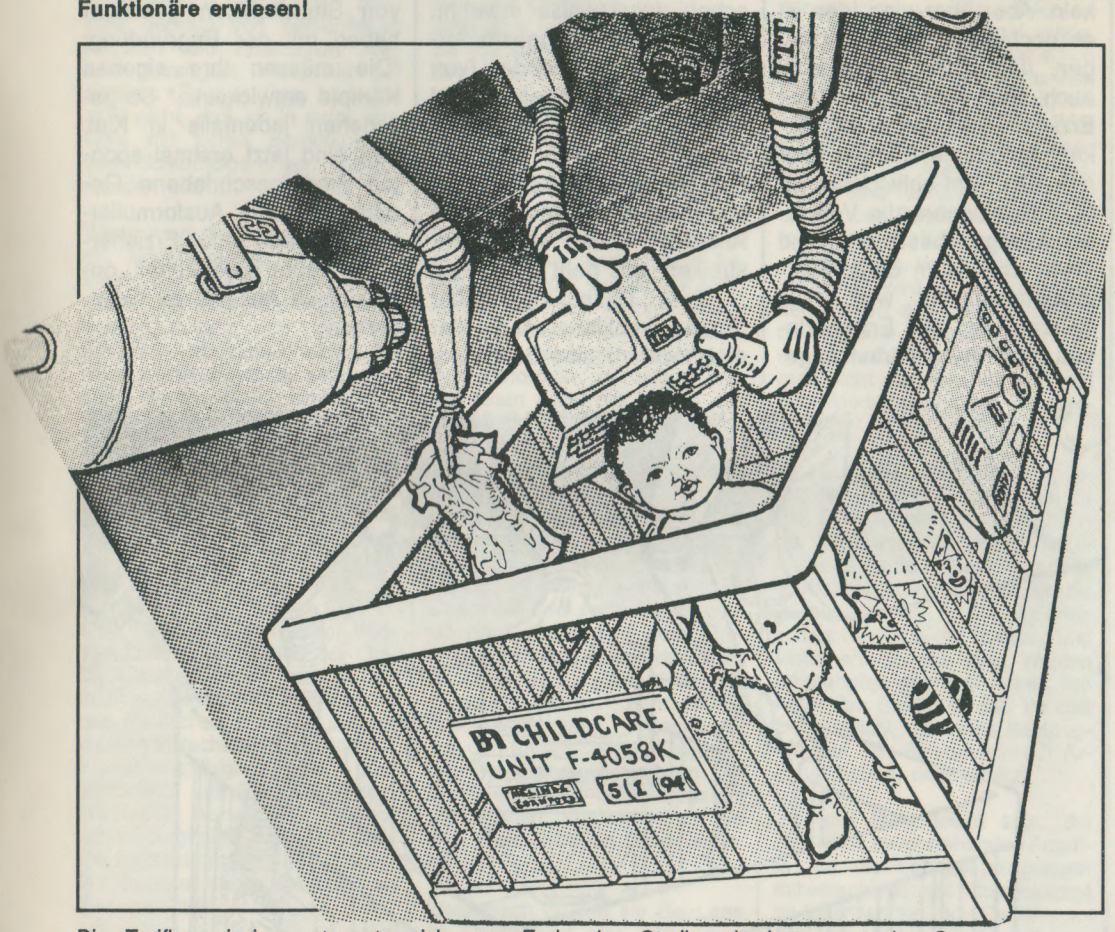
4. **Zur gleichen Zeit bot die Tarifkommission dem Senat immer neue "Kompromißvorschläge" an, was dem Verrat der Streik-Ziele gleichkam!**

Diese "Kompromißvorschläge" sollten - laut Kurt Lange - dem Senat "goldene Brücken" bauen, über die er dann mit ausgestreckten Händen auf die Gewerkschaften zugehen könnte, was der Senat selbstverständlich nicht tat. Warum auch? Er brauchte sich nur weiter zurückzulehnen und auf den nächsten Kompromißvorschlag der Gewerkschaften zu warten, der auch prompt kam. So ging es weiter, bis der Forderungskatalog der streikenden ErzieherInnen von der ÖTV und der GEW so verkleinert wurde, daß sich viele fragten, ob es noch Sinn macht, für so etwas zu streiken.

5. **Die Tarifkommission beendet zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt den Streik!**

Nachdem die Gewerschaftsvorsitzenden Lange (ÖTV) und Laube (GEW) merkten, daß von dem einstigen Tarifvertrags-Entwurf nicht mehr viel übriggeblieben ist und ihnen der Unmut der Streikenden immer stärker entgegenschlug, redeten sie das Streik-Ende herbei und initiierten unverbindliche Abstimmungen in den Bezirken über die Beendigung des Streiks. (...)

6. **Die Tarifkommission hat sich als Marionetten-Theaten der Gewerkschafts-Funktionäre erwiesen!**



Die Tarifkommission entpuppte sich zum Ende des Streiks als Instrument der Gewerkschaftsführung, das sich selbstherrlich und arrogant über die Basis-Forderungen hinwegsetzte. Als sich in der letzten Woche des Streiks die Unruhen der KollegInnen zum Tumult steigerten, wurde u.a. die Abwahl der Tarifkommission verlangt, weil sich die Streikenden von ihr nicht mehr vertreten fühlten. Darauf wurde von den bezirklichen Streikleitungen entgegnet, die Tarifkommission kann nicht abgewählt werden, weil sie gar nicht gewählt wurde. Nur was gewählt wurde, kann auch abgewählt werden. Logisch!

Unglücklicherweise aber wurden die Tarifkommissions-Mitglieder von ihren Gewerschaften ernannt, und nur einige bezirkliche Streikversammlungen haben "ihre" Tarifkommissions-Mitglieder nachträglich bestätigt. Somit blieb den enttäuschten und wütenden ErzieherInnen nichts weiter, als der Tarifkommission auf der letzten Streik-Vollversammlung am 23.3. im ICC mehrheitlich das Mißtrauen auszusprechen und aufzufordern, den Beschluß vom 20.2., den Streik auszusetzen, zurückzunehmen. Auch über diese Basis-Forderung setzte sich die Tarifkommission wie selbstverständlich hinweg.

Darum unsere Forderungen:

1. Die Tarifkommissions-Mitglieder sind auszustatten mit einem imperativen Mandat und haben sich somit an die **Mehrheitsbeschlüsse** der Basis zu halten!
2. Das Aussetzen oder Beenden eines Arbeitskampfes ist **ausschließlich mittels einer Urabstimmung möglich.!**

Wir lassen uns nicht länger verarschen!!!!!!!!!!!!!!

Ziele" kommen muß! Die "Basis" hat ihren Teil dazu beigetragen, diese Fixierung auf einen Tarifvertrag zu ermöglichen, der doch die Position der Gewerkschaft als Vertreterin festigen würde. Die Stärke des Streiks lag in der Selbstorganisation. Und die konkreten Probleme der ErzieherInnen, wegen denen sie streikten, lassen sich nicht durch einen Tarifvertrag lösen, sondern durch konkrete Veränderungen. Das wurde nicht erreicht. Die Gewerkschaften aber haben ihr Ziel erreicht: Organisierung des Sektors, unbestrittene Vertreterposition (der Tarifvertrag wird vermutlich unspektakulär folgen, nach Abflauen des Sturms).

5. Folgerichtig wurde der Streik ausgesetzt. Aber er wurde mit Zustimmung eines großen Teils der Basis ausgesetzt, der es wohl zu stressig geworden war, dauernd rumzurennen und sich dafür dann noch rechtfertigen zu müssen. Ein anderer Teil radikalisierte sich, auch hier war die Aussetzung des Streiks konsequent im Gewerkschaftsinteresse. Wieso also ungünstiger Zeitpunkt?

6. Marionetten-Kommission! Was denn sonst? Und jetzt soll also die Gewerkschaft demokratisiert werden, mithilfe von Instrumenten, deren Handhabung wieder die Gewerkschaften beherrschen und nicht die Basis. Wie wenn es nicht möglich wäre, Abstimmungen zu manipulieren, notfalls zu fälschen. Wir lassen uns nicht länger verarschen - wir tun es gleich selber?

Während des Kampfs haben viele Streikende sehr viel gelernt. Sich organisieren, diskutieren, technische Fähigkeiten, vor vielen Menschen reden, ... Diese Fähigkeiten werden von den Gewerkschaften aufgesaugt, wenn sie sich nicht selbst organisieren. Auf der Basis der eigenen Wünsche und Probleme, nicht, um sich an den Gewerkschaften abzuarbeiten.

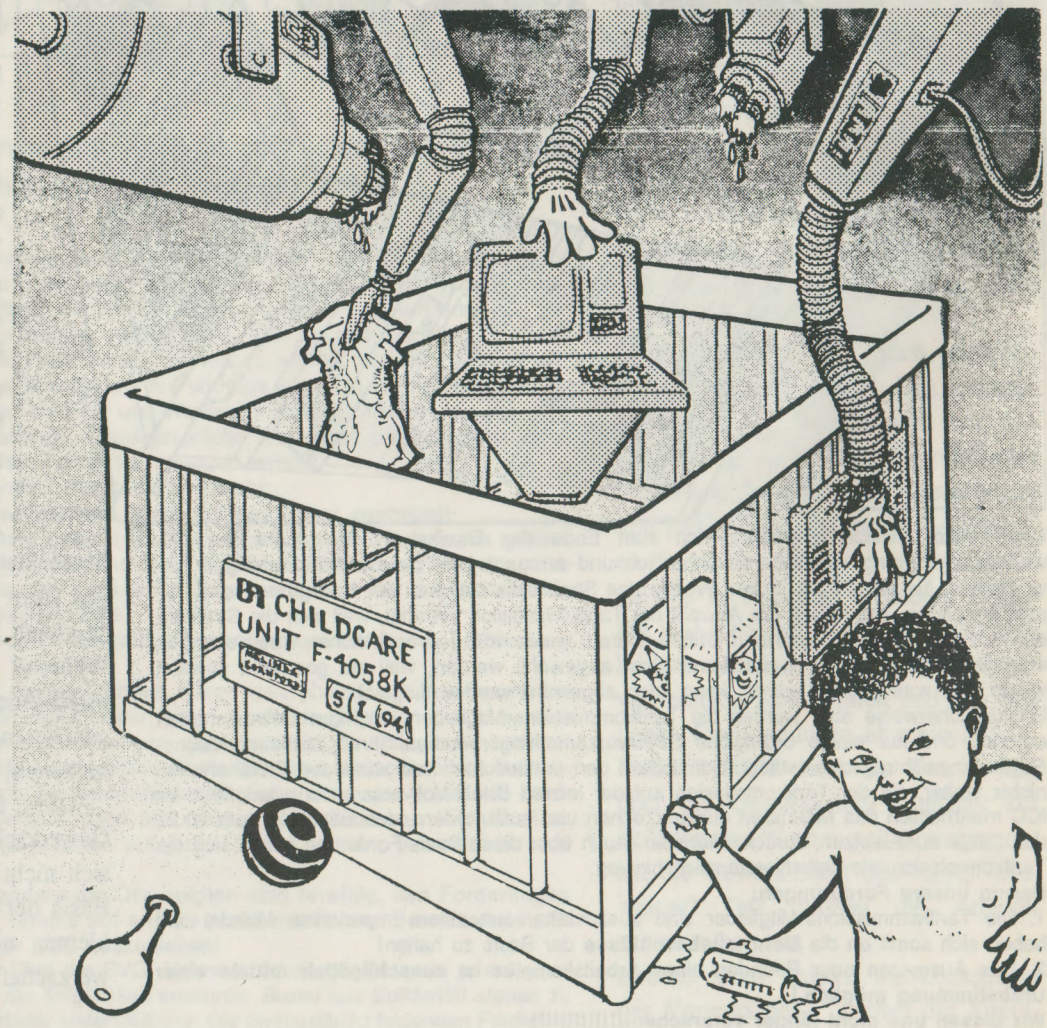
Liebe Leute von der Wildcat!

"Und überhaupt, schreibt uns ..." habt ihr in der Wildcat 50 aufgefordert. Da hab' ich mich doch gleich rangesetzt, um erste Gedanken, Fragen zu äußern...

Als gelernte, aber schon seit Jahren nicht mehr als Erzieherin Arbeitende, habe ich Euren Artikel zum Kita-Streik in Westberlin mit großem Interesse gelesen. Das war das erste Mal, daß ich Näheres über die Streiksituation habe lesen können, hier in Hamburg kam ja wenig davon rüber.

Richtig finde ich, die Streiksituation genauso darzustellen wie sie abgelaufen ist, mit allen Widersprüchen. Das habt ihr getan, aber die Schlüsse, die ihr draus gezogen habt, kann ich nicht nachvollziehen. Die Hauptforderungen dienten "dem Wohl des Kindes" (was das auch immer heißen mag...), in Westberlin: mehr ErzieherInnen für die Kindergruppen. Ähnlich verhielt es sich in Hamburg: groß aufgeführt die Forderung nach "besserer pädagogischer Betreuung durch qualifizierte Fachkräfte" (Demotransparent in Hamburg am 30. März). Daß offensichtlich auch noch beteuert wurde zu streiken, um "die Arbeit besser zu machen" wie ihr schreibt, untermauert meine Erfahrung in Auseinandersetzungen mit ErzieherInnen über Arbeitsbedingungen, eigenes und aufgedrücktes Berufsbild, Funktion von Pädagogen überhaupt... Wie ich eurem Artikel entnommen habe, haben ÖTV und GEW sich durch diesen Streik wieder was auf die Seite schlagen wollen (und können, durch mangelnde Autonomie von ErzieherInnen in Arbeitskämpfen). Auch hier in Hamburg hatte die ÖTV die Streiks und Demoleitung voll in der Hand. Es wurde ihr bereitwillig überlassen. Ihr benennt diese Widersprüche und behauptet dennoch, daß dieser Streik "für die Entwicklung autonomer ArbeiterInnenkämpfe wichtige Impulse gibt".

Autonom an dem Streik ist die Idee, den Streik auszuweiten in andere/ alle Bereiche, die Eltern der Kinder nicht lediglich als Eltern, sondern ebenso als LohnarbeiterInnen mit unterschiedlichen Bedingungen zu begreifen und darüber eine gemeinsame Kraft zu entwikkeln. Aber über eine Idee ist es doch kaum hinausgegangen, und diese wurde wohl auch eher weniger von den ErzieherInnen selbst entwikkelt. Autonome Kämpfe können sich nicht entwickeln, wo ÖTV-Funktionäre die Vollversammlungen bestimmen und ihnen der Raum dafür überlassen/gelassen wird. Die Tendenz ist, daß ErzieherInnen nicht mehr darauf angewiesen sind, sich in den städtischen Kitas mit den miesesten Arbeitsbedingungen anbieten zu müssen. Elterninitiativen, private Heime u.a. bieten individuelle Nischen, hier ist der Personalschlüssel erheblich höher, der Charakter der Institution, der Massenaufbewahrung, Massenabfertigung von Kindern wird in diesen privaten Einrichtungen verwischt... aber das habt ihr ja auch schon ansatzweise erwähnt. Neulich in einer Tagesförderstätte für Behinderte (von einem Verein) erhielt ich auf die Frage, was denn die ErzieherInnen dieser Einrichtung zu den Streiks in Hamburg und Berlin meinen, die Antwort: "Wieso sollten wir streiken, uns geht's doch gut ... gute Bezahlung, hoher Personalschlüssel...". Hier eine zwei zu eins Betreuung (einschließlich Zivildienstleistende versteht sich) - in den Alsterdorfer Anstalten verwahren eine Erzieherin und Helferin zwölf Behinderte. Wo waren im Streik die Erzieherhelferinnen, die Kinderpflegerinnen, die Putzfrauen?! Sieht es denn so aus, daß sich auch die ErzieherInnen auf ihre "Qualifikation" berufen, ähnlich den KrankenhausarbeiterInnen, die beispielsweise auch isoliert von Stationshilfen gekämpft haben mit der Begründung: "Die müssen ihre eigenen Kämpfe entwickeln..." So geschehen jedenfalls in Kiel. Das sind jetzt erstmal spontan niedergeschriebene Gedanken, nichts Ausformuliertes. Ich finde unter ErzieherInnen kaum Gelegenheit, genau diese Ansätze zu diskutieren.



Brief aus Amsterdam (zu deutsch/deutsch ...und den Aufgaben der Revolutionäre)

**Liebe Freunde
und FreundInnen,**

in MAXIMUM ROCKNROLL 84 (Mai 1990) fand ich einen Aufsatz, den offenbar einer aus der Wildcat-Gruppe geschrieben hatte. Es ging sich um die kommende deutsche Wiedervereinigung, und um die Aussichten, die sie für die Arbeiterklasse bietet. ... Ich halte es für wichtig, daß ihr versucht habt, die Ereignisse aus der Sicht der Arbeiterklasse zu betrachten und zu analysieren. Die meisten Kommentare, sowohl in den bürgerlichen als in den "alternativen" Medien, verrennen sich in den Nationalismus, oder sind allzu sehr geprägt von persönlichen Ängsten und Phantasien oder vom verengten Blickpunkt der eigenen Szene. Das bedeutet aber nicht, daß ich in jeder Hinsicht mit euren Bemerkungen und Schlußfolgerungen einverstanden bin. ...

Wenn man die Perspektiven für die Arbeiterkämpfe in der Zukunft klar machen will, sollte zuerst der Rahmen bezeichnet werden, in dem sich bisher die Ereignisse abgespielt haben, damit man die Umstände verstehen kann, die die kommenden Kämpfe prägen werden. Dabei ist es vor allem wichtig zu sehen, daß der Stalinismus (in der Tat eine Form des Staatskapitalismus, wie ihr ihn schon bezeichnet habt) unter dem Druck der Wirtschaftskrise zusammengebrochen ist und nicht unter dem Druck der Klassenkämpfe.
Die extrem verstaatlichte Wirtschaft der UdSSR und der Ostblockstaaten findet ihren Grund in dem permanenten Rückstand des russischen Kapitals und der daher schwachen wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Im Gegensatz zum US-Kapital konnte die sowjetische Bourgeoisie ihren Griff über die im zweiten Weltkrieg eroberten Gebiete nur mit militärischen Zwangsmitteln sichern.

Jetzt sind die Folgen der Krise, wie die dramatisch verschärfte internationale Konkurrenz, der Fall der Rohstoffpreise oder die immer mehr vernachlässigte Infrastruktur, so stark spürbar geworden, daß für die Wirtschaft der Sowjetunion die militärische Produktion eine zu schwere Belastung geworden ist. Die Wirtschaft funktioniert fast gar nicht mehr, und die Sozialstruktur ist zerrüttet. Der Griff auf die Nachbarstaaten muß daher gelockert werden. (Was mit frommen Reden über Perestrojka und nationaler Selbstbestimmung präsentiert wird, entspricht in Wirklichkeit einer Situation, in der das Lenkrad der Bourgeoisie schon längst entschlüpft ist; sie reagiert nur noch auf den Gang der Ereignisse, und nicht umgekehrt). Der Sturz der stalinistischen KPs ist die unvermeidbare Folge.

Daß nicht die Arbeiter, sondern die schwache wirtschaftliche Lage und deren Folgen das Ende des stalinistischen Systems bedeutet haben, hat für die herrschende Klasse im Westen den großen Vorteil, daß sie jetzt den Kollaps des Stalinismus dem Scheitern des Kommunismus gleichsetzen kann. Hätte die Arbeiterklasse die stalinistischen Regimes gestürzt, so wäre es schwierig zu behaupten, die Ostblockstaaten hätten einen proletarischen Charakter gehabt.
Jetzt aber benutzt die Bourgeoisie die Lage, um den Arbeitern ihre eigene Klassenperspektive im Kampf gegen die Folgen der Krise zu nehmen - die proletarische Revolution und den Kommunismus. Einerseits macht sie das, indem sie die Meinung verkündet, daß Klassenkampf und Revolution immer in Terror und Armut enden, andererseits behauptet sie, der westliche Kapitalismus sei das einzige erfolgreiche System, die Arbeiter täten gut daran, sich mit einigen kleinen Reformen zu begnügen... Vor allem sollte die Klasse den kollektiven Kampf vergessen, und sich verlieren in korporatistischen, lokalen oder sogar individuellen "Lösungen".
So hat der Stalinismus auf dem Sterbebett den Kapitalisten im Westen einen letzten Dienst geleistet: sein staatskapitalistischer Charakter und seine konterrevolutionäre Rolle sind vom Proletariat nicht endgültig durcheinandergeworfen, sondern werden in der mystifizierten Form seines Arbeitercharakters, gegründet von den Kampforganen (Sowjets) der Revolution selber, von der Bourgeoisie auf dem Grabstein geschrieben. Warum sollten sie dem toten Kollegen Böses nachsagen?

Ideologisch nutzen sie die Lage im Osten wird also völlig aus, aber dies bedeutet keineswegs, daß sich die Kapitalisten im Westen, die BRD einbegriffen, so richtig über die bevorstehende Wirtschafts- und Währungsunion Deutschlands freuen. Die zurückgebliebene, ruinierte DDR-Wirtschaft bedeutet für die BRD ein riesiger Trümmerhaufen, den sie jetzt zu verwalten bekommt. Ein Klotz am Bein für die ganze EG, die ihre Gelder dringend im Konkurrenzkampf mit Japan und den USA braucht. Die Kosten für die Instandsetzung der Infrastruktur, für die Arbeitslosengelder und die Sanierung der Bodenverseuchung werden hunderte von Milliarden betragen. Eine Zinserhöhung, um diese Summen auf dem Kapitalmarkt zu erwerben, wird wohl nicht zu vermeiden sein. Dies wird die Gefahr einer Rezession in ganz Westeuropa herbeiführen.
Aber die Bourgeoisie hat keine andere Wahl. Die Alternative wäre der sofortige und völlige Zusammenbruch der jetzt schon angeschlagenen DDR-Wirtschaft und der Anstieg der Arbeitslosigkeit in der BRD durch die massenhafte Übersiedlung von Millionen Menschen...

Für die Arbeiter sieht's auch nicht so lustig aus. Die im Westen werden zahlen müssen mit "Solidaritätssteuern" o.ä. Denn zum Null-Tarif wird es die Wiedervereinigung nicht geben, so warnen Kohl und Waigel schon. Die im Osten werden jetzt schon konfrontiert mit einem raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit, die mit dem Abbau der DDR-Wirtschaft noch stärker anwachsen wird. Nur die Anlagen, die geeignet sind für Billiglohnindustrien, für den Tourismus oder den marginalen Kleinbetrieb wird man stehenlassen, der größte Teil der Wirtschaft wird in den kommenden Jahren demontiert. Das bedeutet eine dauerhafte Verarmung der DDR-Bevölkerung. Gerade nicht das, was sie sich von der Wiedervereinigung versprochen hat.

Ihr habt recht, wenn ihr behauptet, der materielle Aspekt sei für die DDR-Arbeiter die Hauptsorge. Aber es sind gerade die Illusionen im Bezug auf materielle Verbesserungen, die sie für die nationalistischen und demokratischen Gesänge der Politiker und Unternehmer aus dem Westen empfänglich gemacht haben. Ich habe den Eindruck, daß ihr das Übergewicht, das diese Kampagnen auf das Bewußtsein der Arbeiter haben, unterschätzt.

Es wird nicht leicht sein, die zweifellos bevorstehenden Angriffe auf die Lebensbedingungen mit entschiedenem Klassenkampf zu beantworten. Im Osten werden die demokratischen Illusionen in der nahen Zeit noch viel zu stark sein, und im Westen haben die Gewerkschaften infolge des Schreckensbildes des zerfallenen "Kommunismus" die Tendenzen in Richtung selbständiger Klassenkämpfe zurückdrängen können und jedenfalls vorläufig ihre Kontrolle gestärkt. ...
Es reicht in der heutigen Periode nicht mehr aus, daß die Arbeiter nur einen Verteidigungskampf leisten gegen die Maßnahmen, die auf sie zukommen. Die bevorstehende Beschleunigung der Krise, besonders auch im Westen, wird eine massenhafte, vereinte Antwort der Arbeiter notwendig machen ... Gelingt dies nicht, so wird die Arbeiterklasse auf die Dauer immer mehr in die nationalistischen oder regionalistischen Kriegsmaschinerien hineingerissen, eine Situation, die jetzt schon existiert in Rumänien, Jugoslawien und Teilen der Sowjetunion, und in der kommenden Zeit immer näher an die Grenzen Westeuropas rücken wird. - Es sei denn, daß vor allem die Konzentrationen der Arbeiterklasse, die sich hier befinden und die in der Vergangenheit die meisten Erfahrungen mit den parlamentarischen und gewerkschaftlichen Manövern gemacht haben, rechtzeitig den Weg zur kollektiven Verteidigung ihrer Klasseninteressen finden, womit sie zugleich ein Zeichen für die heute noch in den demokratischen Illusionen verstrickten Kollegen in den Oststaaten setzen.

Im Bezug auf diesen Prozeß ist die Rolle der linken Parteien und Gruppierungen genauso gefährlich wie die von Helmut Kohl und seiner Clique. Indem sie die Meinung verbreiten, in der DDR gäbe es noch einige "sozialistische Errungenschaften" zu verteidigen gegen diejenigen, die den Ausverkauf der DDR vorhätten, stärken sie den Mythos des Arbeitercharakters des Ostens. Als ob's da noch was zu verteidigen gibt an zerfallenen Mietshäusern, lebensgefährlichen Arbeitsumständen und leeren Läden! Viele sogenannte revolutionäre Linke oder Anarchisten vertreten die Auffassung, es gäbe noch so etwas wie eine eigenständige Sozialstruktur unter den Leuten drüben. Solches Gerede schafft nur einen künstlichen Unterschied zwischen den Gesellschaften in Ost und West. In Wirklichkeit ist die Auflösung der Sozialstrukturen ein weltweites Phänomen ...

Euer Aufsatz hat schon klargemacht, daß eine weitere Taktik der Linken in der Mobilisierung der Bevölkerung hinter den Antifaschismus besteht. Schon in den 30er Jahren haben Sozialdemokraten und Stalinisten diese Politik benutzt, um die Arbeiter von den Klasseninteressen abzulenken und die Leute für die "Demokratie" zu mobilisieren, das heißt für die Interessen des kapitalistischen Staates. - Man bekämpft den Faschismus nicht durch die Verteidigung der "demokratischen Rechte". Gerade die demokratische Bourgeoisie der Nachkriegszeit hat ihre Krisenmaßnahmen auf die Arbeiter losgelassen, und sie wird sie noch intensivieren, wenn die Klasse zersplittert und verwirrt hinter den Parolen der Linken Parteien aufmarschiert. In so einer Lage des geschwächten Klassenkampfes sind die Chancen der faschistischen Gruppierungen besser!

Diese Einsicht ermöglicht es auch, die Rolle der autonomen Szene und der sogenannten revolutionären Linken näher anzudeuten. Insoweit die Szene als politische Organisation tätig ist, spielt sie keine andere Rolle als z.B. die stalinistischen Kampfgruppen in den 30er Jahren. Sie verrichtet die schmutzige Arbeit im Kiez und auf Demos, wo die linken Ideologen sich lieber nicht die Finger verbrennen wollen, in der Mobilisierung hinter die antifaschistischen und nationalistischen Parolen, sei es für die PLO, die sandinistische Bourgeoisie oder gegen den Einzug der Republikaner in den Berliner Senat.
Daß die Szene sich im bürgerlichen politischen Lager engagiert, ist auch der Hauptgrund dafür, daß die Straßenkämpfe zusammen mit den meist arbeitslosen ausländischen Jugendlichen gegen die Polizei, wie sie sich gelegentlich in Kreuzberg abgespielt haben, bisher noch nie Ansatzpunkt für die Entwicklung selbständiger Kämpfe und Strukturen waren. Zwar existiert eine militante Kampfbereitschaft in den proletarischen Vierteln, aber die Autonomen sind weder in der Lage, am selbständigen Arbeiterkampf anzuknüpfen, noch ihn überhaupt wahrzunehmen. Ihre bürgerlichen Ansichten haben dazu geführt, daß sie den Klassenkampf nur im bolschewistischen Sinn der Führung der bewaffneten Avantgarde sehen. Wundert sich irgend einer noch, daß sie keinen Kontakt zu den Arbeitern haben? ...

Viele Grüße

Am 26.3.90 war im Hamburger Abendblatt ein Artikel über die geplante "Kooperation" der beiden Maschinenbaubetriebe Pößnecker Spannwerkzeuge (PSW) aus Thüringen und der Ixion Maschinenfabrik Otto Häfner GmbH & Co, Hamburg-Wandsbek: Der Hamburger Werkzeugmaschinenbetrieb mit 150 Beschäftigten plant in Pößneck die Übernahme der PSW (Schraubstock, Spannwerkzeug und Bohrmaschinen) als Joint-Venture, an dem beide Firmen mit je 50% beteiligt sein sollen. Von den bisher 140 Beschäftigten der PSW sollen nur 100 übernommen werden. Geplant ist außerdem die Auslagerung der Fertigung von Gewindeschneid- und Bohrmaschinen von Hamburg nach Pößnitz. Dazu erreichte uns folgende Zuschrift:

AUSREICHEND LOHN STATT OPFER FÜR GROSSDEUTSCHLAND

Als am 23.3. die ArbeiterInnen eines mittelständischen Hamburger Maschinenbaubetriebs den Ort ihrer Ausbeutung aufsuchten, konnten sie an einer Hauswand außerhalb des Werksgeländes die gesprühte Parole "AUSREICHEND LOHN STATT OPFER FÜR GROSSDEUTSCHLAND" lesen. Die MalerInnen verstanden ihren Text als Protest gegen den Anschluß der DDR an die BRD ... Sie wollten zeigen, daß sie nicht bereit sind, aus Solidarität mit dieser Großdeutschlandpolitik auf ausreichenden Lohn zu verzichten. Gerade angesichts massiv gestiegener Mieten, Zinsen usw. Auch nicht in der laufenden Tarifrunde in der Metallindustrie.
... Hinter {dem Kauf des Betriebes in der DDR} steckt ein Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeiterInnen beider Betriebe. Ob die 30% Lohnerhöhung für die DDR-KollegInnen real werden bei der geplanten Währungsunion, steht sowieso in Frage. Auf jeden Fall werden nur 2/3 der Belegschaft in die neu geplante GmbH übernommen. Der Rest erlebt gleich die neue Freiheit, arbeitslos zu sein. (Wobei bei Einführung kapitalistischer Ausbeutungsmethoden in der DDR diese vielleicht sogar die Glücklicheren sein werden.) In den neuen Betrieb soll ein Teil der Hamburger Produktion ausgelagert werden. Was mit den davon betroffenen KollegInnen in Hamburg passiert, darüber darf spekuliert werden. Um die KollegInnen der beiden Betriebe auf den Aufkauf vorzubereiten, werden die Betriebsräte von den Bossen eingeplant. Sie organisierten am 23.3. eine vorgezogene "Vereinigungsparty". Diese wurde durch die Parole gestört.
Während die Parole unter den KollegInnen auf Sympathie stieß, reagierte die Geschäftsleitung sauer. Es wurde versucht, sie zu verhängen und abzuwaschen. Zum Schluß wurde eine Spezialfirma mit der Reinigung beauftragt. Der gelang dies dann leider auch. Zu dieser Zeit wurden die DDR-ArbeiterInnen erstmal durch die Stadt gekarrt (Stadtbesichtigung!), um dann in einen "sauberen, adretten" Betrieb mit "glücklichen" West-Arbeitern zu kommen. Von diesen beteiligten sich aber 1/3 gar nicht an der Party. Sie zogen es lieber vor, pünktlich Feierabend zu machen.

Viele, die der Ausbeutung unterworfen sind, merken, daß der Anschluß der DDR verbunden ist mit Angriffen auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen. ... Daß die Grenzen immer noch zwischen Oben und Unten verlaufen, sollte mit dieser Aktion verdeutlicht werden. Sie soll von KollegInnen, die ähnlich denken, verstanden werden als Anregung, daß auch mit kleinen Mitteln die Politik von Kapital und Staat zu stören ist.

Zuschrift aus dem Inneren der Verteilmaschine

SZENEN EINES WARNSTREIKS

Die Postler streiken. So wie in Italien auch mal in der Bundesrepublik? Mit Basisgruppen und so?
Oder gar: der Staat droht mit Militäreinsatz, weil die Rechenzentren von Mercedes-Benz nicht mit der Datapost beliefert und keine normierten Geschäftsbriefe mehr verarbeitet werden?

Weit gefehlt!

Beispiel Frankfurt: Warnstreik am Mittwoch, den 2.Mai um 16 Uhr:
Gewerkschaftsfunktionäre blockieren die drei Einfahrten. Als die Post-LKWs sich stauen, sperrt die Polizei die Straße ab. Die meisten KollegInnen von der Post wissen nichts von dem Warnstreik. Die Gewerkschaft nutzt den Warnstreik, um neue Mitglieder zu werben. Ob sie mit ihren arroganten Funktionären das schaffen? Mit dem Versprechen, die ausgefallenen Arbeitsstunden von der Gewerkschaft bezahlt zu bekommen, lassen sich einige zum Eintritt bewegen.

Was fordert die Gewerkschaft?
Mehr Pausen, da mit der Arbeitszeitverkürzung die Arbeit mehr wurde. Teilzeitkräfte mit befristeten Verträgen werden eingestellt. Sie verdienen allerdings nachts nur 1500 Brutto für 20 Stunden. Und die meisten arbeiten hier ab 16 Uhr bis in die Nacht.

Insofern schien 16 Uhr für einen Warnstreik die richtige Uhrzeit zu sein. Einige PostarbeiterInnen stellten sich mit zur Streikpostenkette. Aber viele standen da nicht. Und sie wissen auch nicht, wann und ob noch einmal gestreikt wird.

Am nächsten Tag fing das Nacharbeiten an. 80% Ausfall. Keine Pakete, keine Briefe. Bis Samstag wurde das Liegengebliebene aufgearbeitet. Die TeilzeitarbeiterInnen arbeiten 2-3mal die Woche. So wußten viele, die am Tag des Streiks nicht da waren, gar nichts davon. Sie sahen nur die Berge von Sendungen.

"Wenn ich das gewußt hätte, wäre ich zu Hause geblieben."

TheKla 13 erschienen!

Klassenkämpfe im Sozialismus

Autonome Arbeiterkämpfe gegen sozialistische Verwertung
Gewerkschaften gegen autonome Klassenkämpfe.
Polen 1988/89
China Massaker für die Reformen
Der lange Marsch des Kapitals in China
Finis Terrae
Kritik der Koordinationen
Die Generation der Krankenschwestern
England
TheKla 13: 152 Seiten, 7 Mark

In diesem Thekla haben wir wieder eigene Texte veröffentlicht, die Themen der letzten Nummern der WILDCAT aufgreifen.
In der WILDCAT 49 haben wir mit dem Editorial, den Thesen zum Sozialismus und dem Artikel zur DDR die Diskussion über den Zusammenbruch des Sozialismus begonnen. In diesem TheKla stellen wir ausführliches Material und einige Thesen zur Verfügung, die den alten Sozialismus- Konzepten die Aktualität der internationalen Klassenkämpfe entgegenstellen.
Anhand von zwei verschiedenen Realitäten -**Polen** und **China**- wollen wir zeigen, daß die sozialistischen Modelle nur andere Formen der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft beinhalten und daher die Klasse in den sozialistischen Ländern genauso wie im Westen in verschiedenen Kampfzyklen versucht hat, das "sozialistische Kommando" anzugreifen und mit der Ausbeutung Schluß zu machen.
Dabei scheint die Klasse im Osten zunächst nur die alten Regime abgeschüttelt zu haben, um nun unter das Kommando der "freien Marktwirtschaft" zu geraten.

Während hier in Westeuropa das Kapital boomt, breiteten sich in den letzten Jahren immer mehr Kämpfe im Dienstleistungssektor aus: von den französischen Eisenbahnern zu den italienischen Lehrern, den Krankenschwestern in **Frankreich, England**, BRD und Spanien, den U-Bahn-Fahrern Londons und Paris, den PostarbeiterInnen von Barcelona bis Hamburg. Viele dieser Kämpfe fanden zudem unabhängig von den Gewerkschaften statt.

'Finis Terrae' ist ein Versuch eines italienischen Genossen, eine umfassende Einschätzung dieser Kämpfe zu liefern.
Doch auch die Grenzen dieser autonomen Organisationsversuche müssen wir ganz klar benennen. In 'Kritik der Koordinationen' haben sich dies französische Erwerbslose vorgenommen.
Im England Artikel bringen wir einen breiten Überblick über die Klassenkämpfe auf der Insel in den letzten beiden Jahren.
Dazu kommt noch ein Überblick über die wichtigsten internationalen Zeitschriften.

Sommertage am Strand ...

Wir haben übriggebliebene WILDCATs der zweiten Hälfte der "kleinen Serie" (43-49) gesammelt und in einen Schuber gesteckt. Von heute aus betrachtet waren das die Nummern, in denen sich neue Kämpfe niederschlugen (die Eisenbahner in Frankreich, die LehrerInnen in Italien, Rheinhausen, Türkei, USA, die Krankenhaus-Arbeiterinnen in Frankreich und der BRD, die Ford-Arbeiter in GB, schließlich die Metall- und Autoarbeiter in Frankreich ...) - ohne daß uns das immer so klar wurde. Und eben ohne genügend Klarheit an diesem Punkt haben wir andererseits versucht, gemeinsam und mit neuen Leuten unsere Erfahrungen in den 80er Jahren (Jobber-Inis, Sklavenhändler, Großbetrieb) so aufzuarbeiten, daß neue Vorstöße möglich wurden und werden (ArbeiterInnen-Netz, Versammlungen).
Wenn man diese Hefte heute liest, wundert man sich an manchen Stellen, wie vieles sich wie gründlich in dieser kurzen Zeit geändert hat. Zum Großteil sind aber die in diesen sieben Heften zusammengetragenen Materialien auch heute noch brauchbar, um die Koordinaten der weltweiten Kämpfe klarzuhaben (Südkorea, Brasilien, Türkei, Frankreich ...).
Ihr könnt den Schuber mit sieben Heften für 10 Mark (plus 2 Mark Porto) bei uns bestellen. In geringem Umfang können wir auch auf Sonderwünsche eingehen: wenn jemand ein Heft aus dem Schuber bereits hat, kann sie/er sich stattdessen auch eins von 38-42 wünschen - so lange wir noch Hefte haben, machen wir das. Zum Bestellen überweist 12 Mark aufs Konto und schreibt dazu "Schuber".

Inhaltsverzeichnis des Schubers:

WILDCAT 43 - Winter 87/88
Empörung in Rheinhausen
Der Weg in den Großbetrieb
Streik bei Mercedes im Baskenland
Wer hat Angst vor Cob(r)as / Italien
Eisenbahnerstreik in Frankreich
Südkorea (Teil II)
Brasilien - Arbeiter, Besetzer, Banditen
USA - Kampf gegen gespaltene Löhne
Streikwelle in der Türkei

WILDCAT 44 - Frühjahr 88
Militante Untersuchung in der weißen Fabrik
Interview mit zwei KrankenhausarbeiterInnen
BeschwerdeZentrum gegen die Psychiatrie
Bericht: Multinationale Arbeit in Hamburg
Erfahrungen aus einer Flüchtlingsinitiative
Vietnamesische Kontraktarbeiter in Polen
Europäische Migration - Thesen
Rheinhausen: Der Kampf als Spektakel
Euskalduna/ 3 Jahre nach der Schließung

WILDCAT 45 - Sommer 88
Bewegungsversuche
in der Elektronikfabrik und beim Sklavenhändler
Überlegungen zu einem ArbeiterInnennetz
Gesundheitssektor
Streiks in England und in den USA
Umstrukturierung und Initiativen / BRD
Zehn Jahre gegen die Psychiatrie Teil II
Streikbewegungen in Westeuropa
Ford/Großbrit., Metallarbeiter in Paris

WILDCAT 46 - Winter 88
Diskussion über die IWF-Aktionstage
Jobberaktionen im Pressevertrieb
Interview: türk. Arbeiter über die Fabrik
Kämpfe in der "weißen Fabrik":
in Frankreich und England / in der BRD
Streik in der Behinderten-Fabrik
Die Oktoberrevolte in Algerien
Klassenkämpfe in Mexiko

WILDCAT 47 - Sommer 89
Widersprüche in der PflegerInnen-Bewegung
Hungerstreik bei VDO / Frankfurt
"Arbeiter haben keine Länder" (Interview)
ArbeiterInnenbewegung in der Türkei
Der 1. Mai in Kreuzberg

WILDCAT 48 - Herbst 89
Streik bei Peugeot
Krise der Montagearbeit / Flexibilisierung
Tarifkampagne '90 / Der Arbeitsmarkt
Land ho - Warum arbeiten gehen?
Berlin: ArbeiterInnenversammlung
Die Kliniken nach dem Tarifvertrag
Bergarbeiterstreik in den USA
Euskadi: Frauen in ambulanten Diensten
Streik im Tegeler Knast
Theorie-Schnipfel: Der Klassenkampf

WILDCAT 49 - Februar 90
Arbeiterkampf in einer Berliner Fabrik
Nachschlag und Tarifverhandlungen
Übersiedler auf dem Arbeitsmarkt
Disk.: Klassenkampf, Gewerkschaft, Sozialismus
Zur Entwicklung in der DDR
"Der Löwe ist los" (Peugeot-Streik II)
Interviews: Arbeiterbewegung in der Türkei

wären nichts ohne ihn!!!

autodeterminazioa*
*baskisch; f Selbstbestimmung.
Das baskische Volk fordert die Selbstbestimmung seit Jahrzehnten. 1990 stärker denn je. Im Dezember 1989 gingen in Bilbo 200'000 Menschen für sie auf die Strasse. Was verstehen die Baskinnen unter Selbstbestimmung? Und zur Bestimmung von was? Dies und vieles mehr im neuen EUSKADI INFORMATION, dass jetzt im Handel ist.

E.T.A. *
*bask; f Baskenland und Freiheit
1989 jährte sich das Bestehen der bewaffneten baskischen Befreiungsorganisation ETA zum dreissigsten Male. EUSKADI INFORMATION hat dazu im Dezember 89 eine Sondernummer herausgegeben. Beiträge zur Geschichte, Ideologie und Praxis der Organisation. Die Nummer ist erhältlich im guten Buchladen oder gegen 7 DM direkt bei EUSKADI INFORMATION.

presoak kalera! *
*bask; m gefangene frei
Schwerpunkt der Juni/Juli-Ausgabe ist die Vernichtungspolitik der spanischen Regierung gegen die politischen Gefangenen. Dazu verschiedene Beiträge. Unter anderem führte EUSKADI INFORMATION ein Interview mit einem ehemaligen Gefangenen der GRAPO, der die ersten beiden Monate des Hungerstreiks noch mitmachte, und dann entlassen wurde. Die Juni/Juli Nummer ist ab 15.Juni im Handel.

EUSKADI INFORMATION erscheint zweimonatlich als Zeitschrift der EUSKADI KOORDINATION. Sie ist im Abonnement für mindestens 25 DM/Jahr sowie in guten Buch- und Infoläden erhältlich. Jetzt abonnieren! Einfach 25 DM (50 für ein Unterstützungsabo) auf Konto Nr. 10577705, Euskadi Information, Volksbank Freiburg, BLZ 680 900 00. Name und Anschrift genau angeben!

EUSKADI INFORMATION
POSTFACH 7323 - CH-8023 ZÜRICH
TELEFON & TELEFAX 1-272 77 04

Kölner Express 4.3.90

Dynamit im Hintern

exp **Sidney** – Mit „zündenden" Argumenten wollten vier Bergleute im australischen Queensland eine Lohnerhöhung erzwingen. Sie steckten ihrem Chef Dynamit in den Hintern und zündeten die Lunte. Unter Todesangst sagte der Vorgesetzte mehr Geld zu. Die vier Täter wurden kurz darauf wegen Mordversuchs verhaftet.

BERLINER MORGENPOST

Stasi-Mielke von Ärzten für senil erklärt

BM/AFP Hamburg, 19. April

Der ehemalige Chef des gefürchteten Staatssicherheitsdienstes, Erich Mielke, lebt jetzt in einem Versteck außerhalb von Berlin in der Obhut eines Arztes. Dies berichtet der Hamburger „Stern" unter Berufung auf Mielkes Sohn Frank. Eine „treue Stasi-Garde" habe den Unterschlupf organisiert.

Ärzte hätten dem heute 82jährigen nach der Verhaftung am 8. Dezember „senile Demenz (Altersschwachsinn)" bescheinigt, berichtete der Sohn, der Facharzt für innere Medizin ist. Erste Anzeichen des Verfalls seien schon um den 80. Geburtstag herum zu bemerken gewesen. Im ärztlichen Gutachten heiße es: „Infolge der hochgradigen Verkalkung und Entwicklung der senilen Demenz sind läppisches Verhalten bei einer gewissen Parkinson'schen Starre vorhanden. Die Hirnleistungsfähigkeit ist auf alltägliche familiäre und egozentrische Probleme eingeschränkt. Bei der Wertung anderer Dinge wird von eingefahrenen Standpunkten und politischer Routine ausgegangen. Dabei entsteht ein völliges Unverständnis für die derzeitige Situation."

DIE RHEINPFALZ 21.4.90

Liebendes Paar auf Wenzelsplatz beschützt. Auch öffentlicher Sex wird von der neuen Demokratie in der Tschechoslowakei geschützt - jedenfalls gingen davon Prager Bürger aus. 40 Schaulustige verteidigten ein junges Paar, das sich zum gemeinsamen Liebesspiel ausgerechnet den Wenzelsplatz in der Prager Innenstadt ausgesucht hatte. „Jetzt haben wir Demokratie", wurden die Polizisten belehrt. ap

PROJEKTil

anarchistisches magazin

Die Kritik an den herrschenden Verhältnissen zur Waffe zu machen, war der Anspruch, der aus unserem »Zeitungsprojekt« das PROJEKTil werden ließ. Das Selbstverständnis als anarchistisches Magazin ist das Selbstverständnis seiner MacherInnen, d.h. daß sich das PROJEKTil weniger auf anarchistische Theorien bezieht, als daß es Ausdruck lebendiger Bewegung in der Offenheit und Auseinandersetzung zu anderen linksradikalen und autonomen Bewegungen in der Brd ist. Das PROJEKTil will als anarchistisches Projekt diesen Ausdruck revolutionärer Bewegung widerspiegeln und nicht den Anarchismus als Philosophie und Dogma hochhalten.
Als Zeitung aus der lokalen Bewegung veröffentlicht es Aktuelles und Diskussionen, die lokalen Bezug haben, äußert sich aber auch zu überregionalen Themen und Diskussionen. Aus dem Dilemma heraus nicht nur lokale, aber auch nicht bundesweite/ internationale, Zeitung sein zu wollen (das heißt nicht, daß wir nicht wollen, daß das PROJEKTil international gelesen wird) werden wir versuchen mit den nächsten Ausgaben einen deutlicheren Schwerpunkt auf NRW zu legen. Dabei sind wir aber auch auf Infos aus der Region angewiesen (das ist ein Aufruf uns alles zuzuschicken).
Ciao, das Redaktionskollektiv

PROJEKTil, c/o Themroc, Bremer str.42, 4400 Münster.

Die neuste Ausgabe Nr.10 Mai/Juni 1990 enthält: Schwerpunkt Antifa: * Antifastrategien in NRW: Oberhausen und Paderborn * Antifaschistisches Telefon in !!!! * Zur Kontinuität der ZigeunerInnenpolitik in NRW * Anarchistisches Forum Wiesbaden: Deutschland? Wir empfehlen Anarchie! * Die Angst der Männer vor den starken Frauen * Nicaragua-Brigaden * Funktion der Strafe * Hungerstreik in Spanien * News * etc.
Abobedingungen: 32 dm (incl. Porto) für 10 Ausgaben auf das Konto:
J.Essig, Münster
Postgiroamt Dortmund
Kto.Nr. 3605 81 - 467

ak

Alle reden von der Krise der Linken. Wir auch.

Aber zugleich entwickelt sich in der marxistischen Linken eine Offenheit für streitbaren Dialog, die es jahrelang nicht gegeben hatte. Blicke über die Zäune der eigenen Schrebergärten sind angesagt. Dabei kommt mann/frau am ARBEITERKAMPF nicht vorbei.
Wir berichteten, kommentierten und diskutierten in den letzten Monaten u.a. zu diesen Themen:

- Die **Wahlen in der DDR** warfen alle Prognosen über den Haufen. Wir analysieren die Ergebnisse, stellen die von der BRD aus gesteuerten Filialen von CDU/CSU, SPD und FDP sowie die alternativen Wahlbündnisse vor.
- Stichwort **„Währungsunion"**: Wird die DDR zum abgewirtschafteten Billiglohn-Land oder blüht ein zweites Wirtschaftswunder? Oder wäre vielleicht ein „Sowohl-als-auch" möglich?
- PDS — Sozialdemokratische Falle oder positive Herausforderung? Bei den Grünen sorgte der Vorschlag, über eine künftige Zusammenarbeit mit der PDS nachzudenken, für hysterische Ausbrüche.
- **Litauen** — ein Staat mehr in Europa, oder Beginn einer militärischen Eskalation der Widersprüche in der UdSSR?
- Gorbi, wat nu: **Welche Perspektive hat die Perestroika?**
- Auf dem Weg in die Freiheit: in **Ungarn** gewinnen die Rechten die Wahl, in **Bulgarien** stößt der Abbau der Diskriminierung der türkischen Minderheit auf heftigen Protest „von unten".

Außerdem: Kurdistan, Hungerstreik politischer Gefangener in Spanien, „Dialog"-Politik in Guatemala, eine Übersicht zur Nazi-Presse in der BRD, Antifa-Arbeit in der DDR, Diskussion zur „deutschen Frage" in der radikalen Linken.

Der **ARBEITERKAMPF** erscheint vierwöchentlich als Zeitschrift des **KOMMUNISTISCHEN BUNDES** mit 40 Seiten im Zeitungsformat zu einem Preis von DM 5 pro Ausgabe. Er ist zu erhalten in allen linken Buchläden sowie in gut sortierten Zeitungsläden oder direkt bei der **Hamburger Satz- und Verlagskooperative** Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36, Tel. 040 / 43 53 20
Der **ARBEITERKAMPF** kostet im Abonnement jährlich DM 60; halbjährlich DM 33
(Einzelbestellungen DM 5 + DM 1 Porto).
Kostenloses Probeexemplar bestellen!

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Plenen, Föderationen, Kulturinitiativen etc) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.35, 11.Jg.!!

Rede bei der Antinationalismus-Demo
von Michael Wilk und Susanne Schröter
Nationalismus-Diskussion
Leserzuschriften
Wer bezahlt den Anschluß?
von Wolfgang Haug
Flüchtlingspolitik und Ausländergesetz
von Rainer Hammerschmidt und Manfred Lontke
500 Jahre Kolonisation
von Herby Sachs
Subsistenzproduktion contra Weltmarkt
von Veronika Bennholdt-Thomsen
Märzrevolution von 1920
von Erhard Lucas
Interview mit Laid Thénardier
frz. Rock Alternatif-Gruppe von Frank Sparing

Außerdem: Beiträge über Traven-Marut, Argentinien und die aktuelle anarchistische Bewegung dort, Triest-Konferenz der AnarchistInnen, Carrara: Angriffe aufs Germinal-Zentrum, Nachruf auf Georg Usinger, 10 Jahre SF, AFD-Initiative u.v.a.

★

Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM
(2.erweiterte Auflage)
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sonderdruck: Nr.0-12 (Auszüge): 10.-DM
ABO (4 Nrn.): 20.-DM
Förderabo (8 Nrn.): 50.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1
07033/44273

atom Nr. 30

Aus dem Inhalt:

Schwerpunkt 1:
Wie weiter mit deutsch-deutsch

Mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, unter der Bedingung der vollständigen Kapitulation der DDR und des bedingungslosen Anschlusses an die BRD stellt sich auch der Anti-AKW-Bewegug die Frage: Wie weiter mit deutsch-deutsch

Schwerpunkt 2:
Wendland-Widerstand

Der PKA-Widerstand befindet sich im Aufwind. Die letzten Wochen waren von einer ganzen Reihe verschiedenster Aktivitäten geprägt.
Diskussion-Interview-Chronik

Schwerpunkt 3:
Internationales

Ost-Europa, Spanien, USA, ...

Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 4 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 25 DM Ab 5 Ex. 3DM (+ Porto)
Bestelladresse:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

sand im getriebe der bundeswehr
oder: total verweigern
---
michael jackson ist kein mensch sondern ein produkt
---
red cops: streetgangs gegen nazis
---
diskussion um einen neuen radikalen jugendzusammenschluß
---
gedichte, "the ex" - interview, techno-beat, deserteure, infoläden, koedukation, antifa. militarismus und sexismus, der kampf um unsere träume, frauen u. sprache...
---
probeheft gegen 1,60
bei: sterneck,
im schloßhof 1
6450 hanau 1

Ausgabe Mai/Juni 1990:
"Laßt Euch nicht verarschen!"
Was ist in der BRD eine Gewerkschaft?
Zukünftige Arbeit der FAU
DGB in der DDR
Ausschlußverfahren bei OPEL Bochum -
England: Polltax, Rank & File-Bewegung
Gewerkschaften und Anarchismus
in Südkorea
USA: Pitstone-Streik
- und vieles mehr auf 16 Zeitungsseiten
zum Spottpreis von DM 1.50

Zum Kennenlernen: Probeheft!
»da«, Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 36

direkte aktion
Anarchosyndikalistische Zeitung
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union in der IAA

KNASTZEITUNG
NEUE FOLGE 4

DURCHBLICK

4 MARK
für Gefangene umsonst

Medizinische Versorgung in Knast und Psychiatrie
Knast und AIDS
Tegel

DURCHBLICK
c/o Buchladen
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

blätter des iz3w
informationszentrum dritte welt

E G
und Dritte Welt

blätter des informationszentrum dritte welt

- **Kritik der Entwicklungsländer**
- **Die letzten Kolonien der EG**
- **Asylpolitik**
- **EG Binnenmarkt**
- **Konkurrenz aus Osteuropa**
- **Lome IV**

Einzelpreis: DM 6,-, Jahresabo: DM 48,- (DM 38,- für Stud., ZDL, Azubi od. Arbeitsl.) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt, Postf. 5328, 7800 Freiburg

Wildcat

Wildkatzen lassen sich nicht zähmen!

wildcats nennen deshalb die nordamerikanischen ArbeiterInnen ihre Kämpfe, die sie außerhalb der Institutionen (Gewerkschaftsapparate, Arbeitsrecht usw.) führen.

Wildkatzen arbeiten nicht!

wildcat beinhaltet immer auch den Kampf gegen die Arbeit und nicht nur für ein paar Pfennige mehr.

Wildkatzen sind frei!

wildcat bedeutet, daß die Arbeiterklasse, um sich von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, die ganze bestehende Gesellschaft zerschlagen muß und wird.

wildcat will die Revolution!

Die Zeitschrift wildcat berichtet über Klassenkämpfe in allen Teilen der Welt. Es geht uns um die Erfahrungen und Diskussionen der ArbeiterInnen selbst. Wir versuchen, uns an den täglichen Kämpfen in Fabriken, Klitschen und Büros, Krankenhäusern oder im Stadtteil zu beteiligen, sie zu unterstützen und voranzutreiben.

wildcat ist keine Partei. Wir sind eine Gruppe von Leuten aus verschiedenen Städten der BRD und Westberlin. Für den revolutionären Klassenkampf können wir auf keine fertigen Organisationsmodelle zurückgreifen. Wir müssen in den Kämpfen selbst nach neuen Formen suchen, in denen wir uns wirksam organisieren können, um mit der Ausbeutung endgültig Schluß zu machen.

JUMP, CAT, JUMP!